

UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

131 · September 2001

*Monatliche Publikation,
herausgegeben im
Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Editorial	771
Essay	
JENS-FIETJE DWARS Die Tagebücher Georgi Dimitroffs	773
Gesellschaft – Analysen & Alternativen	
ARNDT HOPFMANN Die Linke zwischen Regierung und Revolution	781
JÜRGEN STAHL Das vereinnahmte Ich	791
Rechtsextremismus	
KARL-HEINZ GRÄFE Die Geister der Vergangenheit sind auch in Polen zurückgekehrt.	801
Nachdenken über Zukunftsfähigkeit	
JOACHIM H. SPANGENBERG Gegengift – Nachdenken über Wege in eine nachhaltige Zukunft	817
STEFAN WOGAWA Nachhaltigkeit statt Wachstumseuphorie – Eine Kritik aus gegebenem Anlaß	828
ANJA LAABS Neuigkeiten vom Huhn-Ei-Problem	833
Standorte	
JÜRGEN MEIER Die Abkehr von der Manipulation ist ein Gerichtetsein auf die Wirklichkeit – Georg Lukács	838

Bericht

- WLADISLAW HEDELER
Auf der Suche nach Antworten 844

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 848

Bücher & Zeitschriften

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik:
Memorandum 2001
(ULRICH BUSCH) 850

- Richard Rorty: Wahrheit und Fortschritt,
Mike Sandbothe (Hg.): Die Renaissance des Pragmatismus.
Aktuelle Verflechtungen zwischen analytischer
und kontinentaler Philosophie
(DIRK JÖRKE) 851

- Ilse Lenz, Hildegard Maria Nickel, Birgit Riegraf:
Geschlecht – Arbeit – Zukunft (Forum Frauenforschung.
Schriftenreihe der Sektion Frauenforschung
in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Bd. 12)
(REGINA STÖTZEL) 853

- Thomas von Schell, Rüdiger Seltz:
Inszenierungen zur Gentechnik
(KILIAN HEERKLOSS) 855

- Joseph Huber: Allgemeine Umweltsoziologie,
Uwe H. Bittlingmayer: Askese in der Erlebnisgesellschaft?
Eine kultursoziologische Untersuchung zum Konzept
der »nachhaltigen Entwicklung«
am Beispiel des Car-Sharing
(KLAUS MEIER) 857

- Entschuldigung 861

- Summaries 862

- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 864

Editorial

Das Leben hat sich die PDS zurückgeholt. Nicht um richtige oder falsche Grundüberzeugungen in hitzigen programmatischen Debatten, um Menschen hat sie plötzlich zu ringen – vorerst in Berlin, anschließend im ganzen Land. Für dieses Ringen um die kostbare Wählergunst taugen die auf dem Tisch liegenden Programmentwürfe allesamt nicht. Wahl- statt Flügelkampf gebietet die Stunde. Das Gesicht dem Volke zugewandt. Die Inquisition sieht sich einstweilen in die Pause geschickt.

Ein Gespenst geht um in der PDS – es heißt Dresdner Parteitag. Nur wenige verspüren Lust, die Fernsehbilder von Münster zu wiederholen. Wird Dresden zur selbstgestellten Falle? An der Basis jedenfalls grassiert das Unbehagen. Der erste Programmentwurf überfordert viele Mitglieder, den zweiten mögen viele von ihnen auch nicht (ihrer Parteilehrjahresmaterialien hatten sich die meisten spätestens 1989 in einem Akt der Selbstbefreiung entledigt), weitere Entwürfe kennen sie in der Regel nicht – und wollen sie auch gar nicht kennenlernen. Nach all den Jahren der Demütigungen und gesellschaftlichen Ächtung spüren sie befreienden Aufwind. Mehr denn je steht ihnen der Sinn nach Wahlprogramm und nicht nach Grundsatzzprogramm.

Die momentane Gesellschaft erlebt einen Umbruch wie zu Zeiten der industriellen Revolution. Mächte diese den Menschen massenhaft zum Anhängsel der Maschine und schuf damit einen wichtigen Ausgangspunkt der Arbeiterbewegung, tritt jetzt der Mensch aus der Produktion heraus. Künftig werden nur einige wenige noch regeln und steuern, warten und reparieren; die anderen melden sich bei der Bundesanstalt für Arbeit zur Umschulung zum Nichts. Die technologischen Grundlagen des Kommunismus, über die einst Jürgen Kuczynski nimmermüde orakelte, sind im Entstehen; doch sie treten in einem brutalen Klassenkampf von oben gegen den Rest der Welt in unsere Wirklichkeit, drapiert mit Euphemismen wie Globalisierung, Verschlankung, Deregulierung, Neoliberalismus ... Die Normalarbeitsbiographie wird zum Auslaufmodell, schlecht abgesicherte Selbständigkeit zum Regelfall für den modernen »Arbeitskraftunternehmer«.

Das Kapital der Zukunft heißt Information, Wissen und Bildung. Wer diese in Eigentum verwandelt, wird die Welt beherrschen. Privatkapitalistische Aneignung oder demokratische Aneignung lautet die Alternative. Bildung kann man zwar nicht essen; aber wer über sie verfügt, wird darüber entscheiden, wer zu essen hat. Vor unseren

Augen keimt eine neue Gesellschaft, und niemand kann sagen, wie sie in fünf Jahren aussehen wird. Barbarisch wie zu Zeiten der industriellen Revolution? Oder widerständig, auf neue Art subversiv, getragen von einer informellen Internationale sozial bedrohter Bildungseigner, die dem großen Geld die Basis zerstört?

Das Mindeste, das ein sozialistisches Programm heute leisten müßte, wäre zu sagen, wie sozialistische Veränderungen so in der Gesellschaft verankert werden können, daß sie unumkehrbar werden. Genau das hat ja der gescheiterte Frühsozialismus nicht vermocht. Doch wo sind die Angebote?

Für ein neues »Manifest« sind die Verhältnisse noch zu unentwickelt; für ein Papier, das nicht verstanden werden kann, ist der Aufwand zu schade (von noch übleren Fällen gar nicht zu reden). Die Linke sollte arbeiten – beobachten, sammeln, analysieren, streiten, verarbeiten und Politik für den Alltag machen – mit dem Ziel, sich klarzuwerden, welche Rolle sie in der künftigen Gesellschaft spielen kann. Dafür benötigt man Infrastruktur. Die gewinnt man letztlich durch Wähler.

Aber Wähler gewinnt man nur dauerhaft, wenn man den Begriff »Sozialismus«, für heute und morgen inhaltlich neu ausfüllt. Also doch programmatische Arbeit! Ist das die Quadratur des Kreises?

JÖRN SCHÜTRUMPF

JENS-FIETJE DWARS

Die Tagebücher Georgi Dimitroffs

Endlich sind sie dem kritischen Auge zugänglich: die Tagebücher *Georgi Dimitroffs*, des »Helden von Leipzig« und legendären Generalsekretärs der Kommunistischen Internationale. Eine verdienstvolle Edition, vorbildlich ausgestattet. Eine Fundgrube für jeden Historiker und unverzichtbar nicht nur für wissenschaftliche Bibliotheken. Das ist der Tenor nahezu aller Rezensionen.

Gleich am Anfang verkündet der Herausgeber, wie die Tagebücher zu lesen sind: als »Innenansichten aus dem Stab der ›Weltrevolution««. Apodiktisch, bar jedes eigenen Zweifels, wird uns mitgeteilt, worin ihr Wert besteht. Schon sein erster Satz ist entlarvend: »*Georgi Dimitroff* avancierte vom Gewerkschafter zum Revolutionär, vom gescheiterten Anführer des revolutionären Aufstands in Bulgarien zum Kominternfunktionär in Wien, Berlin und Paris, vom Helden des Antifaschismus ... zu *Stalins* ›Steuermann der Komintern‹ und zum Sendboten sowjetischer Geheimdienste.«

Mein Duden übersetzt »avancieren« mit »befördert werden; auf-rücken«. *Dimitroff* ist, aus der Sicht seiner Editoren, ein Aufsteiger, ein Karrierist, der vom Revolutionär zum Sendboten oder Handlanger des NKWD verkommt. Das soll wohl lakonisch klingen, soll den bitteren Witz einer schrecklichen Geschichte hervorkitzeln. Doch die entlarvende Sprechweise fällt auf sich selbst zurück. Es ist zynisch, verachtend und selbstgerecht, Menschen mit Etiketten zu versehen, statt den Gründen nachzugehen, warum sie wurden, was sie waren.

Nach *Bayerlein* illustrieren die Tagebücher Herrschaftsmechanismen der Komintern, ihres Verrats an den eigenen Zielen, offenbaren »dunkle Geschäfte«, enthüllen den Verfolgungswahn und die Beliebigkeit *Stalins*, legen seinen »großrussischen Chauvinismus« frei, die »plumpen Mechanismen« einer Globalmanipulation, »menschenverachtende Selbstsicherheit«, Zynismus, Machtwahn, Irrationalität, kurz und zuletzt *Dimitroffs* »Mitverantwortung für ein perfides Herrschaftssystem«. (Kommentar, S. 7 - 18)

Wie tief und wie weit reicht eine Kritik, die *Stalins* pragmatische Rücksichten auf die antirevolutionären Interessen der Westmächte als Reduktion des Ideologischen auf seinen peinlichsten und arm-seligsten Kern fixiert: »nicht Verzauberung der wirklichen Welt, sondern fadenscheinige Bemäntelung imperialer Machtinteressen, flach und gewöhnlich wie ein Straßenwitz. Nicht überspannte, weltflüchtige Projekte kennzeichnen den staatlich organisierten Kommunismus ...; es ist die geradezu brutale Herbheit seiner irdischen Aspirationen, die ... ihm selber das Genick brach.«



Jens-F. Dwars – Jg. 1960,
Dr. phil., Philosoph, Jena

Georgi Dimitroff.
Tagebücher 1933-1943.
Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein / Kommentare und Materialien zu den Tagebüchern 1933-1943. Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein und Wladislaw Hedeler unter Mitarbeit von Birgit Schliewenz und Maria Matschuk, Aufbau-Verlag Berlin 2000, 712 S. / 773 S. (99 DM)

Das sind, mit Verlaub, Blochsche Phrasen, die schon im Original wenig überzeugen und noch weniger verändern. Und es macht die Sache nicht besser, wenn die vollmundige Abrechnung mit dem zerfallenen System um eine kleinmütige Sentenz auf das immer noch siegreiche ergänzt wird: »Daß die ›demokratische Mission‹ des Westens in den dortigen Führungsständen damals ähnlich ordinär verstanden wurde, gehört ins Bild, macht die Sache aber nicht besser.« (Kommentare, S. 22 f.)

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: *Stalin* war in der Tat ein verdienter Mörder seines Volkes. Er hat mit zynischer Gelassenheit ungeheure Grausamkeiten geduldet und zu einem Großteil persönlich angeordnet. Aber mich interessiert nicht das Faktum dieser Verbrechen, sondern ihre Logik. Nicht um sie zu rechtfertigen, vielmehr damit meine moralische Entrüstung über einen vermeintlichen »Unmenschen« mich nicht blind macht für die menschlich-allzumenschlichen Gründe der Wiederkehr immer gleicher, ebenso vernichtender Denk- und Handlungsweisen in immer anderer Gestalt.

Was mich stört, mich mit wachsender Unruhe erfüllt, ist die besänftigende Leichtigkeit, mit der all diese Entlarvungen von der Hand gehen und sich wohlklingend Auge und Ohr des Lesers anschmiegen. Gott sei Dank, wir haben es hinter uns: das Jahrhundert der Revolutionen und Kriege, der charismatischen Verführungen und des Verrates am Geiste im Namen der Politik, all dieser Irrtümer sind wir ledig. Wir sind aufgeklärt, wir wissen alles und mischen locker lakonisch mit in der Spaßgesellschaft, die wir Postmoderne nennen, weil wir doch Intellektuelle sind. Nur ein paar Querköpfe, am linken und rechten Rand, halten sich nicht an die Spielregeln. Aber, wenn wir ehrlich sein sollen, ist das gut so: es verhindert, daß der Staat gänzlich einschläft und gibt uns Stoff zum Entlarven der Ewigestrigen.

Was aber, wenn das Gestern morgen wiederkehrt? Wenn die Probleme, die das Jahrhundert umtrieben, doch nicht gelöst sind? Wenn sie nur scheinbar zur Ruhe kamen, absorbiert vom Hilfskonstrukt eines Ost-West-Gegensatzes, der dem angeschlagenen Westen mehr half als dem scheinbar erfolgreichen Osten, weil das rote Imperium dem buntgescheckten unterm Sternenbanner als Rohstoff- und Absatzmarkt für seine Waren und Feindbilder diente, als ein unersetzbarer Stabilisator, dessen Wegfall nun vehement die inneren Widersprüche empor treibt, an denen die Kapitalverwertung seit 150 Jahren krankt.

Was das mit *Dimitroff* zu tun hat? Wenn die Fragen nicht gelöst sind, mit deren Auswirkungen er sich herumschlug, dann ist auch das Vergangene nicht vergangen. Dann müßten wir im Einst nach Alternativen suchen, um den eigenen Blick für das jetzt anders Mögliche zu schärfen. Und dann genügt es nicht, die Opfer *Stalins* aufzulisten, ohne zugleich ihre Konzepte und die Ansätze wieder anderer kritisch zu sichten.

Wobei der Blick ins Gestern schon immer vom Gegenwärtigen bestimmt ist. Insofern müßten wir zunächst, wie der gute Archäologe, den Ort kennzeichnen, von dem aus wir ins Geschichtliche graben, um nicht das wahre Troja in unserer Wühlarbeit mit den Splittern des falschen zu verschütten. Und da kann jeder nur von sich selber sprechen. Nicht aus Eitelkeit, sondern um sich als Material, als ein Moment der Zeit, dem Verstehen des anderen zu öffnen.

Meine Sicht auf *Dimitroff* und dessen Tagebücher erwächst aus meiner Arbeit, aus meiner Beschäftigung mit *Johannes R. Becher*. Der schrieb am 22. März 1935 an *Dimitroff*, es wäre wichtig, »Politiker zu Freunden zu haben«, um » ein großes irreführendes Unverständnis« der Partei zu beenden: ihre Ignoranz gegenüber den Literaten. »Wir selbst verfielen allzu oft der Administration und einer gegenseitigen gehässigen Kritik, die nicht zur Selbstverständigung führte, sondern nur Mißstimmung brachte und Entfremdung.« Literatur, die administrativ geregelt werde, laufe Gefahr zu verstummen.¹

Was sich da heute wie eine lobhudele Anbieterlei liest, war der verzweifelte Versuch, den neuen ersten Mann der Komintern als einen Verbündeten zu gewinnen. *Becher* saß fernab, eingespannt in die Vorbereitung des Pariser Kongresses zur Verteidigung der Kultur, den ersten Test für das noch nicht offiziell beschlossene Volksfront-Konzept. Aus Moskau kam kein Geld mehr, statt dessen beunruhigende Nachrichten von der Absetzung seines Stellvertreters in der Zeitschrift »Internationale Literatur«. In diesem Augenblick wendet er sich an *Dimitroff*, dem vergönnt gewesen war, wovon er selbst geträumt hatte: vor dem Reichsgericht in Leipzig standzuhalten, das *Bechers* Anklage wegen »literarischen Hochverrats« 1928 fallen ließ. Jetzt, im März 1935, mutet der Literat dem Funktionär zu, ebenso tapfer und weitsichtig dem Rückfall ins Administrieren voller Gehässigkeit, Mißtrauen und Entfremdung in der eigenen Partei zu wehren.

Wie *Dimitroff* auf diese Ermutigung reagiert hat, wissen wir nicht. Zumindest im *Becher*-Archiv findet sich keine Antwort. Daß aber auch in den vorliegenden Tagebüchern sämtliche Einträge genau dieser Zeit, vom Februar 1935 bis zum August 1936, fehlen, dies scheint mir kein Zufall zu sein. »Seiten entfernt« vermerken die Editoren, leider ohne anzugeben, um wieviel Seiten und um welcherart Notizen es sich handeln könnte, die uns hier entzogen wurden. Ich erwarte ja keine Spekulationen über mögliche Heldentaten, aber vor welchen Fragen *Dimitroff* in diesen Monaten der Anspannung vor dem ersten Schauprozeß stand und wie er sie zu lösen versucht hat, darüber hätte man schon ein paar Worte in den Anmerkungen verlieren können, statt wie oft nur auf andere Quellen zu verweisen, die dem Leser, weil in russischer Sprache verfaßt, kaum zugänglich sind.

Wozu also die absolute Feststellung, *Dimitroff* habe alles widerspruchslos hingenommen. Warum nicht das Bild des Verräters wieder in Bewegung bringen, indem man die Selbstzensur als einen Bruch, das Herausreißen der Seiten als Riß, als Zeichen eines Widerstreites in ihm selber wahrnimmt?

Aber folgen wir der Bohrung »*Becher*« weiter, um zu sehen, welche Eigenart der Tagebücher und ihrer Kommentierung sie aus den tieferen Regionen zutage fördert, als exemplarische Probe sichtbar macht. So fällt auf, daß die deutschen Schriftsteller erst mit dem Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion *Dimitroffs* Aufmerksamkeit erlangen – wenn er nicht zuvor auf *Bechers* Brief geantwortet hat. Überhaupt werden Deutsche, auch als Vertreter und Mitarbeiter des EKKI, wenig reflektiert. *Pieck*, *Florin*, *Ulbricht* tauchen nur als Namen auf, ohne ihre Ideen oder Argumente zu notieren. Hatten sie keine?

1 Johannes R. Becher: Briefe, Berlin und Weimar 1993, Bd. 1, S. 211 f.

Immerhin war die deutsche Sektion der Komintern einmal die gewichtigste nach der russischen, die große Hoffnung der europäischen Arbeiterbewegung, auf die Lenin und Trotzki mit ihrem Konzept der Weltrevolution setzten. War das Versagen der KPD tatsächlich nur Stalins Schuld? Die deutsche Oktoberrevolution von 1923 hatte Radek im Auftrag von Sinowjew vorbereitet, gegen die Warnung Stalins vor dem Abenteuer, das die Partei in die Illegalität trieb. Thälmann habe die nationale Frage nicht verstanden (Tagebücher, S. 107), zitiert Dimitroff das Urteil des Generalsekretärs, der gar nicht daran denkt, etwas für die Befreiung des Genossen zu unternehmen. Erstaunt, mit mehr Ver- als Bewunderung, registriert er, wie Stalin ihn unmittelbar vor der Evakuierung aus dem umkämpften Moskau »seelenruhig« nach Thälmann fragt. Er sei kein prinzipienfester Marxist, die Nazis hofften, ihn sich zunutze machen zu können, notiert der Kominternchef ohne Kommentar. Doch als Stalin zum Abschied sagt, man müsse heute noch evakuieren, da läuft es auch dem Bulgaren kalt über den Rücken: »Er sagte es so, als würde er sagen: Zeit zum Mittagessen!« (Tagebücher, S. 441)

Da blitzt die Kälte, die Un- oder vielleicht doch Übermenschlichkeit des roten Zaren auf, die uns vor der Größe seiner Verbrechen schaudern läßt. Verbrechen, die aber nicht aus moralischer Verdorbenheit, nicht aus persönlicher Lust am Leiden anderer erwachsen. Um schockhaft begreifbar zu machen, daß Humanität bislang nur eine Mythe war, griff Paul Nizan auf dem Pariser Kongreß eine Geschichte auf, die *Stalin* im Mai 1935 vor Absolventen der Militärakademie erzählt hat: Im Dorf seiner sibirischen Verbannung sei ein Mann beim Holzflößen ertrunken. Auf die Frage, ob sie versucht hätten, ihn zu retten, habe ein anderer entgegnet, was denn am Menschen liege. »Menschen können wir immer machen. Aber eine Stute ... versuche mal, eine Stute zu machen.«² Das war die Unmenschlichkeit, die der Politik *Stalins* zugrunde lag: Diese halbfeudalen Massen, für die das Leben eines Menschen leichter zu ersetzen ist als das eines Pferdes, peitscht der Stählerne mit ihrer eigenen Härte in die industrielle Moderne, um ihnen den Fortschritt (bei-) zu bringen.

Natürlich war die Volksfront für den bauernschlauen *Stalin* nur eine Taktik, eine Kriegslist, um seine Gegner einander paralisieren und nach Möglichkeit vernichten zu lassen. Um so erstaunlicher, daß ein Mann wie *Becher*, der die Volksfront und das Problem der nationalen Identität ernst und wichtiger nahm als jeder andere deutsche Literat in Moskau, von *Dimitroff* kaum bemerkt wird: »O Deutschland! Sagt, was habt aus Deutschland ihr gemacht?!«³ Aber der Kominternchef sieht Filme oder geht ins Theater. Für Lesen hat er offenbar keine Zeit oder keinen Blick.

»Geduldet zwar, wenn auch nur widerwillig, / Und lau begrüßt, und stets beargwöhnt von / Euch, den Gefährten, nicht gewürdigt eures / Umgangs, mit kargen Worten abgefertigt, / Bemerkt nur ab und zu, wenn sich ein Lob / Erhob von anderer Seite ...« War *Bechers* »Tasso«⁴ auch auf *Dimitroff* gemünzt? (Anmerkung: Wie gehen Politiker heute mit Literatur und Literaten um, die zu 80 Prozent von ihrer geistigen Arbeit nicht leben können?!) Als die Verse 1939 im Gedichband »Wiedergeburt« erschienen, dankte ihm *Pasternak* für solch wahre Dichtung, für »eine Insel im heutigen Lügenmeere«.

2 Paris 1935. Erster Internationaler Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Literatur. Reden und Dokumente. Mit Materialien der Londoner Schriftstellerkonferenz 1936. Einleitung und Anhang von Wolfgang Klein. Hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1982, S. 189-194.

3 Tränen des Vaterlandes Anno 1937, in: *Becher*: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 13.

4 Ebenda, S. 531.

(Briefe, Bd. 2, S. 145) Drei Jahre später schneidet sich der Lyriker die Pulsadern auf. Im Tagebuch findet sich nur sein gequälter Dank für die »Liebe und Fürsorge« der Genossen, eine furchtbare Selbstkasteiung für den Suizidversuch. (Tagebücher, S. 597) In den Anmerkungen sucht man einen erklärenden Kommentar vergebens.

An einer weiteren Stelle erscheint *Dimitroff* nur als der Oberlehrer, der dem dankbaren Schüler *Becher* klarmacht, daß man das deutsche Volk nicht in seiner Gesamtheit als verdorben darstellen dürfe. (Tagebücher, S. 639 ff.) An dies »Unverdorbene«, an die Regenerierungsfähigkeit seines Volkes aber hat der Deutsche seit 1933 gemahnt. Deshalb sein Dank, den die Anmerkungen nicht erschließen.

Auch die biographischen Daten zu *Becher* sind ungenau: daß er der USPD angehört ist nicht belegbar, dafür aber seine ausgeblendete Mitgliedschaft im ZK der KPD und der SED. *Becher* war nicht Sekretär, sondern Vorsitzender des BPRS und Präsident statt Vorsitzender des Kulturbundes. Nebenbei organisierte er den Pariser Kongreß und hatte etwas mit dem deutschen PEN und der Akademie der Künste zu tun. Das ist das Pech des vielfältig Tätigen, daß sein Leben auf 13 Zeilen halt beschnitten werden muß. Dabei geht es lediglich um einen zufälligen Test. Ich befürchte, daß andere mit ihrer Sachkenntnis bei anderen Namen auf ähnliche Ungenauigkeiten stoßen werden. Denn natürlich kann ein solch ergänzender Apparat nur arg verkürzte Informationen liefern. Wäre es da nicht besser gewesen, ein biographisches Lexikon des Exils ins Auge zu fassen und im Register nur Lebensdaten und Berufe mitzuteilen?

So hätte man Platz für ausführlichere Anmerkungen schaffen können, die weniger Fakten referieren und mehr Zusammenhänge erschließen. Die präzisen Titel- und Inhaltsangaben zu Filmen und Theaterstücken sprechen für eine aufwendige Recherche, doch hätten mich Stichwörter zu den erwähnten Reden und Aufsätzen mehr interessiert, zumal ich mit dem regelmäßigen Verweis auf russische Editionen nichts anfangen kann. Auf die peinlich exakten Daten, um welche Uhrzeit und wie viele Minuten *Dimitroff* beim Allerhöchsten im Kremnkabinett weilen durfte, hätte ich gern verzichtet, wenn mir dafür ein paar inhaltliche Fragen beantwortet worden wären. Was bedeutet etwa der Eintrag vom 1. 5. 1939: »Völlige Liquidierung der verschiedenen Gerüchte über D[imitroff] – hier und im Ausland!« (Tagebuch, S. 253) Offenbar ließen Mai-Lösungen auf den »Steuermann der Komintern« ihn erleichtert aufatmen. Wie er ja auch bei jedem Empfang die Liste der Anwesenden und die Reihenfolge der Trinksprüche genauestens registriert als Zeichen ihrer Wertigkeit. Durch welche Gerüchte aber sah er sich selbst bedroht? Keine Anmerkung.

Es ist gut und noch immer notwendig, daß ein Hauptaugenmerk auf die Opfer *Stalins* gelegt wird. Aber was wird aus den Opfern der Gegenseite? Eine Frage, die für die Arbeiterbewegung ja ebenso existentiell und in ihren Auswirkungen vielleicht noch gravierender war. *Rákosi* ist eine der meistgenannten Personen des Tagebuchs. Von seinem Leben erfahren wir nur aus der Kurzbiographie, die seine Verantwortung als Stalinist für die ungarischen Schauprozesse nach 1945 betont. Was es bedeutet, welche menschlichen Deformationen es bewirken mußte, daß er zuvor 15 Jahre inhaftiert war und

nur durch *Stalin* gegen eine ungarische »Freiheitsfahne« freigekauft wurde, dieser Komplex kommt in den Anmerkungen nirgends zur Sprache.

Dabei hatte *Dimitroff* die gleiche Erfahrung gemacht. Auch er wurde gerettet, indem Moskau ihm die russische Staatsbürgerschaft verlieh und zuvor schon eine beispiellose Solidaritätsbewegung organisiert hatte. Das Gefühl, eben doch nicht allein, sondern der Sprecher einer legitimen Massenopposition zu sein, gab ihm die Kraft, vor dem Reichsgericht standzuhalten. Immer wieder kehrt er in seinem Tagebuch zu dieser Sternstunde zurück, als könnte er in der Erinnerung diese Kraft noch einmal erneuern. Die Selbstvergewisserung der vergangenen Heldenrolle wird zum Stützkorsett für den Befehlsempfänger im Kreml.

Am 23. 2. 1937 notiert er nach einem ZK-Plenum: »Auftritt Bucharins (häßlicher und trauriger Anblick!).« Und fügt hinzu, in der Pause habe ihm Karachan, der Sowjetbotschafter in der Türkei, von einer Zugfahrt mit dem bulgarischen Zaren berichtet: »Zar Boris bemerkte: Wir Bulgaren sind stolz auf *Dimitroff*. Während des Prozesses erhielt ich die Einladung, Deutschland zu besuchen. Aber ich habe erklärt: »Ich kann Deutschland keinen offiziellen Besuch abstaten, solange *Dimitroff* nicht befreit ist.« (Tagebücher, S. 151)

Obwohl hier der Zusammenhang vom Helden und »Verräter« mit Händen zu greifen ist, wird die Passage weder in den Anmerkungen noch in den einleitenden Kommentaren reflektiert. Der Anblick des alleinstehenden, von den Massen getrennten und im Grunde nicht wirklich, nicht entschieden opponierenden Bucharin ist »häßlich«, während dem aufrechten Antifaschisten noch im Nachhinein die Anerkennung seines höchsten nationalen Gegners widerfährt. Das entschuldigt seine Mutlosigkeit vor *Stalin* nicht, könnte sie aber erklären: Offenbar fällt es leichter, einem Gegner zu widerstehen, wenn uns nichts als die Gegner- oder gar Feindschaft verbindet und sie zudem von anderen anerkannt wird. Sich jedoch allein gegen Personen und Institutionen aufzulehnen, auf die wir uns selbst noch positiv beziehen, deren Rechtmäßigkeit wir durch Tradition, Erziehung und Gewohnheit »im Innern« noch immer bejahen, eine solche Opposition ist ungleich schwerer. Mache ein jeder die Probe auf dieses Gesetz der menschlichen Psyche an seinem eigenen Leben, bevor er andere verdammt.

Und *Stalin*, war sein Handeln wirklich irrational? Entlarven die Tagebücher ihn nur »als aufbrausenden, von Verfolgungswahn gepackten, chauvinistischen Herrscher«?(Kommentar, S. 11) Gehen wir zurück auf eines der ersten Gespräche mit *Dimitroff*, in dem er die Revolutionsphrasen der Komintern verhöhnte. Zuvor hatte der Bulgare ihm seine Zweifel gestanden, warum denn die Millionen Arbeiter in den entscheidenden Momenten nicht mit ihnen, sondern mit der Sozialdemokratie gingen. Er glaube, es liege an der falschen Propaganda. *Stalin* aber entgegnet, die Hauptursache sei die geschichtliche Entwicklung, die Angst der Arbeiter vor dem Verlust ihrer Kolonien. Die Massen handelten nach der »Herdenpsychologie« (»stadnaja Psihologija«): »nur durch ihre Beauftragten, ihre Führer«. Sie fühlten sich ohnmächtig und verloren ohne die Führer. Deshalb hielten die Arbeiter trotz Unzufriedenheit noch an den sozialdemo-

kratischen Führern fest, die sie verlassen würden, sobald »andere bessere« vorhanden wären. (Tagebücher, S. 98)

Könnte diese Passage nicht vieles erklären? Wenn alles eine Frage des Vertrauens der Massen in starke Führer ist, die ihnen ein Gefühl der Macht verleihen, dann kommt es darauf an, selbst ein solcher Führer zu sein und sich mit absolut zuverlässigen Führungskräften zu umgeben. Genau das hat der Stählerne getan und eine dementsprechende Rolle bot er *Dimitroff* an: »als unser erster Führer ... für die Führung der K. I.«. *Thälmann* hatte versagt, aber der Bulgare »den Feind im Gesicht gesehen«. (Tagebücher, S. 99 f.)

Das war nicht marxistisch gedacht, da *Marx* eher auf die Selbstorganisation der Arbeiterklasse von unten hoffte, die er von oben, mit seiner Theorie und den Parteien der I. Internationale, befördern wollte. Aber es war doch ein Denken, eine Form von Rationalität. Auch die Schauprozesse hatten insofern ihre Logik: unter dem Vorwand der Feindabwehr säuberten sie die Führung von jenen Altkadern, die *Stalin* halb ergeben, halb oppositionell gesinnt waren, die Machtentscheidungen auswichen und mit ihrer Unentschlossenheit, ihrer »Schwäche«, das Vertrauen der Massen gewollt oder ungewollt zu zersetzen drohten. Daß die Verfolgungs- und Entlarvungslawine sich schnell verselbständigt hat und in eine irrationale Hysterie umschlug, die überall Spione am Werke sah, ist wieder eine andere Frage.

Eine solche Sichtweise entschuldigt den Terror nicht, läßt aber zweckrationale Mechanismen der Machtproduktion erkennen, die mit *Stalin* nicht geendet haben, wie die ungleich harmloseren Säuberungen in der Bundesrepublik zeigen, die seit zehn Jahren nur berufliche Existenzen vernichten. Das Schwierige an Sowjetrußland ist die Doppelung, die Ambivalenz, die jedes seiner Momente ins Zwitterlicht taucht: Wirtschaft, Politik und Ideologie – alles ist im Aufbruch einer technischen Modernisierung nach dem Effizienzvorbild Deutschlands und der USA begriffen und zugleich von der halbfeudalen Herkunft aller gezeichnet. *Stalin* wird zum Zar, indem er nicht länger auf die erlösende Revolution im Westen hofft. Machterhalt durch Stärke nach innen und Diplomatie nach außen ist sein Konzept, Ordnung und Sicherheit sein höchster Wert. Kein intellektueller Höhenflug und im Grunde bürgerlich, kleinbürgerlich gedacht, immer auf der Suche nach einem Mittelweg, wie sein Hymnus auf die »mittleren Kader« ihn betont. (Ebenda, S. 162) Er ist ein Extremist der Mitte, wie *Hitler*, um der Ordnung willen bereit, alles Abweichende zu vernichten.

Aber wäre es denn besser gewesen, die »Weltrevolution« zu entfachen, zwei, drei Spanien zu schaffen, wie Che es sich 30 Jahre später mit Vietnam erträumte? Wenn *Stalin* den Partisanenkampf in China und Jugoslawien entschiedener unterstützt und noch mehr Waffen über »dunkle Kanäle« an die Brennpunkte der Welt geliefert hätte, wären dann die Massen in Paris, London oder New York auf die Barrikaden gegangen? Wollen wir nicht endlich aufhören, diese Revolutionsromantik, die heute ernsthaft kein Mensch mehr leben möchte, ins Vergangene zu projizieren. Wer heute der Meinung ist, daß weltweit verschiedene Emanzipationsversuche nicht von einem Zentrum aus gesteuert werden dürfen, der sollte so redlich sein, *Sta-*

lin nicht schlechthin die Auflösung der Komintern vorzuwerfen. Auch wenn er dies vorrangig aus diplomatischer Rücksicht auf die Westmächte tat und den Verbindungsapparat in seinen Geheimdienst integrierte. Dennoch ist das Argument, daß die kommunistische Bewegung in den einzelnen Ländern eine eigene nationale Identität erlangen müßte, nicht mit »großrussischem Chauvinismus« abgetan, sondern verweist auf ein noch immer ungelöstes Problem, das heute nicht nur die Linke in Deutschland betrifft.

Bleibe noch die »demokratische Mission« des Westens«, die Engler am Ende erwähnt, ohne sie als wirkliche Alternative zu befragen. *Dimitroffs* Tagebücher zeigen nicht nur *Stalins* taktische Manöver, erst die Einheitsfront gegen *Hitler* auszuspielen, um danach mit dessen Hilfe auf die Schwächung der alten Kolonialmächte zu spekulieren, sie bringen ebenso deren Versagen zur Sprache: die Blockade des verblutenden Spaniens, die Auslieferung der Tschechei, das Verschleppen eines antifaschistischen Bündnisses und noch die Verzögerung einer zweiten Front. Daß die Briten eine zweitrangige Militärdelegation auf langwierigem Schiffsweg nach Moskau schicken, während *Hitler* seinen Außenminister per Flugzeug entsendet, davon steht nichts in den Anmerkungen, von diesem Verrat an einer anders möglichen Geschichte.

Was hätten sie verhindern können, wenn die westlichen Parlamente *Dimitroffs* Wende zur Volksfront und Litwinows Konzept der »kollektiven Sicherheit« entgegen gekommen wären: den Weltkrieg, die Vernichtung des jüdischen Volkes, die Säuberungen? Als ich die Frage vor drei Jahren aufwarf, haben mich die Meinungsbildner des Landes von »taz« bis »Welt« des »Anti-West-Ressentiments« bezichtigt. Vielleicht kann sie nun am Material der Tagebücher wenigstens unter Linken einen neuen Historikerstreit auslösen, der über die Opfer der Diktaturen nicht die Schuld der Demokratien vergift. Denn auch dabei geht es nicht um müßige Spekulationen über Vergangenes, sondern um Probleme des Hier und Jetzt. Daß Diktatoren diktieren, erregt noch immer moralische Entrüstung, als sei etwas anderes von ihnen zu erwarten. Wenn aber Demokraten Völkerrecht brechen, dann bleibt dies folgenlos, statt die höheren Ansprüche zivilisierter Politik auch an höheren Maßstäben zu messen. Und wenn das höchst entwickelte Land sich weigert, eine Klimakonvention zur Rettung der Erde einzuhalten, dann zucken wir mit den Schultern, als sei da nichts zu machen.

Trotz meiner Einwände gegen ihre Kommentierung danke ich dem Aufbau-Verlag für die Edition der vorliegenden Texte, die ein gründlicheres Nachdenken über die unvollendete Geschichte des Kommunismus ermöglicht. Gerade deshalb aber wünschte ich mir, es würden bald *Dimitroffs* Aufzeichnungen von 1945 bis zu seinem mysteriösen Tod in einem russischen Sanatorium 1949 folgen. Denn sie dürften noch weit interessanteres Material bieten mit dem Versuch der Bildung einer selbständigen, slawischen Union zwischen Bulgarien und Jugoslawien. Dann könnte sich zeigen, ob der Held von Leipzig nur ein Moskauer Verräter war.

ARNDT HOPFMANN

Die Linke zwischen Regierung und Revolution

Man mag es als ›Ironie der Geschichte‹ ansehen oder auch nicht – ungeachtet der historischen Niederlage des staatssozialistischen Systems sowjetischen Typs im mittleren und östlichen Europa hat die sozialistische Idee zumindest als (mit)regierungsfähige politische Richtung offenbar keineswegs ausgedient. Dies können sich jedoch kaum die ›gewendeten‹ Potentaten der gescheiterten Sozialismusvariante zu gute halten. Vielmehr ist es die neuerlich vehement zutage tretende Radikalität der Vermarktwirtschaftlichung gesellschaftlicher Reproduktionsverhältnisse, die unter dem Begriff ›Globalisierung‹ unaufhaltbar scheint und die für große Teile der Bevölkerung Vorsichtsmaßnahmen nach dem Motto ›zu meiner persönlich Sicherheit fahre ich rechts und wähle links‹ geboten erscheinen läßt. Daraus erwächst für linke, poststaatssozialistische Parteien mit den programmatischen Ziel einer gesellschaftlichen Alternative allerdings eine unerwartete Herausforderung. Kaum daß sie sich der zweifellos verfehlten real-sozialistischen Politikkonzepte bewußt wurden, sehen sie sich bereits wieder mit der Erwartung konfrontiert, politikgestaltenden Aufgaben zu übernehmen – oft ohne sich bereits über das Was und Wie gesellschaftlicher Gegenentwürfe im Klaren zu sein.

Im folgenden wird versucht, die Dimension dieser Herausforderung zu ermessen und am Beispiel der Südafrikanischen Republik – und der dort regierenden Dreier-Allianz von pro-sozialistischen Bewegungen (ANC, COSATU, SACP) – zu zeigen, welche systemimmanenten ›Fallen‹ aus der (wenn auch nur impliziten) Anerkennung des Globalisierungsparadigmas resultieren. Ein Fazit beleuchtet schließlich naheliegende programmatisch-strategische Aspekte.

Die Logik der Globalisierung und ihre Konsequenzen für linke Politik

Spätestens seit Mitte der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts hat ein Begriff Karriere gemacht, der wohl wie kein zweiter heute weltweit die Strategien und die Legitimation politischen Handelns bestimmt – die Globalisierung. Dabei ist die Substanz des »G-Wortes« (diese Paraphrase stammt von *Kurt Hübner*) keineswegs unumstritten.

Für manche verbirgt sich dahinter lediglich ein *Prozeß der Internationalisierung des Wirtschaftslebens* und eine damit einhergehende Ausweitung politischer und ökonomischer Entscheidungshorizonte, der bereits seit mindestens zwei Jahrhunderten andauert und in dessen ungehindertem Fortgang oft die einzige Möglichkeit gesehen wird, die aktuellen Weltprobleme zu lösen (vgl. statt anderer Weiz-



Arndt Hopfmann – Jg. 1956; Dr. oec., studierte in Leipzig Volkswirtschaftslehre und Afrikanistik, arbeitet über Fragen der ökonomischen Entwicklungstheorie und der Systemtransformation und ist gegenwärtig wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Redaktion von »UTOPIE kreativ«, kürzlich erschien: »Transformations- theorie – Stand, Defizite, Perspektiven« (zusammen mit Michael Wolf, LIT-Verlag 2001).

»Das neue Wort ›Globalisierung‹ hat die Ökonomen nicht sonderlich interessiert, weil für sie der Vorgang der Globalisierung seit zwei Jahrhunderten das tägliche Brot ist.«

C. Christian von Weizsäcker (1999): *Logik der Globalisierung*, Göttingen S. 5 f.

»Der Kern des Transformationsprozesses neoliberaler Globalisierung wurzelt darin, das der Abbau gesellschaftlicher Regulation vor allem durch die Transformation der keynesianischen, sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Regulationssysteme ... mit einem Prozeß des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft korrespondiert, in dem sich die Dominanz betriebswirtschaftlicher Regulationsmuster und die Stilisierung kapitalistischer regulation zum universellen Entwicklungsmuster entfalten können.
Bernd Röttger (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation, Münster, S. 29.

»Globalisierung« ist ein Dogma und ein Kampfbegriff des Neoliberalismus.«
Michael R. Krätke (o. J.): Marx und die Globalisierung, S. 16.

»Gemessen am vorhandenen Globalisierungspotential kann die gegenwärtige weltweite Struktur des ökonomischen Verwertungs- und Reproduktionsprozesses bei weitem als noch nicht ausgeschöpft bezeichnet werden.«
Kurt Hübner (1998): Der Globalisierungskomplex, Berlin, S. 224 f.

»Welthandel und Weltmarkt eröffnen im 16. Jahrhundert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals.«
Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 161.

säcker 1999). Andere betonen die *politisch-strategische Dimension* des Begriffs, mit der insbesondere die bedingungslose Orientierung von Nationalökonomien auf den Weltmarkt und die Verallgemeinerung betriebswirtschaftlicher Logik in allen Gesellschaftsbereichen verbunden werden (vgl. statt anderer Röttger 1997). Dieser Auffassung folgend erweist sich die ökonomische Globalisierung als ein politisch vorangetriebener Prozeß »der ›Entbettung‹ aus sozialen Zusammenhängen« (Alt Vater/Mahnkopf 1996 a: 27). Das »G-Wort« gewinnt so eine Funktion als ideologische Konstruktion, mittels derer der »rechte Glauben an die alles beherrschende, weltumspannende ›Rationalität‹ einer kapitalistischen Marktwirtschaft« (Krätke o. J.: 15) verbreitet und konfirmiert werden soll. Schließlich bezweifeln wieder andere, daß es sich beim der aktuellen »Globalisierungswelle« überhaupt um ein ökonomisch besonders bemerkenswertes Phänomen handelt, da es durchaus bereits Entwicklungsphasen des Weltmarkts gab, in denen der Internationalisierungsgrad von Wirtschaftsprozessen zumindest ähnlich hoch war wie heute; was bestenfalls neu ist, rührt aus der politischen Dimension her (vgl. statt anderer Hübner 1998).

Unabhängig davon wie stark und worin auch immer sich die einzelnen Interpretationen des »G-Wortes« unterscheiden, wird doch insgesamt deutlich, daß sich im Begriff selbst mehr oder weniger klar zwei Zusammenhänge durchdringen, die wesentlich seine erstaunliche heutige Wirkungsmächtigkeit zu erklären vermögen. Das ist *zum einen* die seit dem 16. Jahrhundert – also seit deutlich mehr als zwei Jahrhunderten – virulente »propagandistische Tendenz des Kapitals, den Weltmarkt herzustellen« (Karl Marx), die sich im Kapitalismus als eine allgegenwärtige, harte gesellschaftliche Realität erweist. Bei der neuerlichen Globalisierungswelle handelt es sich mithin lediglich um die jüngste Phase eines langwierigen *Prozesses der Herausbildung und Entwicklung eines kapitalistischen Welt-systems*, in dessen Zentrum der Weltmarkt steht. Ihre besondere »Durchschlagskraft« resultiert neben den Folgewirkungen eines ganzen Komplexes technologischer Innovationen, die vor allem zu einer enormen Kontraktion von Raum und Zeit interkontinentaler Kommunikation (sowohl der Informations- als auch der Güterzirkulation) geführt haben, auch daraus, daß mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus in Mittel- und Osteuropa die Globalität kapitalistischer Verhältnisse (wieder)hergestellt wurde. *Zum anderen* handelt es sich um ein von neoklassischen Theoremen gespeistes *politisches Herrschaftsprojekt*, mit dem eine bisher »unbekannte Hyperkomplexität der Problemlagen« (Klein 1993: 9) – von ökonomisch-sozialer Unterentwicklung in der »Dritten Welt« über Verarmungsprozesse und chronische Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern bis zur globalen Zerstörung der natürlichen Umwelt – marktwirtschaftlich bewältigt werden sollen. Kernstück dieses Projekts ist eine (neoliberale) Ideologie, die Alternativen zur Verbetriebswirtschaftlichung der gesamten Gesellschaft nicht nur als reaktionär beziehungsweise fortschrittsfeindlich denunziert, sondern auch die »praktische Unmöglichkeit« derartiger Alternativen behauptet. Das ideologische Konstrukt, die Idee, wird nicht zuletzt dadurch zur »materiellen Gewalt«, daß die ökonomischen und politischen Akteure un-

ter dem bedrohlich wachsenden Druck der Probleme ein spezifisches ›Globalisierungsbewußtsein‹ entwickeln. Die verwertungskonformen Lösungsstrategien werden als alternativlose ›Sachzwänge‹ inszeniert und als solche zudem akzeptiert (vgl. Hirsch 1995).

Auch ohne daß es bereits handfeste Beweise dafür gibt, gehen die Akteure davon aus, daß sich hinter den wahrnehmbaren weltwirtschaftlichen Veränderungen eine grundlegende Entsicherung ihre bisherigen Existenzweise verbirgt. Und in dem sie glauben, sich heute schon ihren Erwartungen entsprechend verhalten zu müssen, geben sie nicht nur politische Gestaltungsräume freiwillig preis, sie tragen aktiv dazu bei, daß die viel beschworenen ›Sachzwänge‹ der Globalisierung auch tatsächlich wirklichkeitsmächtig werden. Die allenthalben im Zuge der Globalisierung konstatierte *Verohnmächtigung der Politik gegenüber den Marktkräften* erscheint als folglich unvermeidliche Konsequenz.

Das sich hinter dem Dogma der Verbetriebswirtschaftlichung aller gesellschaftlichen Sphären verborgende Problem besteht schlicht darin, daß die oben apostrophierten ›hyperkomplexen Problemlagen‹ unter den gegebenen kapitalistischen Reproduktionsbedingungen nur dann überhaupt systemkonform bewältigt werden können, wenn es gelingt, *hohe Wachstumsraten* aufrechtzuerhalten. Diese Bedingungen, unter denen alle zukünftige Reproduktion nur dann finanzierbar erscheint, wenn das Kapital (tendenziell wachsende) Profite realisiert, erzwingen quasi ultimativ wirtschaftliches Wachstum – auch wenn die Logik der Wirtschaftsentwicklung in der ›langen Frist‹ dieses faktisch ausschließt (vgl. Reuter 2000). In einem geschlossenen globalen System von Rohstoffen und einem nach Maßgabe der Sonneneinstrahlung nur bescheiden wachsenden Energiekontingent – sowie angesichts objektiv begrenzter (Konsum)Zeit für eine schier unaufhaltsam zunehmende Menge an Gütern – ist es jedoch schlechthin eine Unmöglichkeit, daß die Wirtschaft unbegrenzt wächst. Genau dagegen rebelliert der neoliberal fundierte »Globalisierungskomplex« (Hübner). Wenn die inzwischen unabweisbar gewordenen Probleme von Unterentwicklung, Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung irgendwie kapitalistisch bewältigt werden sollen, dann nur mittels der ›Gier nach Profit‹ – und diese ist ohne stetiges Wachstum nicht zu stillen. Alles andere würde nämlich darauf hinauslaufen, daß aus der vorhandenen Masse des gesellschaftlichen Reichtums Umverteilungen aus der Substanz vorgenommen werden müßten; das heißt, die Beseitigung von Entwicklungsnotständen könnte nur durch Eingriffe in den akkumulierten, jedoch auf die sozialen Gruppen höchst unterschiedlich verteilten Vermögensbestand erreicht werden. Um dies zu vermeiden, lautet die Devise des Globalisierungsdiskurses schlicht und ergreifend: Es müssen um jeden (sozialen) Preis profitable Bedingungen der Kapitalverwertung – ergo Wachstumspotentiale – erschlossen werden. Das ist die ultima ratio des Systems – und damit auch die aller systemimmanenten Politikkonzepte.

Politik (mit)gestalten unter den aktuellen Bedingungen läuft also zwangsläufig auf die Anerkennung einer spezifischen Logik von ›Systemprioritäten‹ hinaus. Und diese Wahrnehmung ist unabhängig von der (sozial)politischen Couleur der jeweils herrschenden Partei-

»Heute ist Globalisierung gleichbedeutend mit De-regulierung und daher mit einer Schwächung der politischen Gestaltungsmacht der Nationalstaaten gegenüber den Marktkräften.« Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf (1996 b): Die globale Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Widerspruch, Nr. 31 (Juli), S. 19.

»Mit der wachsenden Möglichkeit, mehr Konsumgüter zu erwerben, ist wegen vorhandener Zeitlimits unumgänglich verbunden, daß die Nutzungsdauer pro Konsumgut zurückgeht. Auch eine Reduktion der Nutzungsdauer pro Konsumgut auf ein gerade noch vertretbares Minimum ändert nichts an der Tatsache definitiver Grenzen der Nutzung zusätzlicher Güter.«

Norbert Reuter (2000): Ökonomik der »Langen Frist«. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg, S. 413.

enkoalition. Daher rührt nicht zuletzt die auf den ersten Blick merkwürdige Alternativlosigkeit politischer Strategien, unabhängig davon, welche politische Strömung respektive Partei gerade an der Macht ist.

Sich auf (Mit)Regieren einzulassen, ohne das Gesellschaftssystem grundlegend in Frage zu stellen, bedeutet daher auch und gerade für linke Parteien unausweichlich, sich dem systemischen Wachstumszwang zu unterwerfen. Diesen Beweis hat die regierungspolitisch europaweit dominierende Sozialdemokratie längst angetreten.

Sind die Grundlagen des (Welt)Systems erst einmal akzeptiert, erschließt sich die (global wie regional identische) Logik des politischen Handelns also quasi von selbst. Ganz vorn steht dann zwangsläufig die Prämisse vom ›Standortwettbewerb‹. Denn nur, wenn es gelingt, in Konkurrenz zum ›Rest der Welt‹ Effektivitätsvorteile zu erzielen, kann ein (überdurchschnittlich) hohes Wirtschaftswachstum erreicht werden – und dies sowohl durch die einheimischen Unternehmen als auch durch die Neuansiedlung von ausländischen Firmen, durch Direktinvestitionen und die dadurch installierte »Hochwertproduktion« mit ihren »Hochlohnarbeitsplätzen« (Narr/Schubert 1994). Dafür wiederum gilt ein ganzes Bündel an Maßnahmen als hilfreich, das wiederum, dadurch daß es überall angewandt wird, den ›Standortwettbewerb‹ zusätzlich anspornt. Gerade deshalb ist das ›Minimum‹ an wirtschaftspolitischen Maßnahmen logischerweise überall dasselbe. Und immer ist der Staat, der in der Regel lauthals als in der Wirtschaft ›unerwünscht‹ verschrien wird, besonders gefordert; vor allem dort, wo er jene Aufwendungen übernimmt, die (insbesondere im Bereich der Infrastruktur) zwar der Kapitalverwertung dienen, die aber privatkapitalistisch nicht profitabel finanzierbar sind.

Am Anfang steht indessen stets, eine konsequente Außenorientierung der Wirtschaft durchzusetzen und dafür natürlich die ›Kapitalkosten‹ durchgreifend zu senken. Dies betrifft sowohl die Begrenzung der Lohnkosten (»moderate Lohnabschlüsse«) als auch die Senkung der Unternehmenssteuern, aber auch das Abwerfen ›sozialen Ballasts‹, was in der Regel nicht nur zum »Umbau« – sprich: zur Kommerzialisierung und Privatisierung – des Systems sozialer Sicherungen führt, sondern auch die Akzeptanz offener Armut erfordert. Wer ausländische Direktinvestitionen ›ermutigen‹ will, um auf diese Weise mehr Wachstum zu erreichen, für den genügt konsequenterweise nicht die Absenkung von Sozialstandards und das Einstellen potentiell defiziträchtiger Aktivitäten, der muß auch für die Sicherung der Werthaltigkeit der Währung Sorge tragen, wofür ein positiver Zinssatz und die Stabilität des Wechselkurses das non plus ultra darstellen. Denn ohne einigermaßen sicher zu kalkulierende Profite, deren Grundlage eine international vergleichbare Kostenrechnung (auf der Basis von relativ stabilen Wechselkursen) ist, und ohne einem Zinssatz oberhalb der Inflationsrate, sind – folgt man den Sachzwängen der Globalisierung – keine Wachstumspotentiale beziehungsweise Direktinvestitionen zu mobilisieren. Weil sie unmittelbar auf den Zinsfuß wirkt, ist dementsprechend auch die ›Entschuldung‹, sowohl in bezug auf das nationale Budget wie die gegenüber ausländischen Gläubigern, eine Grundvoraussetzung für eine ›attraktive‹ Standortpolitik.

»Transnationaler Wettbewerb um die Beherrschung von Basistechnologien und deren kommerzielle Anwendung ist ein Wettbewerb zur Erhaltung des Wohlstands nicht mehr von Nationen, sondern von transnational orientierten Minderheiten innerhalb heterogener Nationen. Nicht das Wohl der ›Nation‹ steht im Vordergrund, sondern das einer sinkenden Anzahl von Beschäftigten der Hochwertproduktion.«
Wolf-Dieter Narr/Alexander Schubert (1994): Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M., S. 74.

»Der Kapitalimport funktioniert ... nur, wenn die Konditionen (Zinsen, Geldwertstabilität, Kurs der Währung) attraktiv sind. Also braucht es stabile Währungen, hohe Zinsen und ... einen stabilen Wechselkurs.«
Elmar Altvater (2001): Das Öl in Baku, eine Botschaft aus der H-Street und Bratwürste im Gugelhof. Zum Zusammenhang von Energiemodell, Finanzregime und Politik, in: Altvater, E., Galtung, J. et al., Neoliberalismus – Militarismus – Rechtsextremismus, Wien, S. 24.

Wer sich also – insbesondere als linke Bewegung – am (Mit)Regieren unter den Bedingungen des (Spät)Kapitalismus versucht, der muß bereit sein, aus der neueren Globalisierungsgeschichte zu lernen, daß solche althergebrachten Instrumente der ›Entwicklungspolitik‹ wie konjunktur- wie sozialpolitisch motivierte Budgetdefizite (deficit spending), hohe Lohnstandards – denn, wenn die Exportorientierung im Zentrum steht, spielt die Kaufkraft der einheimischen Arbeiter (vermeintlich) keine Rolle mehr – und der Schutz des Binnenmarktes (Importsubstitution) in der Logik der Globalisierung keinen Platz mehr haben. Maßstab für jeden wirtschaftspolitischen Erfolg ist das – zu welchem Preis auch immer erzielte – *Wirtschaftswachstum*. Daraus folgt eine harte Konsequenz. Wer Alternativen *innerhalb* des herrschenden Gesellschaftsmodells aufzeigen will, der muß nicht nur regional oder national dimensionierte profitträchtige (Wachstums)Alternativen parat haben, der muß auch weltwirtschaftliche Zusammenhänge und Möglichkeiten zu deren Veränderung mitdenken. Das ist der Maßstab, an dem sich linke Politik *innerhalb* eines sich fortschreitend globalisierenden Weltmarktssystems messen lassen muß – sofern sie das System selbst nicht unmittelbar in Frage stellen will (und kann).

Zum Beispiel Südafrika

Welche durchgreifenden Auswirkungen die über die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen von den Industrienationen geschaffenen Globalisierungszwänge in der Realität haben, ließe sich ohne weiteres und eindrucksvoll anhand der Transformationsländer des ehemaligen ›Ostblocks‹ illustrieren. Dort, unter den Bedingungen einer (Wieder)Einführung des Kapitalismus, werden die Konsequenzen der Globalisierung allerdings eher als unbeabsichtigte ›Kollateralschäden‹ abgetan – was sie jedoch keineswegs sind. Von besonderem Interesse für eine ausdrücklich links-sozialistische Praxis ist jedoch jener außergewöhnliche Fall, wo die ökonomisch-politischen Akteure – allen Widrigkeiten der Globalisierungsmanie zum Trotz – noch in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts einen zumindest protozialistischen Entwicklungsweg einschlagen wollen beziehungsweise wollten. Gerade hier bietet die Republik Südafrika ein instruktives Beispiel.

Ohne alle maßgeblichen Ereignisse an dieser Stelle auch nur einigermaßen hinreichend würdigen zu können, setzt die für die Überlegungen hier wichtige Phase nationaler Entwicklung 1994, mit der demokratisch legitimierten Ablösung des (Post)Apartheid-Regimes durch die Dreier-Allianz von ANC (African National Congress), COSATU (Congress of South African Trade Unions) und SACP (South African Communist Party), ein. Grundlage der beabsichtigten tiefgreifenden Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse war das *Programm für Wiederaufbau und Entwicklung* (RDP – Reconstruction and Development Programme). Dieses komplexe Programm wurde in einem langen Diskussionsprozeß, an dem eine Vielzahl von Organisationen und Einzelpersonlichkeiten beteiligt war, erarbeitet und diente als strategische Basis für die seit 1994 regierende Dreier-Allianz auf nahezu allen Politikfeldern. Vor allem in den als Schlüsselfragen apostrophierten Einzelprogrammen – Grundbedürfnis-

»An integrated programme, based on the people, that provides peace and security for all and builds the nation, links reconstruction and development and deepens democracy – these are the six basic principles of the RDP.«

African National Congress (1994): The Reconstruction and Development Programme. A policy framework, Johannesburg, p. 7.

befriedigung, Entwicklung der Humanressourcen, Wirtschaftsentwicklung und Demokratisierung – wird deutlich, daß es sich tatsächlich um ein umfassendes, auf die aktive Beteiligung der Bürger setzendes Vorhaben handelt, das insbesondere auf eine rasche Verbesserung der Lebensbedingungen der bisher am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen zielt. Von der Südafrikanischen Kommunistischen Partei und Teilen der COSATU wurde es daher als »Minimalprogramm« einer nationaldemokratischen Revolution mit der Perspektive eines Übergangs zur sozialistischen Revolution verstanden (vgl. statt anderer Netshitenzhe 2000; SACP 2001).

Das in bezug auf die Einzelprojekte ursprünglich für einen Zeitraum von fünf bis sechs Jahren konzipierte Programm stieß jedoch bereits nach relativ kurzer Zeit auf beträchtliche Umsetzungsschwierigkeiten. Insbesondere beim sozialen Wohnungsbau, beim angestrebten Abbau der Arbeitslosigkeit und bei der Versorgung auch der Ärmsten mit Gesundheitseinrichtungen, mit Zugang zu sauberem Wasser und Elektrizität blieb die Wirklichkeit weit hinter den programmatischen Absichtserklärungen zurück. Zu diesen eher binnenwirtschaftlichen beziehungsweise innenpolitischen Problemen kam schließlich noch eine merkliche Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation, die sich vor allem in einer einschneidenden Verschlechterung des Wechselkurses des Südafrikanischen Rand zum US-Dollar niederschlug (vgl. Goldberg 1996 und dort angegebene Daten). Neben den wirtschaftlichen Problemen bereitete zudem die von den großen Konzernen maßgeblich unterstützte Strategie des »Black Empowerment« – die Schaffung einer Klasse schwarzer Kapitalisten insbesondere durch der Integration von schwarzen Führungskräften in die Konzernzentralen – den politisch-sozialen Boden für einen grundlegenden Strategiewandel. Dieser wurde schließlich im Juni 1996 mit der Verkündung eines »neuen makroökonomischen Politikrahmens«, der unter dem Kurzwort GEAR (Growth, Employment and Redistripution) firmiert, vollzogen.

Im Gegensatz zum RDP ist GEAR nicht das Produkt einer langen Debatte mit unterschiedlichen Organisationen und Einzelpersonen, sondern ist von 15 Wirtschaftsexperten im Auftrag des Finanzministeriums erarbeitet worden. Und entsprechend ist es auch ausgestaltet. GEAR ist im Kern ein von neoliberalen Ideen inspiriertes Struktur Anpassungsprogramm, das sich die Dreier-Allianz unter Führung des ANC selbst auferlegt hat (während derartige Programme in der »Dritten Welt« ansonsten üblicherweise von Weltbank und Internationalem Währungsfonds aufgeherrschet werden). Sein Inhalt steht auch nicht zur Disposition für eine öffentliche Diskussion. Die »von oben« verfügten Festlegungen selbst umfassen nahezu das gesamte Spektrum von Maßnahmen, mit denen in der Logik der Globalisierung Wirtschaftswachstum als ultimative Voraussetzung für die Lösung jedweder Probleme erzeugt werden soll (vgl. Khanya 1997). An vorderster Stelle stehen folgerichtig die konsequente Orientierung auf den Weltmarkt und in diesem Zusammenhang die Entwicklung einer »konkurrenzfähigen« südafrikanischen Wirtschaft mit stabil hohen Wachstumsraten. Maßgeblich verantwortlich für die Schaffung einer »wachstumsdienlichen Atmosphäre« ist der Staat, der sich auf Infrastrukturinvestitionen und eine unternehmensfreundliche Fiskal- und

»This strategy (i. e. GEAR – ah.) is government policy. Its fundamentals are not up for negotiation.«

Nelson Mandela
(damaliger Präsident)

»The plan is based on sound economic principles and compiled by well-qualified economists.«

Peter Hilsenrath (Chef-ökonom der Syfrets Bank)

»For us to co-operate with big business, international finance and the Government in implementing GEAR is like being told to dig our own graves – jump in voluntarily and then wait to have the earth thrown on top of us by the representatives of those interests.«

Sam Shilowa (COSATU-Generalsekretär)

Währungspolitik konzentrieren soll. Gerade die damit verbundenen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung über eine Politik des knappen Geldes (relativ hoher Realzinssatz bei stagnierenden oder gar sinkenden Realeinkommen) und die Bemühungen zur Wechselkursstabilisierung durch die Begrenzung beziehungsweise den verstärkten Abbau der Außenverschuldung wirken jedoch tendenziell wachstumshemmend, wodurch jenem Phänomen Vorschub geleistet wird, das János Kornai mit Bezug auf die mittel- und osteuropäischen Transformationsländer als »Transformationsrezession« (vgl. Kornai 1996: 97 ff.) bezeichnet hat. Die Wirtschaftsentwicklung leidet sowohl auf dem Konsumgüter- als auch auf dem Investitionsgütermarkt unter einem chronischen »Zustand unzureichender Nachfrage« (Kornai 1996: 110). Die neoliberale Orthodoxie geht jedoch beharrlich davon aus, daß hohe Realzinsen und niedrige Inflation in Verbindung mit einem stabilen Wechselkurs ausländische Direktinvestitionen anlocken würden, die schließlich zu mehr Wirtschaftswachstum und so zu mehr Beschäftigung führen sollen. Dazu bedürfte es allerdings zudem noch steuerlicher Anreize und vor allem der »Zurückhaltung« bei den Lohnforderungen der Arbeiter. Schließlich kommt auch der aus allen neoliberalen Wirtschaftsprogrammen nur zu gut bekannte »Umbau« der sozialen Sicherungssysteme in Kombination mit der berüchtigten »Restrukturierung der Staatsausgaben« zum Zuge. Im Zentrum derartiger Maßnahmen steht auch in Südafrika die Kommerzialisierung – mitunter verbunden mit der Privatisierung – staatlicher Leistungen, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen, beim Wohnungsbau und bei der Versorgung mit Wasser und Elektrizität.

Die bisherigen Resultate von GEAR sind alles andere als berauschend. Zwar konnten in bezug auf die Wechselkursstabilität und bei der Entwicklung der Verschuldung gewisse Erfolge erreicht werden; aber insbesondere bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurden keine Fortschritte erzielt. Tatsächlich gingen sogar Arbeitsplätze im formellen Sektor der Wirtschaft verloren, während die Tendenz zur wachsenden Informalisierung weiterhin ungebrochen ist (zu einer Auswahl von Daten vgl. SACP 2001: 29 f.). Die Zahl der Unzufriedenen wächst aber auch infolge der steigenden Kosten für Bildung sowie für die Wasser- und Elektrizitätsversorgung. Insbesondere bei dem im RDP noch zum elementaren Grundrecht erklärten Zugang zu Trinkwasser und Elektrizität geht die Kommerzialisierung beziehungsweise Privatisierung der Versorgung mit einer steigenden Zahl von Haushalten einher, die einfach abgeschaltet werden, weil sie die Rechnung nicht bezahlen können (vgl. Meer/Mngxitama/Ngawane 2001).

Die unsozialen Folgen des neoliberalen, wachstumsfixierten Strukturanpassungsprogramms GEAR liegen im heutigen Südafrika offen zutage. Wer jedoch von den explizit sozialistisch orientierten Mitgliedern der Dreier-Allianz – SACP und COSATU – erwartete, daß sie angesichts der neoliberalen Wende zumindest auf der Führungsebene des ANC die bisherige Regierungskoalition in Frage gestellt hätten, sieht sich getäuscht. Statt dessen firmiert die Debatte um Globalisierung und GEAR zwischen den Koalitionären unter dem Motto »eine gemeinsame Position zur weltwirtschaftlichen

Lage erarbeiten« und »an die globalen Realitäten anpassen« (Nzimande 2001: 17), während gleichzeitig plakativ am Anspruch einer Vertiefung der nationaldemokratischen zur sozialistischen Revolution (vgl. SACP 2001) festgehalten wird. Insgesamt geraten die hehren programmatischen Ziele der Südafrikanischen Kommunistischen Partei immer offensichtlicher in Widerspruch zu einer politischen Praxis, an der die Partei in herausragender (wenn auch nicht führender) Position beteiligt ist. Die ›Anpassung an die Realitäten‹, vor allem aber die Beteiligung an der Macht unter den Bedingungen einer »mehr und mehr ... ganz ›normalen‹ kapitalistischen Gesellschaft« (Goldberg 1996: 115) hat seinen Preis – die mehr oder weniger offene Unterwerfung unter die Globalisierungslogik und den faktischen Verzicht auf gesellschaftliche Alternativen.

Ein Fazit mit programmatischen Ausblick

Zweifellos hat der Zusammenbruch des Staatssozialismus sowjetischen Typs viele kommunistische und Arbeiterparteien weltweit in ein programmatisch-visionäres Vakuum gestürzt. Mit dem Ende der Gewißheiten des »Marxismus-Leninismus« und seiner »Revolutions-theorie« verschwand auch der Anspruch auf das Wissen um eine wissenschaftlich begründete, gesetzmäßig hervortretende gesellschaftliche Alternative zum kapitalistischen System. Trotz dieser Kalamitäten haben die meisten der ehemaligen staatssozialistischen Regierungsparteien und viele kommunistischen Parteien im real existierenden Kapitalismus die historischen Zäsur erstaunlich gut überstanden. Das anti-soziale, neoliberale Globalisierungsprojekt des Kapitals hat diesen Parteien offenbar zu einer neuen politischen Rolle als mögliche Gegenspieler des marktradikalen Kurses verholfen.

Allerdings offenbaren sich in dem Maße, in dem die gewendeten Linksparteien durch die Wählerschaft zum (Mit)regieren erwählt werden, auch die *konzeptionellen Defizite*. Ohne eine praktikable politisch-programmatische Strategie, mit der die bislang oft nur behaupteten Alternativen zum neoliberalen Kurs wenigstens partiell in die Wirklichkeit umgesetzt werden können, drohen die linken Junior-Koalitionäre zu einem wohlfeilen Mehrheitsbeschaffer für vorzugs halber sozialdemokratisch verbrämte Globalisierungskonzepte zu verkommen.

Soweit die (demokratisch sozialistische) Transformation der herrschenden Verhältnisse in der Tat das hauptsächliche Langzeitziel der Bewegung geblieben ist und nach dem natürlich zuerst der wesentliche Inhalt dessen zu bestimmen wäre, was unter (demokratischen) Sozialismus verstanden werden soll, kristallisieren sich drei kritische programmatische Problemfelder heraus.

Zum *ersten* handelt es sich um die anerkanntermaßen schon seit längerem virulente (und außerhalb des staatssozialistischen Länder schon seit längerem offen zutage liegende) Frage nach den *Akteuren* einer sozialistischen Umgestaltung. Mit der Bestimmung der Arbeiterklasse als Demiurgen des Kommunismus durch *Karl Marx* und *Friedrich Engels* – eine Einsicht, die gesellschaftlichen Verhältnissen im ausgehenden 19. Und beginnenden 20. Jahrhundert durchaus angemessen war – wurde eine für die sozialistisch-kommunistische Bewegung kritische Frage sehr früh und vermeintlich ein für alle

Mal entschieden. Bis zuletzt wurde jeder Zweifel an diesem Dogma als eine Art Ketzerei verfolgt. Heute erweist sich die sozialistische orientierte Linke bestenfalls als Teil einer Vielzahl von kapitalismuskritischen Initiativen, die von den ›Globalisierungsgegnern‹ über die Aktivistinnen und Aktivisten im Bereich des Umweltschutzes bis zur feministischen und Gleichstellungsbewegung reichen. Jenseits von Avantgardeambitionen wäre es schon ein bedeutender Schritt, wenn es gelänge, eine Art stabile Vernetzung zwischen diesen unterschiedlichen Akteursgruppen zu erreichen und übergreifende Ziele zu bestimmen.

Eng mit der Subjektproblematik verbunden ist *zweitens* das Problem der *Formen gesellschaftlicher Transformation*. Es ist zweifellos ein unbestreitbarer Vorzug des klassischen Marxismus, das Problem formationeller Übergänge überhaupt theoretisch entdeckt und bearbeitet zu haben. Indem die Geschichte der Menschheit als Abfolge von historisch vergänglichen Gesellschaftsformationen begriffen wurde, trat folgerichtig auch die Frage nach den Formen und Mechanismen von Systemwechseln in das Blickfeld einer *allgemeinen Theorie gesellschaftlicher Evolution*. Ausgerüstet mit dem aus der Analyse der damaligen Zeit gewonnenen Begriffsapparat und in Ermangelung anderer empirischer Erfahrungen wurde maßgeblich von Marx und Engels eine Theorie der Systemwechsel konzipiert, die im Angesicht der bürgerlichen Revolutionen des 17., 18. und 19. Jahrhunderts die Gestalt einer ›Revolutionstheorie‹ annahm. Damit wurde aus heutiger Sicht *voreilig* eine historisch besondere Form der gesellschaftlichen Transformation auf eine Art und Weise theoretisch verallgemeinert, die der durch die kapitalistisch-industrielle Produktionsweise entscheidend veränderten Perspektive der Formationsprozesse (vgl. Eichhorn 1996: 28) nicht gerecht zu werden vermochte. Ein wesentlicher Schwachpunkt der Marxschen Revolutionstheorie besteht nämlich genau darin, daß sie sich »im Bereich der undialektischen linearen Extrapolation« (Ruge 1999: 24) bewegt, und zwar insofern, als sie unterstellt, der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus werde auf vergleichbarem Wege wie der vom Feudalismus zum Kapitalismus erfolgen. Damit verweigerte sie sich einer dialektischen Sicht, wonach eine qualitativ neue Gesellschaftsformation mit dem Entstehen und Aufbrechen bislang unbekannter Widersprüche sich auch auf qualitativ neue Weise wird durchsetzen müssen (vgl. Hopfmann/Wolf 2001: 38 - 40).

Das *dritte* Problemfeld ist zugleich auch das dringendste, weil es für die Mitwirkung in regierenden Koalitionen das kritischste ist – es geht um eine *wirtschaftspolitische Alternative zum neoliberalen Globalisierungsprojekt*. Hier erweisen sich die spärlichen Randbemerkungen zu einer Ökonomie des Sozialismus und Kommunismus, die *Karl Marx* in seiner »Kritik des Gothaer Programms« (MEW, Bd. 19) hinterlassen hat, als nur noch wenig hilfreich. Heute geht es längst nicht mehr um die Lösung der Eigentumsfrage allein dadurch, daß die »Expropriateurs expropriert werden« (Marx), oder gar um die Abschaffung des Geldes, sondern insbesondere auch um die Frage nach dem Sinn und einer umweltverträglichen Form wirtschaftlicher Entwicklung. Gerade mit Blick auf das kapitalistische Wachstumssyndrom erscheint die Herausbildung einer *post-marx-*

»(John Stuard) Mill thematisiert bereits in der Mitte des letzten Jahrhunderts dezidiert Sinn und ethische Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums. ...Gedanken..., die erst 150 Jahre später – etwa in den ersten Berichten des Club of Rome – Gegenstand breiterer öffentlicher Diskussionen wurden.« Norbert Reuter (2000): Ökonomik der »Langen Frist«. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg, S. 267.

»...niedrige oder zurückgehende Wachstumsraten in entwickelten Industrieländern (müssen) anders bewertet werden: Sie spiegeln nicht das Versagen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit wider, sondern

dokumentieren umgekehrt den Erfolg vorangegangener wirtschaftlicher Anstrengungen. Sollte diese Interpretation die alte universale Wachstumsorientierung als Grundlage der Ökonomik entwickelter Industriegesellschaften ablösen, würden erhebliche wirtschaftstheoretische wie wirtschaftspolitische Neu- und Reformulierungen unabdingbar. Am Ende stünde die Notwendigkeit zur Entwicklung einer neuen *speziellen* ökonomischen Theorie und einer hieraus abgeleiteten *speziellen* Wirtschaftspolitik für reife Industriegesellschaften.«

Norbert Reuter (2000): Ökonomik der »Langen Frist«. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg, S. 425.

schen Kritik der politische Ökonomie ohne Marx notwendig. *Marx* war bekanntlich viel zu sehr Modernisierungstheoretiker, und die Eingriffe der Produktionsweise in das ökologische System waren in ihren Konsequenzen noch viel zu wenig absehbar, als daß er hätte Wachstumsskeptiker sein können – obwohl stagnationstheoretische Überlegungen bereits zu Kernbestand der klassischen ökonomischen Theorie gehörten (vgl. Reuter 2000: 241-316).

Die Herausforderung der Entwicklung einer ökologisch notwendigen und sozial sinnvollen »Zeitenwende in Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik« (Reuter 2000: 451) ist jedoch kolossal. Immerhin geht es um eine theoretisch fundierte und politisch-praktisch mehrheitsfähige Strategie, die auch und gerade eine zwingende Logik, die überlegene Rationalität ökonomischen Handelns, auf ihrer Seite hat. Das ist die Latte, über die gesprungen werden muß, denn unterhalb dessen kann gegen die selbstimmunisierende Rationalität der Globalisierung nichts ausgerichtet werden.

Bis es soweit ist – bis die Vision einer gesellschaftlichen Transformation in ihren Formen, in ihrer ökonomischen Logik und auch hinsichtlich jener Kräfte, die sie herbeiführen und tragen sollen – Gestalt angenommen hat, darf natürlich (mit)regiert werden; *allerdings ohne Hoffnung auf eine durchgreifende Lösung der brennenden sozialen, ökologischen und ökonomischen Fragen*. Diese Einsicht schließt jedoch zumindest die Notwendigkeit ein, sich zu diesem unbefriedigenden Stand der Dinge offen zu bekennen.

Spendenauf Ruf – Hilfe für Waisenkinder in Rußland

Seit 1999 unterstützen wir das Waisenhaus und medizinische Einrichtungen in Archangelsk. Durch unsere Kontakte vor Ort wissen wir, woran es am meisten fehlt – Hilfsgüter und Sachspenden übergeben wir persönlich. Beteiligen Sie sich an unserer privaten Initiative, die das Leben der Kinder und die Arbeit der Ärzte erleichtert.

Nähere Informationen
über Gertrud und Ludger Büld
Tel.: 04465/77009 oder 04941/602489
mail: bueld@aur.wsdnw.de
Spendenkonto: 100 122 399
bei der Kreissparkasse Aurich (BLZ 284 510 50)

JÜRGEN STAHL

Das vereinnahmte Ich

Seit dem Verschwinden der europäischen sozialistischen Staaten 1989/91 wurden in vielfältiger Weise Ursachen für die historischen Fehlentwicklungen im Versuch des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft analysiert. Als das wohl wichtigste Manko wird dabei die Unfähigkeit zur Ausbildung einer die bürgerlichen Formen der Demokratie überschreitenden, neuen sozialistischen Demokratie ausgemacht.

Der Realsozialismus fiel bekanntlich in dieser Hinsicht hinter das historisch erreichte Niveau der bürgerlichen Gesellschaft zurück, was mit gravierenden Auswirkungen auf den Vergesellschaftungsprozeß und die politische wie geistige Kultur verbunden war. Theoretisch und praktisch schlug sich das in einer Auffassung vom Subjekt geschichtlicher Veränderungen nieder, die selbst arrivierte Vertreter der DDR-Philosophie als unzureichend charakterisierten.¹

Mir erscheint es deshalb als folgerichtig, wenn Debatten zur Klärung dessen, was ausgehend vom gegenwärtig erreichten gesellschaftlichen Entwicklungsstand in Europa der Inhalt von Sozialismusvorstellungen sein kann, nicht an imaginären Vorstellungen eines kommunistischen Jenseits ansetzen, sondern die aktuellen Ansprüche der Menschen an ein selbstbestimmtes Leben in einer intakten sozialen und natürlichen Umwelt zum Ausgangspunkt nehmen.² Denn nur sie erlauben eine Identifikation und vermögen so politisches Engagement auszulösen. Einen derartigen Ausgangspunkt wählen, heißt in einer radikalen Gesellschaftskritik herauszuarbeiten, was der Verwirklichung der Ansprüche der Menschen aktuell und tendenziell entgegensteht: die Aushöhlung erkämpfter demokratischer und sozialer Errungenschaften; die notwendige Unterordnung der Individuen in ihrer Entwicklung unter die vom Kapital erwünschten und normierten Verhaltens-, Kommunikations- und Konsumtionsweisen; die soziale Ungleichheit in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern und die gravierende ökonomisch-soziale Unterentwicklung in weiten Teilen der Welt – um nur einiges zu nennen.

Will die politische Linke ein aktivierendes, auf alternative gesellschaftliche Entwicklungen ausgerichtetes Projekt mit sozialistischem Anspruch erneut in Gang setzen, wird sie nicht beim Aufweisen von Defiziten, die sich aus dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit ergeben, stehen bleiben können. Die positive Ausfüllung eines sozialistischen Gesellschaftskonzepts erfordert ebenso die Kritik der eigenen politischen Praxis und der mit ihr verbundenen Theorie im Versuch des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft.



Jürgen Stahl – Jg. 1953; Dr.phil.habil., studierte Philosophie in Jena, wo er zur Entwicklung der Dialektik in der klassischen bürgerlichen Philosophie und europäischen Aufklärung promovierte und sich habilitierte, ist gegenwärtig als Selbständiger tätig und arbeitet in der Wörterbuch-Werkstatt des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus« mit.

1 Vgl. Helmut Korch: Die Marxsche Sicht des Menschen – Vorstellung und Wirklichkeit, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 36(1994)1, S. 27; Ders.: Voraussicht der Zukunft – Herausforderung oder Illusion? Schriftenreihe des Jenaer Forums für Bildung und Wissenschaft e.V., Heft 39, Jena 1999; Gottfried Stiehler: Werden und Sein, Köln 1997, S. 250.

2 Vgl. u. a. Gabi Zimmer: Die Menschen müssen unseren sozialistischen Idealen vertrauen können, in: Neues Deutschland vom 16./17. Juni 2001.

In die Diskussion um die programmatische Orientierung der PDS brachte *André Brie* den bemerkenswerten Gedanken ein: »Wir glauben nicht an die Erziehung eines neuen Menschen und wir wollen sie auch nicht. Wir wollen den Menschen ernst nehmen, wie er ist, einschließlich seiner Interessen, von denen einige auch in der Wirtschaft liegen.« Damit ist ein entscheidender Punkt benannt, der im Gegensatz zu den gescheiterten Versuchen der Realisierung eines Sozialismusmodells steht, in dem von einer höheren Warte heraus Menschen beglückt werden sollten. Der ›Sowjetmensch‹ als vorgeblich bereits existierendes, in der politischen Identifikation aufgegangenes Wesen wurde in der vergangenen ›sozialistischen Erziehung‹ zur Genüge beschworen.

Für außerordentlich wichtig halte ich in diesem Zusammenhang, den Freiheitsbegriff der apologetischen Besetzung den Wortführern des Kapitals zu entziehen, die ›Freiheit‹ beziehungsweise ›freiheitliche Ordnung‹ (in Verkehierung des emanzipatorischen Anspruchs) gleichzusetzen trachten mit ›modernem Kapitalismus‹ – also mit der daraus notwendig entspringenden Ungleichheit, Unfreiheit und unsolidarischem Verhalten. Freiheit meint in diesem Sinne – wie *Max Frisch* 1976 kritisch bei der Verleihung des Deutschen Friedenspreises bemerkte – die Freiheit zum Einsatz der »Macht durch Eigentum«, wodurch gegebene »Besitzverhältnisse unantastbar sein sollen«³. Der Bezug auf die sozialemanzipatorische Tradition des Freiheitsbegriffs bedeutet andererseits aber auch nicht, den Freiheitsbegriff (wie zu DDR-Zeiten) klein zu reden, indem etwa allein der soziale Gehalt des Begriffs in das Blickfeld gerückt wird, andere, mit der eigenen politischen Praxis in Widerspruch stehende Seiten jedoch ausgeblendet werden.

3 Max Frisch: Wir hoffen. Rede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1976, in: Max Frisch: Gesammelte Werke in zeitlicher Folge, Bd. VII, Frankfurt/M. 1981, S. 13 f.

4 Zur ablehnenden Haltung gegenüber der Begründung des Sozialismus aus Prinzipien oder Werten statt aus sozialökonomisch begründeten Interessen vgl. u. a.: Friedrich Engels an Eduard Bernstein. 26. Juni 1879. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 34. S. 379 f. und Karl Marx: Das Elend der Philosophie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 4, S. 105, 161 sowie Engels in seinem Vorwort hierzu Ebenda, S. 562.

5 Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 482. Die im Programmentwurf geltend gemachten drei grundlegenden Werte – Freiheit, Gleichheit, Solidarität – stehen nicht einfach neben-

Für wenig fruchtbar halte ich in diesem Zusammenhang die Bemühungen um das Erfinden einer Wertegemeinschaft. Natürlich ist das Leben von Sozialisten ebenso von Werten geprägt wie das anderer Menschen. Doch bleibt zu fragen, ob der besondere politische Zusammenhang vor allem über einen Wertekanon oder doch nicht eher über die im gesellschaftspolitischen Diskurs und den sozialpolitischen Kämpfen sich vollziehenden Positionsbildungen konstituiert wird. Mobilisierend wirkt nicht eine quasi über-historische Freiheit, Gleichheit oder Solidarität, sondern es sind meine Lebensansprüche, Hoffnungen und Ängste in bezug auf meine Kinder und künftigen Enkel, auf Freunde und Bekannte, auch auf Fremde – also mein Weltbezug –, die das bewirken. Deshalb meine ich, daß im Zentrum eines Programms der PDS – an das Kommunistische Manifest anknüpfend – nicht ein mehr oder minder hehres Wertesystem stehen sollte,⁴ sondern die Forderung nach Herstellung von Bedingungen für die freie Entwicklung der Individualität *aller* Mitglieder der Gesellschaft und nicht nur von Teilen der Gesellschaft auf Kosten anderer.⁵ Hierin besteht der grundsätzliche humanistische Ausgangspunkt sozialistischer Politik. In diesem Anspruch trifft sie sich mit anderen humanistisch-emanzipatorisch gesinnten Bewegungen. Die Forderungen nach Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität usw. sind insofern untergeordnet, als sie Mittel und Bedingungen benennen, die einen solchen Anspruch zu sichern vermögen. Zugleich ist eine solche Programmatik offen für Konkretisierungen und läßt

unterschiedliche Ausformungen entsprechend den kulturellen Gegebenheiten und historischen Entwicklungen zu.

Für jegliche sozialistische Programmatik gilt ferner unbedingt, daß soziale Gleichheit und Solidarität nicht mit Gleichmacherei identifiziert werden können. Das Erbe entsprechender Versuche im Namen des Sozialismus erweist als schwere historische Hypothek. *Soziale* Gleichheit fungiert als Voraussetzung und Bedingung differenzierter individueller Entwicklung. Die Ausbildung von Individualität bedeutet immer die Entfaltung von Freiheit in der widersprüchlichen Einheit von Sozialorientierung und Selbstorientierung. Dies berührt immer auch die Problematik einer subjektiv sinnvollen Lebensperspektive im Rahmen vorgefundener gesellschaftlicher Gegebenheiten unter Einschluß einer sinnhaften Beziehung zum eigenen Ich – eingedenk der Marxschen Auffassung, daß die »soziale Geschichte der Menschen ... stets nur die Geschichte ihrer individuellen Entwicklung«⁶ ist. Das Akzentuieren von Individualität zielt auf die Vermittlungsbeziehung von Gesellschaft und Individuum als dem Besonderen, auf die Bewahrung und Erweiterung der Möglichkeiten für die Entfaltung von Subjektivität. Das Hervorbringen vielfältiger Lebensentwürfe, Ideen und Ansprüche bedeutet zugleich die Ausbildung von Entwicklungspotentialen einer Gesellschaft. Aufgabe einer Partei ist es, diese Ressourcen zu organisieren und zu konzentrieren und ihnen in authentischen demokratischen Organen zur Wirksamkeit zu verhelfen.

Individualität und Freiheit versus Kollektivität?

Nicht nur marxistisch gebildeten Lesern ist klar, daß das Individuum nicht losgelöst von der Gesellschaft gesehen werden kann. Aber schnell sind die Kritiker derer, die eine außerordentliche Wertschätzung ihrer persönlichen Freiheit äußern, mit Marx' Bemerkungen zum menschlichen Wesen als Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse aus den Feuerbachthesen zur Hand.⁷ Dieser Denkansatz formulierte in der Auseinandersetzung mit *Ludwig Feuerbach* und den Junghegelianern ein Programm zur Bestimmung der gesellschaftlichen *Form* als dem konkret-historischen Möglichkeitsfeld individueller Aktivität und deren geschichtlicher Dimension. Dabei steht außer Frage, daß mit dem gesellschaftlichen Wesen des Menschen seine individuelle Erscheinungsweise unaufhebbar verbunden ist. Das Wesen existiert nicht neben den Individuen in einer selbständigen Existenz, sondern eben in ihren Sozialbezügen, ihren individuellen Verhaltensweisen. Und dem gemäß finden sich in den Stammbüchern marxistischen Denkens Aussagen zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, der Individualität *aller* Mitglieder einer künftigen sozialistischen Gesellschaft als deren auszeichnendes Wesensmerkmal, basierend auf einer entwickelten Produktivität und einer sozial gerechten Verteilung des erzeugten Reichtums – zum Beispiel im *Kommunistischen Manifest*.⁸ Marx und Engels entwickeln damit anknüpfend an die bürgerliche Aufklärung und die klassische deutsche Philosophie eine für den sozialistischen Humanismus grundlegende Position, die Marx in den *Grundrissen* wie im *Kapital* als konstitutiv für das Verständnis der künftigen, »höheren Gesellschaftsform« bestimmt.⁹ Aber genau hier zeigt sich dann die Differenz zwischen

einander, wenngleich das eine nicht ohne das andere zu haben ist. Es gibt ein übergreifendes Moment: die soziale Gleichheit. Sie ermöglicht selbstbestimmtes Handeln und Freiheit insofern, als diese sich dann nicht auf Kosten und zu Lasten anderer vollzieht. Solidarität wiederum ist in Gesellschaften, die durch soziale Ungleichheit geprägt sind, nur partiell möglich. Sie würde in der Konsequenz die soziale Aufhebung, also den Untergang der herrschenden gesellschaftlichen Gruppen und Individuen nach sich ziehen und ist insofern als *genereller* Anspruch an Menschen im Kapitalismus illusorisch, weil an der gesellschaftlichen Wirklichkeit vorbeigehend. Eine umfassende Verwirklichung dieser Werte bedarf somit des generellen gesellschaftlichen Wandels.

6 Karl Marx: Brief an Annenkov, 28. Dezember 1846, in: MEW, Bd. 27, S. 453.

7 Vgl.: Karl Marx: Thesen über Feuerbach, in: MEW, Bd. 3, S. 6.

8 Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 482. *Erinnert sei hier auch an den Gedanken von Marx in Die deutsche Ideologie über die kommunistische Gesellschaft als der einzigen, »worin die originelle und freie Entwicklung der Individuen keine Phrase ist« (MEW, Bd. 3, S. 424).*

9 Vgl. Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 91, 604, 607; Ders.: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 618.

theoretischem Anspruch und vollzogener geschichtlicher Entwicklung nach 1917.

Denn es kann nicht – wie in der Vergangenheit ›realsozialistischer Entwicklung‹ oft unterstellt und erlebbar – um ein Aufgeben beziehungsweise Zurücknehmen der Individualität zugunsten des Gesellschaftlichen gehen. Die von vielen Theoretikern sozialistischen Denkens an der bürgerlichen Prägung des Individuums geäußerte Kritik betrifft auch nicht die Tatsache der historisch erweiterten Möglichkeiten für dessen Entfaltung in der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Gerade das wurde immer als zu bewahrender geschichtlicher Fortschritt verstanden. Die Kritik bezog sich dagegen zum einen auf die notwendig damit in der kapitalistischen Gesellschaft verbundene gegenläufige Tendenz der ›Partialisierung‹ der Individuen im kapitalistischen Reproduktionsprozeß. Zum anderen betraf die Kritik den entfesselten Individualismus des Bourgeois, der in der Kapitalverwertung keine Schranken kennt, bei dem humanistische Werte und soziale Verantwortung verdrängt werden, sobald nur eine überdurchschnittliche Rendite winkt. Die ausgehend vom Marxschen Ansatz im sozialistischen Denken skizzierte historische Alternative lautet dagegen: Aufheben der besonderen gesellschaftlichen Formbestimmtheit der Individualitätsentwicklung durch das Kapital, wodurch möglichst alle Erscheinungen der Warenform unterworfen und nur als solche in der (kapitalistischen) Gesellschaft Bedeutsamkeit erhalten. Dem setzte *Marx* seine Vision der freien Individualität, »gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität, als ihres gesellschaftlichen Vermögens«¹⁰ entgegen. Es geht also um die Beseitigung der durch die Kapitaldominanz gegebenen Einschränkungen für die Persönlichkeitsentwicklung auf einer gegebenen historischen Stufe der Gesellschaftsentwicklung zugunsten einer dafür erweiterte Möglichkeiten bietenden künftigen sozialistischen Gesellschaft. Soweit zur eigentlich bekannten Theorie oder besser: zum theoretischen Anspruch.

10 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 91.

Persönlichkeitsentwicklung und Vereinnahmung des Individuums im gelebten Sozialismus

Vergegenwärtigt man sich die Entwicklung in der DDR, so fällt einerseits in jedem Parteitagebericht die politische Proklamation der Entfaltung ›reicher sozialistischer Persönlichkeiten‹ als Gradmesser bereits vollzogener gesellschaftlicher Veränderungen ins Auge. Für viele erlebbar hatte die Beseitigung sozialer Unsicherheit oder des elitären Zugangs zu Bildung und Kultur die Möglichkeiten für die Persönlichkeitsentwicklung bedeutend erweitert. Und folgt man Veröffentlichungen zu dieser Thematik, so waren scheinbar aus Sicht der politischen und der Produktionsverhältnisse alle Voraussetzungen gegeben. Es mangelte lediglich zuweilen noch am ›Entwicklungsstand der Produktivkräfte‹ und an der ›Reife der Subjekte‹.

Andererseits blieb eine historisch-konkrete Analyse der Möglichkeiten und Grenzen der Ich-Entwicklung weitgehend ausgeblendet. Das Problem der realen Vergesellschaftung, ihrer sich wandelnden historischen Formen in der entstehenden sozialistischen Gesellschaft war weitgehend außerhalb des Horizontes der sozialwissenschaftli-

chen Forschung in der DDR. So wurde nicht nur von soziologischer Seite die »Entsubjektivierung der Sozialstruktur« und die damit einhergehende »Enthistorisierung der Persönlichkeit« als Folge einer die Persönlichkeitsentwicklung auf die Theorie der ökonomischen Gesellschaftsformation und des Klassenkampfes reduzierenden Sicht beklagt.¹¹

Das verbreitete, politisch intendierte Fehlverständnis der 6. Feuerbachthese von *Karl Marx* zum gesellschaftlichen Wesen des Menschen hatte die vereinseitigende Hinwendung zum ›Kollektiv‹ und den dafür ausgegebenen gesellschaftlichen Interessen zur Folge. Der von *Köstler* überlieferte persiflierende Reim aus dem Moskau der dreißiger Jahre – »Sonja, die alleine schlief, schläft jetzt mit dem Kollektiv« – zeigte die Absurdität des Anspruchs, daß das Ich in den vorgeblichen gesellschaftlichen Zielen aufzugehen habe.

In praxi entsprach dieser Auffassung, daß über zentral geleitete Gesellschaftsstrukturen in Veranstaltungen – von der Parteigruppenversammlung bis zum Parteitag, von der Pioniergruppe bis zum Verband der Kleingärtner und Siedler und Kleintierzüchter (VKSK) – die Beteiligten, das heißt Akteure wie Teilnehmer, auf eine vorgegebene politische Sicht des gesellschaftlichen Prozesses festgelegt wurden.¹² Der übergeordnete politische Funktionsträger war zugleich Verkörperung vorgelagerter politischer Weisheit. Zugrundeliegende Zusammenhänge, mögliche Handlungsalternativen, andere als die angenommenen Folgen wurden nicht mehr kritisch im Diskurs beachtet. Das ›Ich‹ wurde in dieser Weise durch das ›Wir‹ substituiert, Wissen durch Scheinwissen, letztendlich durch Glauben ersetzt; Kritiker wurden zu Abweichlern oder Verrätern an der Sache, die politische Kommunikation verkam zur Indoktrination.

Scheinbar war die Ideologie des Anpassens, besser: des Aufgehens, im Kollektiv dem bürgerlichen Individualismus entgegengesetzt. Doch in dieser zweifelhaften Entgegensetzung organisierte die Partei über ihre Gliederungen, die Massenorganisationen, das Bildungssystem usw. eine möglichst weitgehende Identifikation mit den vorgegebenen Zielen und Praktiken. Es wurde gerade keine strittig-diskursive Meinungsbildung angestrebt. Die Entscheidungen zu den Entwicklungsrichtungen entzogen sich über weite und vor allem bedeutsame Felder der kritischen, eingreifenden Diskussion in bezug auf individuell und gesellschaftlich bedeutsames Handeln. Letztlich war – unabhängig von Diskussionen im Detail – eine vorgegebene Linie zu verfolgen. Diese durch Überlegungen zu Alternativen in Frage zu stellen und auf diese Weise gesellschaftliche Vitalität beständig neu zu konstituieren, war ›unerwünscht‹.¹³

Als einen Hauptfeind der verlangten Einordnung bestimmte diese politische Kultur die Heterogenität. Die von *Marx* akzentuierte freie Entwicklung des Individuums blieb damit in das Jenseits kommunistischer Zukunft verbannt. Ein divergierendes Einzelinteresse erschien dann vielfach ebenso staatsbedrohend wie die geistigen Traditionen des Links- oder Rätekommunismus. Im historischen Rückblick sind für diese Entwicklung eine Vielzahl von Faktoren benannt worden, die zu dieser besonderen Weise gesellschaftlicher Verfaßtheit führten, in der die sozialistischen Staaten versuchten, durch äußerste Konzentration und Zentralisation ihnen gemäß gesellschaftliche

11 Vgl. Formen der Individualität. Mitteilungen aus der kulturwissenschaftlichen Forschung, Nr. 11, Berlin 1982, S. 27 f.; Albrecht Kretschmar: Soziale Unterschiede – Unterschiedliche Persönlichkeiten? Zum Einfluß der Sozialstruktur auf die Persönlichkeitsentwicklung, Berlin 1985, S. 14 ff., 41; Heinz Ronneberg sprach denn auch von der »problemverkennenden Auffassung, der einzelne habe sich in jedem Falle ins Kollektiv einzuordnen« (Heinz Ronneberg: Kollektiv und Kollektivität, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 37(1989)4, S. 346).

12 Zum Gesamtproblem vgl. Michael Grozier/Erhard Friedberg: Die Zwänge kollektiven Handelns. Über Macht und Organisation, Frankfurt/M. 1993.

13 Man mag an dieser Stelle einwenden, daß es doch immer eine breit angelegte und intensiv geführte Diskussion zur gesellschaftspolitischen Strategie in der DDR gegeben habe. Aber: Woher kamen denn die *Vorgaben*? Wo und wie wurde etwa das vom VIII. Parteitag beschlossene sozialpolitische Programm vorher und nachher in seinem Für und Wider diskutiert? Wo wurden die Einwände Gerhard Schürers zur ökonomischen Nichttragfähigkeit des Programms öffentlich gemacht? Oder noch schärfer: Man schaue sich die Materialien der Parteidiskussionen 1983/84 an und wird doch nur das Auseinanderfallen von Realentwicklung und dem offiziellen Gesellschaftsdiskurs feststellen können.

Entwicklungsformen zu finden. Der Gesamtplan sozialistischer Entwicklung sollte vor allem vermittelt der politischen Organisation der Arbeiterklasse als Ausdruck von deren Gesamtwillen historische Erfüllung finden. Die Einzelsubjekte erscheinen in diesem gesellschaftlichen Verhältnis assimiliert. Deren aktive Konstitution im demokratischen Diskurs und in der sozialpolitischen Aktivität blieb dagegen über weite Strecken Proklamation und vollzog sich über das Subjekt der Partei. Das Individuum erscheint in diesem Verständnis als gleichsam zu vernachlässigendes ›Schräubchen‹ im Räderwerk des historischen Ganzen. Bestimmend für diese Auffassung sind ›objektive‹ Prozesse und Strukturen, Masse und Organisation – alles in der Politik der staatstragenden Partei konzentriert. Geschichte ist dann jedoch nicht im und durch das Handeln der Individuen konstituiert. Sie erscheint als Ergebnis der Umsicht weiser Führer, die aus der vorgegebenen Einsicht in die gesellschaftliche Notwendigkeit, aus der ›Über‹-Sicht über die Gesamtentwicklung, die Ziele formulieren. Dem Fußvolk bleibt, die vorgegebene Linie ›umzusetzen‹, Beschlüsse ›initiativreich durchzuführen‹... Die Wahrheit ist folglich unbezweifelbar im Zentralkomitee und seinen Gliederungen beziehungsweise im Generalsekretär, der dem ›Heiland‹ gleicht, inkarniert.

In theoretischer Hinsicht führte das zu einem eigentümlichen Aberglauben an einen geschichtsphilosophischen Technizismus mit der praktischen Folge eines vielfach äußerlichen Verhältnisses zu den permanenten politischen Ansprüchen an das Individuum. Dieser konnte erst in dem Augenblick aufgegeben werden, als die staatstragende Macht sich verflüchtigte. Denn das ›Wir‹ der sozialistischen Gesellschaft erwies sich auch nur als ein abstraktes politisch-ideologisches Konstrukt, dem wiederum die Realität des ›Ich‹ in seiner bornierten, realsozialistischen Gestalt von »Privat geht vor Staat« – oder noch schärfer: »Privat geht vor Katastrophe« – gegenüberstand, weil das ›Wir‹ nicht über die bestimmende Form der Vergesellschaftung eines Staatskapitalismus hinauskam.

Der in der Zentralisation konstituierten äußersten Macht stand die äußerste, weil äußerliche, Ohnmacht der Individuen zu einer in einem demokratischen Diskurs legitimierten Veränderung, zum Gestalten von Alternativen, zum nichtangepaßten Eingreifen in weiten Bereichen unvermittelt gegenüber – bis sich diese Ohnmacht in den Demonstrationen des Herbstes 1989 selbstorganisierend fand und der absoluten Macht die eigene Ohnmacht oder die Unvermitteltheit gegenüber den von ihr dominierten Subjekten vorführte.

Dort, wo Menschen ernsthaft politisch waren und zugleich ihre Individualität ins Spiel brachten, mußten sie sich notwendig mit dem System reiben – ob als Aktivist der Friedensbewegung in der DDR, als Künstler und Schriftsteller oder einfach als politisch engagierter, Alternativen suchender Mensch. Die Folge waren restriktive Reaktionen, die in operativen Vorgängen gipfelten, weil unangepaßte Individualität dem in der entfremdeten Form sozialistischer Praxis gelebten Bild widersprach. Die sich darin entfaltende Heterogenität und Alternativität drohte bestehende kanonisierte Strukturen und politische Diskursformen zu sprengen. Das Individuum erschien in seinem nichtangepaßten Sein, seinen scheinbar subversiven Phantasien, seiner möglichen In-Frage-

Stellung einer vorgegebenen Linie und politischer Rituale, die einer bestimmten sozialpolitischen Statik entspringen, als die sozialistische Entwicklung bedrohend.

Der vergangene Staatssozialismus verkräftete nicht die in alternativem Denken und Handeln hervortretende Erweiterung von Reaktionsmöglichkeiten einer Gesellschaft.¹⁴ Sie waren ihm Existenz- beziehungsweise Machtbedrohung, weil das Ganze vom Standpunkt der verselbständigten Staatsbürokratie als primär gesehen wurde. Aus der Identifikation mit sozialistisch-humanistischen Idealen wurde oft genug die Anpassung des einzelnen und die Einförmigkeit gesellschaftlicher Entwicklung genährt und als besonders wertvoll gewürdigt.¹⁵ Die Beschränkung der Individualität, deren gewünschte Aufopferung für die sozialistische Gesellschaft, die Partei, die ›Sache‹, war die ideologische Form, in der die Unfähigkeit zum Ausdruck kam, eine dem Anspruch des Sozialismus gemäße Form der Aktivität, der Selbstorganisation der Subjekte zu finden.¹⁶ Erst im Verlauf der Wende von 1989 bildeten sich derartige neue basisdemokratische Formen, deren Innovationspotential sich mit dem Anschluß an die Alt-BRD und dem Aufgehen in die vorgefundenen sozialpolitischen Strukturen notwendig weitgehend verlor.

Nicht nur in der mehr oder weniger klaren politischen Abgrenzung einzelner Gruppen und der Ausbildung einer spezifischen »Nischenkultur« waren gegenläufige Tendenzen zur Negation des ›Ich‹ durch das politische System des Sozialismus konstatierbar.¹⁷ Sie traten vor allem auch in der bewußten Annahme und versuchten Ausweitung der gegebenen Möglichkeiten zur Individualitätentfaltung hervor. In der Folge sahen sich engagierte Parteimitglieder plötzlich in die Ecke derer gedrängt, die das »Geschäft des Klassenfeindes« befördern – nachvollziehbar ist dies an Hand einer Vielzahl von Biographien und innerparteilichen Auseinandersetzungen. Am stärksten wurde aber der Widerstand gegen die Beschlagnahme des Individuums durch das politische System in den Bereichen transparent, in denen die Sicht primär vom Individuum in seiner sozialkulturellen Vermitteltheit ausging – in Literatur und Kunst.

Gesellschaftliches Subjekt und Individualität in der DDR-Philosophie

Das zentrale Anliegen des Denkeinsatzes von *Marx* und *Engels* war es, gesellschaftspolitisch eingreifendes Handeln theoretisch neu zu begründen. Es ging ihnen darum, die geschichtlichen Bedingungen für die Entfaltung von gesellschaftspolitischen Alternativen und somit für das Handeln von Subjekten von deren sozialökonomischer Basis her aufzuhellen. Wäre es von daher nicht zu erwarten gewesen, daß sich die marxistische Philosophie der Problematik der Individualitätentfaltung, ihrer gesellschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen, den daraus entspringenden Potentialen für die Gesellschaftsentwicklung besonders angenommen hätte? Natürlich wurde politisch wie theoretisch die Bedeutung sozialistischer Persönlichkeitsentwicklung immer wieder hervorgehoben – nur in welchem Kontext. In einem anspruchsvollen Lehrbuch der entwickelten DDR-Philosophie ist zu lesen, daß »die Kollektivität ... auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums zu der geschichtlich *domi-*

14 Ich erinnere an dieser Stelle auch an die Worte von Rosa Luxemburg zum ersten Jahrestag der Oktoberrevolution, die für den hier behandelten Zusammenhang das Grundproblem bezeichnen. »Das öffentliche Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürrig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt...« (Rosa Luxemburg, Werke, Bd. 4, Berlin 1990, S. 360).

15 Dem entsprach, daß in Beurteilungen von Schulen, Betrieben, Verwaltungskörperschaften usw. dem ›Einfügen in das Kollektiv‹ eine besondere Bedeutung zukam. Eine konsequente kritische Haltung wurde höchstens im Ausnahmefall positiv gewürdigt.

16 Freilich entsprach die Beschwörung des ›Wir‹ in der sozialistisch/kommunistischen Bewegung zuungunsten des ›Ich‹ zunächst einer tiefen sozialen Erfahrung. Der politischen, ökonomischen, juristischen und kulturell organisierten bürgerlichen Gesellschaft konnten nur mittels der Organisation der Arbeiterbewegung erfolgreich Terrain, soziale und politische Zugeständnisse zugunsten der Unterdrückten und Ausgebeuteten abgerungen werden. Nur besteht eben das Problem im Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft nicht darin, in diesen Organisationsformen zu verharren, sondern neue Formen, ausgehend vom praktischen Lebensvollzug der Individuen herauszubilden.

17 Vgl. Wolfgang Engler: Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin 1999. Engler geht dem Zusammenhang von repräsentativer und informeller Seite der DDR-Gesellschaft nach und »entdeckt« das Individuum auf diese Weise als unberechenbaren, selbstbewußten Faktor der DDR-Geschichte. Vgl. auch Franziska Becker/Ina Merkel/Simone Tippach-Schneider (Hg.): Das Kollektiv bin ich. Utopie und Alltag in der DDR, Köln/Weimar 2001.

18 Autorenkollektiv: Historischer Materialismus, Berlin 1978, S. 793. Erst in den achtziger Jahren entwickelte sich in der DDR-Philosophie eine die Individualität und Subjektivität stärker akzentuierende Sicht, ohne indes die grundlegende politische Verfaßtheit der sozialistischen Gesellschaft kritisch zu problematisieren (vgl. Lothar Kühne: Denkbüngen zu Marx: Gestaltungen des Reichtums, in: Ders.: Haus und Landschaft. Aufsätze, Dresden 1985, S. 229). Vgl. auch Harald Schliwa: Individuelle Freiheit in Geschichte und Gegenwart, Berlin 1988; Irene Dölling: Individuum und Kultur, Berlin 1986; Jürgen Danyel: Die Marxsche Auffassung vom Individuum und ihre Bedeutung für aktuelle theoretische Probleme der marxistisch-leninistischen Soziologie (Diss. A), Berlin 1987.

19 »Vom Ich zum Wir« gehörte bis 1989 zu den politischen Standardlosungen, die die Bürger etwa anlässlich der Feiern zum 1. Mai orientieren sollten.

nerenden Form (wird), in der die Individuen miteinander in Beziehung treten ... (und) ihre Individualität gesellschaftlich durchsetzen«¹⁸ (Hervorhebung – J. S.). Was vorher über *Marx, Engels, Lenin, Makarenko* usw. zur Individualitäts- beziehungsweise Persönlichkeitsentwicklung in scheinbar bekannter Weise entwickelt wurde, wird hier wieder zurückgenommen. Ersetzt wird es durch eine Polarisierung, nach der Individualität zugunsten der Kollektivität zurückzunehmen sei.¹⁹ Das ist der Punkt, wo Wissenschaft bestimmten politischen Auffassungen folgte, ohne sie in Frage zu stellen. Die im Text geltend gemachte Übereinstimmung zwischen individuellen und kollektiven beziehungsweise gesellschaftlichen Interessen als »unabdingbarer Voraussetzung der Entwicklung sozialistischer Individualität« erweist sich theoretisch als auch angesichts der historischen Erfahrungen sich dialektisch drapierende Ideologie. Damit würde gerade jenes Widerspruchsverhältnis ausgelöscht, das die Momente Individualität und Gesellschaftlichkeit in ihrer Verschiedenheit zur Voraussetzung und Bedingung hat.

Kollektivität ist nun einmal nicht gleichbedeutend mit Gesellschaftlichkeit. Das Individuum partizipiert in jeder Gesellschaftsformation an unterschiedlichen sozialpolitischen und sozialkulturellen Gemeinschaften, also Subjektbeziehungen – Gruppe, Familie, Arbeitskollektiv, Gartenverein, Staat, Partei, Skatrunde usw. Oder anders gesagt: Es ist immer in dieser oder jener Weise in »Kollektive« eingebunden. Gradmesser der historischen Entwicklung ist jedoch gerade, sich als Individuum von den Gemeinschaften als Besonderes emanzipieren zu können. Diese Tendenz zur »Individualisierung« hat als Pendant die Ausbildung neuer Formen der Kooperation, der Vernetzung der Individuen zur Bedingung.

Es geht also um etwas ganz anderes, nämlich um die historische Formbestimmtheit der Individualität wie auch des kollektiven Verhaltens. Ist im Feudalismus die bestimmende historische Form die persönliche Abhängigkeit, die Individuen wie Gruppen in ihren Handlungsmöglichkeiten prägt, so ist es im Kapitalismus die Warenform der Produkte, die den Beziehungen der Individuen untereinander wie den unterschiedlichen gemeinschaftlichen Subjekten in ihren Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten den Stempel aufdrückt.

Die theoretische Frage, die in der DDR-Philosophie (natürlich nicht nur dort) unbeantwortet bleibt, war vielmehr: Was macht die spezifische Formbestimmtheit in dieser Phase der sozialistischen Entwicklung aus und wie kommt sie gegenüber beiden Momenten, Individualität wie Kollektivität beziehungsweise gemeinschaftlichen Subjekten zum Ausdruck. Keinesfalls aber kann die Lösung darin bestehen, daß das eine Moment in der Subjektbildung das andere dominiert. Oder – um mit *Foucauld* zu sprechen – Selbstlossein wäre die Aufhebung der Individualität, was doch aber die von *Marx* begründete Zielstellung des Kampfes um soziale Gerechtigkeit, des Kampfes für die sozialistische Gesellschaft sein sollte.

Die Gegenüberstellung von »Ich« und »Wir« beziehungsweise Auflösung des »Ich« in das »Wir« führte zu der fatalen Konsequenz, daß das »Ich« aus sozialpolitischer Sicht nicht als autonom angesehen wurde. Statt dessen war die Einsicht in die Notwendigkeit beständig abgefordert. Wie sich diese Notwendigkeit bestimmte, war nicht kri-

tisch in Frage zu stellen. Die beliebige, politische Inanspruchnahme dieses Verdikts zeigt die politische wie letztlich auch philosophische Fehlleistung. Philosophisch, weil Freiheit in der Philosophie der Neuzeit immer etwas mit Handlungsalternativen und deren Abwägung zu tun hat; politisch, weil die Normen für Individualität vorgegeben wurden und erfüllt schienen im Aufgehen für die Partei beziehungsweise Gesellschaft – also in Demut und Gefolgschaft.

Der Realsozialismus erscheint somit als ein gesteigerter Rückfall in die ›List der Vernunft‹, indem der Voluntarismus nicht nur individuell, sondern als kollektives Phänomen zelebriert wurde. Denn über die Parteien und Massenorganisationen, über Arbeitskollektive bis hinein in Vereine wurde die besondere Meinung der führenden Genossen zur allgemeinen Handlungsanweisung erhoben, unter Ausblendung anderer individueller und gesellschaftlicher Alternativen mit den damit verbundenen Täuschungen wie Zwängen. Diese Problematik wurde im Marxismus-Leninismus faktisch nicht thematisiert, weder in der Weise, daß eine entwickelte Theorie des Subjekts gegen eine politisch unentwickelte Praxis gestanden hätte, noch eine aus der Philosophiegeschichte abgeleitete, tiefgründige philosophische Freiheitsauffassung theoretischen Platitüden und kurzschlüssigen politischen Inanspruchnahmen eine Absage erteilt hätte.

Lichtblicke zeigen sich vor allem außerhalb der (herrschenden) Philosophie: in Literatur und Kunst – wie bereits erwähnt – und in der Psychologie. Insbesondere die Psychologen *Vorwerk* und *Alberg* wandten sich gegen das nichtdialektische, reduktionistische Verständnis der Determiniertheit des Individuellen, der Persönlichkeit oder der Psyche – Reduktionismus, weil die Bestimmtheit auf das Verständnis einer Außendetermination beschränkt war. Die Psyche erscheint danach als Produkt der sozialen Situation, nicht aber auch als Produzent von Lebensbedingungen. Die Autoren verwiesen auf die Fehldeutung der Feuerbach-These mit paradoxen Folgerungen für Theorie und Praxis: Über die Bestimmung beziehungsweise politische Steuerung des Gesellschaftlichen sei auch das Individuelle zu klären oder zu lösen.²⁰

Es geht also um die Entwicklung einer Sozialtheorie, die einerseits grundlegende gesellschaftliche Prozesse zu erklären vermag, wie sie andererseits den Handlungsraum von Individuen, deren Verantwortung für ihre ureigenen wie sozialen Belange deutlich werden läßt. Auf dieser Grundlage kann die konstitutive, geschichtsbildende Rolle nicht nur im sozialpolitischen und ökonomischen Handeln, sondern ebenso im Alltagsverhalten herausgearbeitet werden.

Freiheit und Individualitätsentwicklung als Eckpunkte der Programmdebatte in der PDS

Sich in den aktuellen Auseinandersetzungen und Debatten dem sozialistischen Anspruch zu stellen, bedeutet nicht nur, eine Vielfalt von Lebensentwürfen zu akzeptieren, sondern auch die Buntheit des alltäglichen Lebens zu verteidigen, gegen Versuche, diese über medial vermittelte Modelle einzuebnen. Das Aufdrängen von Markenprodukten geht hier einher mit der Anpreisung bestimmter Lebens-, Kommunikations- und Konsumtionsformen. Das gilt nicht nur in bezug auf unsere Arbeitswelt, sondern betrifft inzwischen gleichermaßen unser Freizeitverhalten.

20 Vgl. Traudl Alberg/ Manfred Vorwerk: Zum Determinationskonzept in der DDR-Psychologie, in: Maiers, W./Markard, M. (Hg.): Kritische Psychologie als Subjektwissenschaft. Klaus Holzkamp zum 60. Geburtstag, Frankfurt/New York 1987, S. 30 ff; Hans-Dieter Schmidt: Genußfähigkeit und Genießen – ein vernachlässigter Aspekt der Persönlichkeitstheorie, in: Weimarer Beiträge, Heft 3/1987. S. 457 f.

Es erscheint natürlich, daß Außenseiter in allen Gesellschaften bekämpft werden. Schließlich wahrt eine Gesellschaft ihre Stabilität über gemeinsame Normen und deren Durchsetzung. Was eine Gesellschaft am meisten bekämpft, läßt jedoch Rückschlüsse auf die Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Maßstäbe zu. Und da steht der gelebte Realsozialismus in einer sehr widersprüchlichen Bilanz. Schließlich gab es in der DDR wie in den anderen sozialistischen Staaten auch jene Angst vor Partei- und Staatsautorität mit den ihr eigenen Repressivfunktionen, denen man sich nur bedingt entziehen konnte.

Wenn hier Persönlichkeitsentfaltung, Individualitätsentwicklung in sozialökonomischer, kultureller, politisch-rechtlicher Hinsicht als wesentliche Bezugspunkte der sozialpolitischen Vorstellungen linker Politik geltend gemacht werden sollen, so ist an dieser Stelle zunächst der Unterschied zur Individualisierung im Kapitalismus zu benennen. Dort wird die Menge an (verdientem) Geld, wird die Verfügbarkeit von Gütern beziehungsweise die Fähigkeit zur Teilnahme an entsprechenden ›Events‹ (was wiederum Geld kostet) zur Schau gestellt. Es geht stets um Statussymbole wie Automarken oder besondere Kommunikationsformen wie Golfclub, Opernball etc.

Was ist aber das Maß gesellschaftlicher Anerkennung im Sozialismus? Sicher scheint, daß dies nicht die Frage danach ist, ob es erlaubt ist, ›Ich‹ zu sagen oder nicht. Eine Anregung gibt hier *Ernst Bloch*: Maßstab ist die Kultur der Selbstentwicklung, also der Wahrnehmung individueller wie sozialer Verantwortung, der eigenen Entscheidungen in bezug auf gesellschaftliche und individuelle Entwicklungen. Das Maß besteht im Grad der Selbstbestimmung des Lebens entgegen seiner Bestimmung durch als fremde Mächte erscheinende Verhältnisse, egal ob dies das Kapital oder eine besondere Form eines Parteienapparates ist. Vergesellschaftung und Freiheit sind nicht zu trennen.

Angesichts der Heterogenität der Gesellschaft auch und besonders im Hinblick auf die Differenzierung individueller Lebensentwürfe, Lebenserfahrungen und Daseinserwartungen kann es jedenfalls nicht um die Deduktion eines politischen Effekts – weder aus einer vorbestimmten wissenschaftlichen Weltanschauung noch aus einem undifferenzierten Gesellschafts- oder Sozialismusbegriff wie ›sozialistische Menschengemeinschaft‹ oder ›Wirken zum Wohle des Volkes‹ – gehen. Linke Politik wird sich nicht als aparte, von den realen Lebensproblemen der Individuen losgelöste Bewegung entfalten können.²¹

Was aber kann der Nährboden für die Erneuerung der sozialistischen Bewegung sein? Linke Politikansätze werden sich dort bewähren, wo sie vermögen, die Menschen anzuregen, über Handlungsalternativen nachzudenken, die aus der scheinbaren Sachzwanglogik herausführen, die sich an den sozialen, ökonomischen, ökologischen, kulturellen usw. Bedürfnissen orientieren, nicht aber einzig an den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals. Neben dem Ringen um soziale Gerechtigkeit heißt das: Die Bewahrung und mögliche Ausweitung demokratischer Rechte gegen deren Aushöhlung und Zurücknahme in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu einem wesentlichen Bezugspunkt linker Politik zu machen – nicht aus taktischen Erwägungen, weil wir uns vielleicht gerade in einer Defensivposition befinden, sondern aus prinzipiellen Erwägungen in bezug auf den Charakter eines künftigen neuen sozialistischen Versuchs.

21 Vgl. Erhard Crome: Linke Positionen, linke Politik. Zur Programmdiskussion der PDS, in: UTOPIE kreativ, Nr. 120 (Oktober 2000), S. 975 ff; Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 46, 12(2001).

KARL-HEINZ GRÄFE

Die Geister der Vergangenheit sind auch in Polen zurückgekehrt

*Das Erbe von Roman Dmowski
und die extreme Rechte in Polen*

»Das Duell zwischen *Dmowski* und *Piłsudski* war ... nicht mit ihrem Tod beendet. Ganz abgesehen von den Emigranten der Vorkriegsjahrgänge, die die Schlacht in den Spalten von *Mysł Polska* (Der polnische Gedanke) und *Niepodległość* (Unabhängigkeit) fortsetzten, als seien die »Endecja« und »Sanacja« noch immer im politischen Tagesgeschäft, übten *Dmowski* und *Piłsudski* noch Jahre danach einen überragenden Einfluß auf das Bewußtsein der Polen aus und stellten viele, die sich sonst noch darum bemühten, es zu formen, in den Schatten. Auch mehr als fünfzig Jahre später, nachdem ihre Welt zerstört worden war, weckten sie immer noch Bewunderung, sorgten für Streit. Sie haben einen prägenden Einfluß ausgeübt, sowohl auf die kommunistische Elite als auch auf die polnische Gesellschaft insgesamt. In der Ära der »Solidarność« konnte man in fast jeder politischen Diskussion auf »Post-Endeks« und »Neo-Piłsudskianer« treffen, und im KPN ebenso wie im KOR stellten sie die beiden Hauptelemente der offenen Opposition. In das Getöse der nationalistischen Parolen *Dmowskis* mischte sich noch immer das Donnern der Kanonen des Marschalls und das Beharren auf dem moralischen Imperativ« (Norman Davis: Im Herzen Europas. Geschichte Polens, München 2001, S. 135)

Das höchste Machtorgan Polens nahm am 8. Januar 1999 mehrheitlich die folgende Resolution an: »Im Zusammenhang mit dem 60. Todestag von *Roman Dmowski (1864-1939)* würdigt der Sejm der Republik Polen den Kampf und das Werk dieses großen Staatsmanns für die Wiedererrichtung der Unabhängigkeit Polens. *Dmowski* hat Großes für sein Vaterland geleistet. Er formulierte die Idee der nationalen Interessen und betonte, daß die Entwicklung der Nation erfordert, einen eigenen Staat zu besitzen. Das bedeutet die Vereinigung all der Gebiete der früheren Republik (*Rzeczpospolita*), in dem die Polen die Mehrheit bildeten sowie den Aufschwung des nationalen Bewußtseins aller Schichten und Gruppen der polnischen Gesellschaft. Als Repräsentant des wieder entstandenen Polen auf der Versailler Konferenz leistete er einen wesentlichen Beitrag für die Schaffung der nationalen Grenzen, insbesondere im Westen. Er schuf eine Schule des politischen Realismus und der Verantwortlichkeit. Besonders bedeutsam war *Dmowskis* Rolle bei der Verknüpfung des Polentums mit dem Katholizismus – eine Verknüpfung, die unentbehrlich war für das Leben der Nation und die Wiederherstellung des



Karl-Heinz Gräfe – Jg. 1938; Prof. Dr. habil., war nach dem Studium der Slawistik und Pädagogik bis 1993 Lehrer und ordentlicher Professor für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Dresden, Fachgebiet: Geschichte der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder.

1 Uchwała Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 8 stycznia 1999 o uczczeniu pamięci Romana Dmowskiego, in: *Monitor Polski*, 15. January 1999, Nr. 3, pos.12. Zu Leben und Werk Roman Dmowski vgl. A. Micewski: *Roman Dmowski*, Warszawa 1971; Roman Wapinski: *Roman Dmowski*, Lublin, 1988; K. Kawalec: *Roman Dmowski*, Warszawa 1996. Das Dmowski-Institut gab die gesammelten Schriften Dmowskis heraus: *Roman Dmowski: Wybor pisem*, New York 1988.

2 Georg W. Strobel: Das andere Polen. Struktur und Selbstverständnis der rechten und rechtsextremen Kräfte in der polnischen Politik, in: *Osteuropa*, 3/2001, S. 260; vgl. auch Andrzej Walicki: *The Troubling Legacy of Roman Dmowski*, in: *East European Politics and Societies*, Vol. 14, No. 1 (Winter 2000), pp. 12 ff.; David Ost: *The radical Right in Poland*, in: S. P. Ramet: *The radical Right in Central and Eastern Europe since 1989*, Pennsylvania State University Press 1999, pp. 85 ff.; Rafal Pankowski: *Gdzie kończy się patriotyzm: Z dziejów polskich grup faszystujących 1922 - 1992*, Bydgoszcz 1993; Szymon Rudnicki: *Nationalismus und Extremismus im Polen von heute und ihre historischen Wurzeln*, in: *Transodra*, Nr. 21 (November 2000), S. 8 ff.; Antonio Malinowski: *Polen*, in: *Rundbrief 2/99 der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS*, S.17 f.

Staates. Der Sejm der Republik Polen bringt seine Wertschätzung für einen herausragenden Polen, *Roman Dmowski*, zum Ausdruck.«¹

Die rechtsextremistischen Parteien wie *Jan Olszewskis Bewegung für die Wiedererrichtung der Republik* (ROP – *Ruch Odbudowy Polski*) oder *Adam Slomskis Konföderation Unabhängiges Polen – Opposition* (KPN-OP – *Konfederacja Polski Niepodległej – Obóz Patriotyczny*) unterstützten einstimmig diesen Beschluß des Sejms. Auch 22 der 26 Abgeordneten der *Bauernpartei* (PSL – *Polskie Stronnictwo Ludowe*) und 171 der 185 der gegenwärtigen Regierungskoalition *Wahlaktion Solidarność* (AWS – *Akcja Wyborcza Solidarność*). 23 der 59 Abgeordneten der liberalen *Freiheitsunion* (UW – *Unia Wolności*) und 104 der 164 der *Demokratischen Linksalianz* (SLD – *Sojusz Lewicy Demokratycznej*) stimmten dagegen, enthielten sich der Stimme oder blieben dem Votum fern. Während solche namhaften Politiker aus dem liberalen Lager wie *Bronisław Geremek*, *Jacek Kuron* oder *Leszek Balcerowicz* eine solche Ehrung des »Vaters der polnischen Nationalisten« nicht akzeptierten, standen der Vorsitzende der Sozialdemokratie *Leszek Miller* oder Ex-premier *Józef Oleksy* auf der Seite des rechtsnationalistischen Lagers.

Es überrascht heute nicht, daß der Begründer und politische Führer des modernen polnischen Nationalismus und des extrem nationalistischen und antisemitischen Lagers der Zweiten Republik (1918-1939) nach der Systemtransformation in Polen zu einer Leitfigur rechtskonservativer Parteien einschließlich ihres rechtsextremistischen Flügels wie auch neofaschistischer Splittergruppen geworden ist. Überraschend ist allerdings, daß nunmehr auch sozialdemokratische und liberale Eliten das Erbe *Dmowskis* und der polnischen Nationaldemokratie (der »Endecja«) gesellschaftsfähig machen und dessen kritische Aufarbeitung umgehen.

Kein Wort findet sich in der Erklärung über *Dmowskis* antisemitisches Wirken in Wort und Tat oder über den faschistischen Charakter seiner politischen Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die Frage nach dem Erbe *Roman Dmowskis*, seiner Rezeption und Renaissance in Wissenschaft, Publizistik und Politik ist im Zusammenhang mit dem Einfluß der regierenden *Wahlaktion Solidarność*, dem wieder aufkommenden Rechtsextremismus, Neofaschismus, Antisemitismus und fundamentalistischen Katholizismus höchst aktuell. Nicht zuletzt auch deshalb, weil in der Europäischen Union (Italien, Österreich) und in einigen künftigen Mitgliedsländern wie Polen, Ungarn, Rumänien die extreme Rechte mehr und mehr salonfähig und einflußreicher wird.

Georg W. Strobel ist zuzustimmen, daß man im »Westen dieses andere Polen nicht wahrhaben (will), weil es in das bei uns gültige Bild von Polen nicht paßt, obwohl dieses Gedankengut an politischem Gewicht in der Gesellschaft deutlich zunimmt«².

Diese neuen Phänomene speisen sich seit einem Jahrzehnt nicht nur aus den politischen und sozialökonomischen Folgen des Transformationsprozesses. Sie sind auch mit einem Teil des Realsozialismus, vor allem aber mit dem geistigen und politischen Erbe *Dmowskis* verbunden. Die polnische Nationaldemokratie (auch Nationales Lager genannt), deren Kern die *Nationaldemokratische Partei* (seit 1897) beziehungsweise die *Nationalpartei* (seit 1919) von *Roman*

Dmowski bildeten, war in sich nur an einigen historischen Knotenpunkten einheitlich, zumeist aber in zahlreiche Gruppen aufgesplittet. Sie nahm zwischen 1893 und 1945 verschiedene historische Organisationsformen an.³

Die polnische *Nationaldemokratie* zählt zu den ersten modernen nationalistischen Parteien Europas. Sie nahm wesentlichen Anteil an der Wiedergründung eines unabhängigen polnischen Staates 1918 und beeinflusste spürbar das gesellschaftliche und geistige Klima in Zwischenkriegspolen. *Dmowski* schuf nicht – wie es in der Sejm-Resolution heißt – eine Schule der politischen Verantwortung, wohl eher eine Schule des Antisemitismus und des Faschismus. Er und seine Bewegung hatten Hauptanteil an der Ausbreitung und Verfestigung von Nationalismus und Antisemitismus in der polnischen Bevölkerung sowie an einer Reihe antisemitischer Aktionen seit 1912. Die Nachwirkungen nationaldemokratischer Ideologie und Politik reichen zudem weit über das Leben Roman *Dmowski*s hinaus.

Wenn *Roman Wapinski* extremen Nationalismus, nationale Solidarität, übergeordnete Stellung der Nation gegenüber dem Staat, feindliche Einstellung gegenüber Sozialismus, Judentum und Liberalismus sowie deutschfeindliche Haltung als Merkmal der polnischen Nationaldemokratie kennzeichnet⁴, dann wird noch hinzuzufügen sein, daß diese nationalistische geistige und politische Strömung auch seit Mitte der zwanziger Jahre eine eigenständige polnische faschistische Bewegung hervorbrachte, auf die weiter unten zurückzukommen sein wird.

Nationaldemokratie und »moderner« polnischer Nationalismus

Die Anfänge der nationaldemokratischen Bewegung reichen auf die Publizisten *Jan Ludwik Popławski*⁵, *Zygmunt Wasilewski* und *Ludwik Krzywicki* zurück, die im Oktober 1886 in Warschau die Zeitschrift *Głos* gründeten. Sie sahen in der Bauernschaft den Träger der »polnischen Rasse« und den Kern der Nation. Im gleichen Jahr gründete *Zygmunt Balicki* an der Warschauer Universität den *Bund Polnischer Jugend* (ZMP – *Związek Młodzieży Polskiej*), der sich der seit 1887 in der Schweizer Emigration wirkenden nationaldemokratischen Organisation im Schweizer Exil, der *Polnischen Liga* (*Liga Polska*), anschloß. Der Biologiestudent *Roman Dmowski* übernahm 1890 nicht nur die Leitung dieser Jugendorganisation, sondern gründete gemeinsam mit *Popławski* und *Balicki* 1893 die konspirative *Nationale Liga* (LN – *Liga Narodowa*) in Kongreßpolen.⁶ Im österreichisch-ungarischen Landesteil brachte *Dmowski* 1895 in Lemberg und 1902 in Krakau mit *Jan Ludwik Popławski* die Zeitschrift *Przegląd Wszech-Polski* (*Allpolnische Rundschau*) mit zweitausend Exemplaren heraus, die nationalistische Ideen unter der polnischen Bevölkerung propagierte. In ähnlicher Richtung wirkten die Untergrundzeitschriften *Polak* (1886-1909) und *Ojczyzna* (1902-1914). Die geheime *Nationale Liga* gründete am 1. und 2. November 1897 in Warschau die legale *Nationaldemokratische Partei* (SN-D – *Stronniactwo Narodowo-Demokratyczne*) des Königreichs Polen, die bis 1905 auch in den anderen polnischen Teilgebieten feste Organisationsstrukturen schuf. Ihre politischen Hochburgen waren das rus-

3 1887 die *Polnische Liga* (LP – *Liga Polska*) in der Schweiz, seit 1893 die geheime *Nationale Liga* (NL – *Liga Narodo-wa*), zwischen 1897 und 1919 die *Nationaldemokratische Partei* (SN-D – *Stronniactwo Narodowo-Demokratyczne*), 1922 *Christliche Union der Nationalen Einheit* (ChZJN – *Chrześcijański Związek Jedności Narodowej*), die auch »Hiena« (Hyäne) genannt wurde, zwischen 1919 und 1928 der Wahlblock *Volksnationaler Verband* (ZL-D – *Związek Ludowo-Narodowy*), von 1926 bis 1933 das oppositionelle *Lager des Großen Polen* (OWP – *Obóz Wielkiej Polski*), seit 1928 die *Nationalpartei* (SN – *Stronniactwo Narodowe*), seit 1937 auch das *Lager der Nationalen Einigung* (OZN – *Obóz Zjednoczenie Narodowego*) unter Oberst Adam Koc sowie Streitkräfte der rechten Nationalisten, die *Nationale Militärorganisation* (NOW – *Narodowa Organizacja Wojskowa*) und die *Nationalen Streitkräfte* (NSZ – *Narodowe Siły Zbrojne*) im Zweiten Weltkrieg.

4 Vgl. *Roman Wapinski*: *Narodowa Demokracja 1893-1939. Ze studiów nad dziejami myśli nacjonalistycznej*, Wrocław-Warszawa 1980, S. 326 f.

5 Vgl. T. Kulak: *Jan Ludwik Popławski. Biografia polityczna*, Wrocław 1994.

6 Vgl. Stanisław Kozicki: *Historia Ligi Narodowej* (Akres 1887-1907), London 1964; Erich von Puttkammer: *Die polnische Nationaldemokratie*, Krakau 1944.

7 Zum integralistischen, modernen Nationalismus Dmowskis vgl. Andrzej Walicki: *Philosophy and Romantic Nationalism. The Case of Poland*, Oxford 1982, p. 348 ff.; Ivo John Lederer (ed.): *Nationalism in Eastern Europe*, Seattle and London 1994, p. 340 ff.

8 Vgl. Zygmunt Balicki: *Egoizm narodowy wobec etyki*, Lemberg 1902.

9 Roman Dmowski: *Myśli nowoczesnego Polaka*, Warszawa 1933, s. 54. Einer der Vertreter der polnischen Rassenlehre, Jan Korwin Kochanowski, sieht im Polen den »rassisch und psychisch reinen Slawen-Arier«, den »reinsten arischen Typ«, der dem Deutschen wegen seines Geistes, seines Mutes, seiner Gewandtheit, seiner Sprache und seines Humanismus überlegen sei – vgl. Jan Korwin Kochanowski: *Polska w świetle psychiki w/łašnej i obcej*, Częstochowa 1925, s. 6 f. Zum rassistischen Konzept der Nationaldemokraten vgl. Karol Stojanowski: *Polsko-niemieckie zagadnienia rasy*, Katowice 1939; zum polnischen Rassismus vgl. Frank Golczewski: *Das Deutschlandbild der Polen 1938–39*. Eine Untersuchung der Historiographie und der Publizistik, Düsseldorf 1974, S. 271: »Beton der deutsche Rassismus die Abkunft der Deutschen von dem Nordvolk, so war seine polnische Parallele der Sarmatismus. Die Sarmatentheorie ist keineswegs eine Erfindung der neuesten Zeit. Bereits in der Zeit der Rzeczpospolita, der mittelalterlichen polnischen Adelsrepublik, führte die polnische Szlachta ihre Genealogie auf das iranische Volk der Sarmaten zurück, welches in den ersten Jahrhunderten u. Z. die Gegend

sische Kongreßpolen und das preußisch-deutsche Teilungsgebiet. Im Unterschied zum traditionellen Nationalismus lehnten die SN-D die bisherige nationale Aufstandsbewegung ab, wie sie noch die Polnische Liga auf ihr Banner geschrieben hatte. Die SN-D wollte die Nationenbildung, in erster Linie die »Nationalisierung« der Massen, durch eigenständige positive wirtschaftliche Aufbauarbeit und die Verbreitung des polnischen Schul- und Bildungswesens erreichen. Die 1899 gegründete *Gesellschaft für Volkserziehung* mit ihren 6.000 Mitgliedern war Teil dieser polnischen Selbstorganisation. Insofern zählte *Roman Dmowski* die polnische Nation zu einer jungen, sich erst herausbildenden Nation.⁷ Ganz im Geiste ihrer Zeit überwog anfänglich in der Nationaldemokratie eine sozialdarwinistische und rassistische Sicht, die Idee vom nationalen Egoismus (*Egoizm narodowy*).⁸ Vor allem in seiner Schrift *Gedanken eines modernen Polen (Myśli nowoczesnego Polaka; 1903)* – gewissermaßen die Bibel der polnischen Nationalisten – entwickelte *Dmowski* den Gedanken der Wiederherstellung der polnischen Staatlichkeit auf moderner Grundlage. In Abgrenzung zu der sozialistischen Bewegung *Józef Piłsudskis*, die an Einfluß gewann, war für die Nationaldemokraten die Einheit der Nation und nicht der Kampf der Klassen Dreh- und Angelpunkt. Die nationalen Bande sind für *Roman Dmowski* die höchste Form der sozialen Integration. Unverkennbar ist das rassistische Herangehen an das Phänomen der Nation: Man dürfe nicht vergessen, daß die preußisch-deutsche Gesellschaft, die »so sehr im Gegensatz zu unserem edlen Typ steht, in großem Maße aus dem gleichen rassistischen Material wie wir entstanden« sei. Die Nachkommen dieser »gemeinsamen Ahnen« seien die Elbslawen, die Pommern und die »Polen reinsten Blutes«⁹.

Solche nationalen Minderheiten wie Litauer, Ukrainer und Weißrussen waren aus seiner Sicht infolge der Dominanz der polnischen Hochkultur »assimilationsfähig« und »potentielle« Polen – eben »Halb-Polen« (*Pół-Polaki*), die im Ergebnis nationaler Integration, Standardisierung der Nationalsprache und kultureller Homogenisierung fester Bestandteil des Polentums würden.¹⁰ Juden und Deutsche hingegen – so *Dmowski* – stünden außerhalb der sich formierenden modernen polnischen Nation. Die Nationaldemokratie sah im schwach entwickelten polnischen Kleinbürgertum, das durch jüdische Konkurrenten behindert werde, ihre Klientel. Daraus ergab sich letztlich die antisemitische Stoßrichtung, die *Dmowski* von Anfang an propagierte, die aber erst mit und nach der bürgerlich-demokratischen Revolution 1905 in Rußland in Politik und Programmatik bestimmend wurde; wohl auch deshalb, weil gerade in diesem Ereignis die sozialistische und jüdische Emanzipationsbewegung wie nie zuvor hervortrat. Seitdem sollte der Antisemitismus Kernstück nationaldemokratischer Politik und Ideologie bleiben.¹¹

In dieser Zeit bahnt sich auch das Bündnis der Nationaldemokratie mit der katholischen Kirche an und wurde vor allem in der Zwischenkriegszeit zu einem maßgeblichen Element nationaldemokratischer Programmatik und Politik, zu der nationalistischen Formel, daß nur der ein Pole ist, der der polnischen katholischen Kirche angehört. *Dmowskis* Broschüre *Kirche, Nation und Staat* (1927) dokumentiert seine Hinwendung zur katholischen Kirche und Religion.

Für *Dmowski* war der Katholizismus Ausdruck polnischer nationaler Identität und der Zugehörigkeit der Polen zu den »lateinischen Rassen«. Der Katholizismus sei kein Anhängsel des Polentums, er mache vielmehr das Wesen der polnischen Nation aus.¹² Das erklärt auch die massive Unterstützung des katholischen Klerus für die Nationaldemokratie im Polen der Zwischenkriegszeit.

Dmowski sah nicht nur im engen Zusammengehen mit dem reaktionären Rußland die Möglichkeit, die wachsende sozialistische wie jüdische Konkurrenzbewegung einzudämmen. Nicht zuletzt aus dieser prorussischen Position erklärt sich *Dmowskis* aktives Mitwirken in der Russischen Reichsduma. Dort profilierte er sich seit 1907 als Vorsitzender der Fraktion *Polnischer Zirkel* (*Koło polskie*). Die Wahlen zur IV. Reichsduma 1911/1912 machten deutlich, daß die antisemitische Saat der Nationaldemokraten aufgegangen war. Obwohl die Nationalisten in Kongreßpolen 1911 fast überall ihre Kandidaten durchbrachten, erlitten sie in Warschau eine herbe Niederlage. Von den 80 Wahlmännern stellte die jüdische Liste 47, *Dmowskis* Nationaldemokraten erhielten nur elf und die von der Mutterpartei abgespaltene *Nationale Konzentration* (*Koncentracja Narodowa*) immerhin 22. Die jüdische Fraktion einigte sich am 1. November 1912 mit der PPS-Linken auf den Warschauer Arbeiter *Eugeniusz Jagiello*, der die absolute Mehrheit von 43 Stimmen erhielt.¹³

Bereits in einem Schreiben vom September 1912 an seinen Parteigänger, den berühmten polnischen Komponisten *Ignacy Paderewski*, der das antisemitische Hetzblatt *Gazeta Poranna 2 Grosze* (tägliche Auflage von 40.000 Exemplaren) finanziell unterstützte, hatte *Dmowski* mitgeteilt: »Wenn die Juden siegen, dann werden sie dafür teuer mit Verlusten im ökonomischen Leben bezahlen, denn es wird gegen sie einen Aufruhr der ganzen Bevölkerung geben.«¹⁴ So begann nach den Wahlen von 1912 bis 1914 eine bis dahin in Kongreßpolen so noch nicht wahrgenommene antisemitische Hetzkampagne, begleitet von einem landesweit organisierten Boykott jüdischer Geschäfte und Unternehmen, von antisemitischen Pogromen in über einem Dutzend Orten.¹⁵ Einer der eifrigsten Schüler *Dmowskis* wird Jahrzehnte später rückblickend feststellen, daß die von *Dmowski* 1912 initiierte Boykottaktion »chronologisch die früheste antisemitische Massenaktion in der ganzen Welt«¹⁶ gewesen sei. *Roman Dmowski* offenbarte in seinem Buch *Die Politik Polens und die Wiederherstellung des Staates* (*Polityka polska i odbudowanie państwa*; 1926) im nachhinein sehr offenerzig die Motive der von ihm initiierten jüdenfeindlichen Aktion. Er habe – angesichts »des herausfordernden Benehmens der Juden« – seine Kandidatur aufgestellt, um die Wahlen »unter der Parole des Kampfes gegen die Juden durchzuführen«. Das habe die öffentliche Atmosphäre »gereinigt« und die Politik der Nationaldemokratie sei so stark wie nie zuvor geworden.¹⁷

Sicher ist allerdings auch, daß *Dmowski* von seiner antinationalen Kollaboration mit dem Zarismus geschickt ablenkte und seiner Partei den Nimbus einer Interessenvertretung der polnischen Nation verschaffte. Er hat mit seiner umfangreichen antisemitischen Publikationstätigkeit, unter anderem in den Büchern *Die Nachkriegswelt und Polen* (*Świat powojenny i Polska*; 1932) und *Umbruch* (*Przewrót*; 1931), die Funktionäre seiner Partei beeinflusst und vor allem die

der Donaumündung bewohnt haben soll. Teile dieses Sarmatenvolkes seien damals nach Norden gezogen und hätten den polnischen Adel gebildet. Im Kampf der Polen gegen Andersgläubige verwickelte sich mit dem sarmatischen Element der primitive Katholizismus der Gegenreformation. Der in Rudimenten vorhandene moderne polnische Rassismus stützt sich ebenso wie die alte Adelsideologie auf diese beiden Faktoren – den Sarmatismus und den Katholizismus. Die sarmatische Argumentation stellte – parallel zum Nordismus – ein Idealbild der sarmatischen Rasse auf.«

10 Vgl. Roman Dmowski: »Pół-Polacy« (1902), in: B. Torunczyk (ed.): *Narodna Demokracja. Antologia myśli politycznej* »Przeglądu Wszepolskiego«, London 1983, s. 154.

11 Vgl. Roman Dmowski: *Niemcy, Rosja i kwestia polska*, Warszawa 1991, s. 239-148; Ders: *Świat powojenny i Polska*; 1932, *Przewrót*; 1931.

12 Vgl. Roman Dmowski: *Kościół, naród i państwo*, Warszawa 1927.

13 Vgl. Frank Golczewski: *Polnisch-jüdische Beziehungen 1881-1922*, Wiesbaden, S. 101 ff.

14 Archivum Polityczne Ignacego Paderewskiego, Bd. 1, Wrocław 1973, s. 38.

15 Frank Golczewski weist nach, daß der Boykott wenig geeignet war »die vorgebliehen ökonomischen Ziele der Nationaldemokraten zu erreichen. Er verschärfte jedoch auch außerhalb des wirtschaftlichen Bereichs

die polnisch-jüdische Spannung, die er keineswegs zu zeugen brauchte, die jedoch in Russisch-Polen unter dem Eindruck der Judenpogrome bisher nicht offen ausgetragen worden war. Mit der Boykottpropaganda der ›reputierlichen‹ Nationaldemokraten gelangte der Antisemitismus aus der Sphäre einer durch zarische Maßnahmen diskreditierten Erscheinung in das zulässige Repertoire respektabler Politiker. ... In Wahrheit war der Boykott neben seiner politischen Qualität in seinem wirtschaftlichen Anspruch ein Konkurrenzkampf, der unter dem Mäntelchen des Nationalismus ausgetragen wurde. Das ›Mäntelchen des Nationalismus‹ verdeckte die gegen den Liberalismus gerichtete und real verteuern wirkende Zielrichtung des Boykotts. ... Die Einschränkung auf den ›christlichen‹ Handel griff mit außerwirtschaftlichen Argumenten in den Markt ein. ... Verläßt man das rein ökonomische Gebiet, dann erschließt sich die weitaus tiefere Bedeutung des Boykotts für die Gestaltung der psychischen Einstellung der beiden auf polnischem Gebiet lebenden Gruppen zueinander. Die Boykottbegründung der Polen war dabei erheblich erfolgreicher als etwa die Organisation blutiger Pogrome durch die Russen. Zum einen waren Gewalt-eruptionen moralisch diskreditiert und standen auf einer niedrigen Stufe als die mit scheinbar logisch wissenschaftlich-politischen Argumenten operierende Boykotthetze, bei der man sich als ein ... Verteidiger gegen eine ›wissenschaftlich nachgewiesene Bedrohung begreifen konnte. Zum anderen war der Boykott dadurch, daß er über einen

jüngere Generation der Nationaldemokratie in den dreißiger Jahren zum Radikalismus aufgehetzt und zahlreiche antisemitische Aktionen geistig vorbereitet.

Russland – der weniger gefährliche Feind eines unabhängigen Polen

Nach der russischen Revolution 1905 bis 1907 analysierte *Roman Dmowski* die Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses. Er zog aus der sich abzeichnenden europäischen Blockbildung und dem zu erwartenden Zusammenstoß zwischen den Ententestaaten und den Achsenmächten Schlußfolgerungen für eine nunmehr mögliche Lösung der polnischen Frage. Im Unterschied zu seinen sozialistischen Gegnern orientierte er auch deshalb auf das Bündnis mit Rußland, das sich Großbritannien und Frankreich annäherte. Im Deutschen Kaiserreich und dessen Germanisierungspolitik hingegen sah er den Haupt- und Erbfeind einer staatlichen Konstitution der polnischen Nation in den territorialen Grenzen des frühmittelalterlichen Piastenreiches. Hingegen sei Rußland durch seine Expansion nach Osten für Polen nicht existenzbedrohend. Dieses geopolitische Konzept – es sollte in der Folgezeit das außenpolitische Programm der polnischen Nationaldemokratie werden – präziserte *Dmowski* in seinem Buch *Die Deutschen, Russland und die polnische Frage (Niemcy, Rosja i kwestia polska; 1908)*, das internationale Beachtung fand.¹⁸

Er setzte vorerst auf eine Wiederherstellung polnischer Autonomie, eines polnischen Staates im Rahmen des Zarenreiches. Diese Hinwendung zur russischen Großmacht und zum Neoslawophilentum – gerade dieses Element verschweigt heute das antikommunistische nationalistische Lager, das sich auf *Dmowski* beruft – befand sich im Gegensatz zum antirussischen Nationskonzept *Józef Piłsudskis*, das auf der Ostexpansion beruhte und sich auf das mittelalterliche Reich der Jagellionen berief. In seinem 1909 erschienenen Werk *Die Zukunft Rußlands (Przyszłość Rosji)* entwickelte *Dmowski* allerdings auch einen weitsichtigen Gedanken, indem er auf den Zusammenhang von polnischer Autonomie und inneren Reformen in Rußland hinwies. Nicht zuletzt werde Rußlands Zukunft auch davon abhängen, wie es seine Beziehungen zu Polen gestaltet. Die territoriale Expansion Rußlands sei immer auch auf Kosten der Russen selbst gegangen.¹⁹ Als der Erste Weltkrieg ausbrach, schien die prorussische Orientierung der Nationaldemokratie Früchte zu tragen und das Ziel, einen unabhängigen polnischen Nationalstaat zu schaffen, in greifbare Nähe zu rücken. Um die polnische Bevölkerung für den eigenen Krieg zu gewinnen, rief der Oberkommandierende der russischen Armee, Großfürst *Nikolai*, am 14. August 1914 die Polen auf: »Laßt uns die Grenzen, die die Teile des polnischen Volkes trennen, überwinden. Vereinigt Euch unter dem Zepter des mächtigen Zaren. Unter seinem Zepter wird ein Polen entstehen, frei in seinem Glauben, seiner Sprache und seiner Selbstverwaltung.«²⁰ *Dmowski* und weitere 67 führende Persönlichkeiten Warschaws reagierten darauf mit einem Ergebnistelegramm und äußerten ihren »brennenden Wunsch nach dem Sieg des russischen Heeres« und baten, dem Zaren ihre »alleruntertänigsten Gefühle zu Füßen ... legen« zu dürfen.

Das am 25. November 1914 mit Zustimmung der russischen Regierung ins Leben gerufene *Polnische Nationalkomitee* in Warschau (seit 1915 in Petrograd) identifizierte sich mit dem russischen Kriegsziel und sprach dem im österreichischen Teilungsgebiet (Kraukau) entstandenen *Obersten Nationalkomitee Piłsudskis* jedwedes Recht auf die Vertretung polnischer Angelegenheiten ab. Auch nach der deutschen Besetzung des russischen Teilungsgebietes wirkte *Dmowski* in der von Ministerpräsident *Goremykin* geleiteten Kommission mit und bekannte sich noch im November 1915 zu seiner prorussischen Haltung. »Die Polen sind jetzt durchdrungen von dem Bewußtsein der völligen Untrennbarkeit Polens von Rußland. ... Wenn Rußland seine Lage im Süden sichergestellt hat, wird seine nächste Aufgabe sein, den Bestrebungen Deutschlands die fest organisiert slawische Welt entgegenzustellen ... Daher ist es unbedingt nötig, daß Rußland in dem polnischen Volk ein Werkzeug habe, um die Westslawen zum Zweck des Kampfes mit dem Germanentum mächtig zu beeinflussen. Bei der Bestimmung der zukünftigen Grenzen des Zarentums Polen muß das ethnographische Prinzip zugrunde gelegt werden, wobei es jedoch bei seiner Westgrenze unerläßlich erscheint, von diesem Prinzip abzugehen und strategische und politische Erwägungen sowie geographische Besonderheiten ins Auge zu fassen.«²¹

Dmowski hielt am Konzept einer polnischen Autonomie unter zaristischer Schirmherrschaft bis zum Sturz des Zarismus fest. Das hindert ihn jedoch nicht, die polnische Frage zu internationalisieren und die mit Rußland verbündeten Mächte für das nationaldemokratische Programm zu gewinnen. Im Auftrag des *Polnischen Komitees* verhandelte er mit Graf *von Plater* in London, Paris und Rom für die polnische Sache und traf sich im Februar 1916 – nach seinem Weggang aus Petrograd – in Lausanne (dem Sitz der dort tätigen *Agence Polonaise*) mit Vertretern der drei polnischen Teilgebiete. Ein Ausschuß wurde gebildet mit Vertretungen in Großbritannien, Frankreich und in den USA. Im April 1916 forderte *Dmowski* gegenüber den Regierungen in London, Paris und Petrograd in einem Exposé Polens selbständige staatliche Existenz, vertrat aber noch immer die Ansicht, »daß Polen gegenüber der deutschen Gefahr seinen Rückhalt im Russischen Reich suchen müsse, indem es sich mit ihm in einer Weise verbinde, die ihm den Schutz seiner Grenzen sichere, ohne seine nationale Unabhängigkeit zu gefährden«²². Doch London und Paris gaben vorerst keine Zusicherung für die Bildung eines unabhängigen polnischen Staates. *Dmowski*s Abgesandter in den USA, der Leiter des *Polnischen Zentralhilfskomitees in Amerika*, *Ignacy Paderewski*, unterstützte 1916 die Wahl von Präsident *Woodrow Wilson* durch das organisierte Auslandspolentum und gewann ihn so für die künftige Lösung der polnischen Frage.²³ Auch die aus der Februarrevolution 1917 in Rußland hervorgegangene Provisorische Regierung war nicht bereit, einen eigenständigen polnischen Staat zu akzeptieren. Deshalb drängte *Roman Dmowski* in einem Aide-mémoire an *Balfour* im März 1917, Einfluß auf Rußland zu nehmen, »daß Polen geeinigt und als unabhängiger Staat aufgebaut wird«²⁴. Die provisorische Regierung, die sich allgemein für einen unabhängigen Staat im Rahmen einer russisch-polnischen Militärunion aussprach, ließ die Grenzfrage eines autonomen Polen offen.

längeren Zeitraum durchgehalten und propagiert wurde, für die Bewußtseinsbildung von höherer Relevanz als die kurzfristig anberaumten Gewalthandlungen.« – Frank Golczewski: *Polnisch-jüdische Beziehungen ...*, a. a. O., S. 114 und 116 f.

16 Giertych, Jędrzej: *O Wyjście z kryzysu*, Warszawa 1938, s. 120.

17 Vgl. Roman Dmowski: *Polityka polska i odbudowanie państwa*, Warszawa 1926, s. 105.

18 Vgl. Roman Dmowski: *Niemcy, Rosja ...*, a. a. O.; Ders.: *La question polonaise*, Paris 1909.

19 Vgl. Roman Dmowski: *Pisma*, Bd. 11 (1938); wieder abgedruckt unter dem Titel *Przyszłość Rosji – Zagadnienie rządu*, London, o. J.

20 *God Vojny s 19 ijulja 1914 g. po 19 ijulja 1915 g. Vysočajšie manifesty i vozžvanija*, Petrograd 1915, s. 3; vgl. auch Dmowski, Roman: *Polityka Polska ...*, a. a. O., s. 182. Zu den Hintergründen der zaristischen Polenpolitik vgl. A. Ju. Bachmatulina: *Vozzvanie k z 1 avgusta 1914 i ego avtory*, in: *Voprosy istorii*, 8/98, s. 132.

21 Abgedruckt in polnischer Sprache bei Roman Dmowski: *Polityka Polska ...*, a. a. O., s. 506 f.

22 Ebenda, S. 509.

23 Vgl. *Polens Gegenwart*, Nr. 7, 1988, S. 25.

24 Roman Dmowski: *Polityka Polska ...*, a. a. O., s. 520 f.

Erst im August 1917 bildete *Dmowski* ein neues *Polnisches Nationalkomitee* mit Sitz in Paris. Ihm gehörten führende Nationaldemokraten an, die in Frankreich (*Roman Dmowski*, *Erazm Piłz*, Graf *Maurycy Zamoyski*), in Großbritannien (*Oscar Sobanski*), in der Schweiz (*Marjan Seyda*, *Jan Rowadowski*) und in den USA (*Ignacy Paderewski*) die Sache ihrer Partei verfochten und den gemeinsamen Kampf gegen die Mittelmächte erklärten. London, Paris, Rom und Washington anerkannten das *Polnische Komitee* bis Ende 1917, das nun polnische Legionen in Frankreich (General *Haller*) und Rußland (General *Dowbor-Musonicki*) aufstellte. Während sein politischer Gegner *Piłsudski* aus den auseinander fallenden Teilungsgroßmächten Deutschland, Rußland und Österreich-Ungarn 1918/1919 einen unabhängigen polnischen Staat zusammenfügte, sicherte *Roman Dmowski* den politischen Einfluß seiner Partei, die mit ihrer Umstrukturierung zum *Volksnationalen Verband* (ZL-D – *Związek Ludowo-Narodowy*) einen festen Platz im parlamentarischen System Polens einnahm.

In den ersten Wahlen 1919 stellte der ZL-D 116 der 340 Abgeordnetensitze, während *Piłsudskis* Sozialisten und die Bauernpartei *Piast* von *Wincenty Witos* lediglich 52 beziehungsweise 58 Mandate erhielten. Staatschef Marschall *Piłsudski* war nunmehr bereit, *Ignacy Paderewski* als Ministerpräsidenten und Außenminister einzusetzen. Der nationaldemokratische Abgeordnete des ehemaligen Deutschen Reichstages, *Wojciech Trampczyński*, wurde am 14. Februar 1919 zum Sejm-Marschall gewählt. Hochburgen der Nationalisten war Kongreßpolen und Posen-Pomerellen, wo die Nationaldemokraten 45 beziehungsweise 97 Prozent der Wählerstimmen gewannen; im ehemaligen österreichischen Teilungsgebiet war ihr Einfluß mit nur 10,5 Prozent geringer.²⁵

Weitaus bedeutsamer war die Rolle *Dmowskis* bei der völkerrechtlichen Ausgestaltung der Grenzen des neuen Polen auf dem diplomatischen Parkett der Pariser Friedenskonferenz. Nachdem er die Ententemächte mit seinem Nationenkonzept *Problems of Central and Eastern Europa* (London 1917) vertraut gemacht hatte, überreichte er US-Präsident *Wilson* am 8. Oktober 1918 und als Leiter der polnischen Delegation der *Commission des affaires polonaises* der Pariser Friedenskonferenz am 25. Februar 1919 ein umfangreiches Dokument über die territoriale Ausgestaltung Polens, dem ein nationaldemokratisches Konzept zugrunde lag. »Das polnische Problem ist vor allem ein territoriales Problem. Gelegen zwischen Deutschland, dem größten Volk des Kontinents, das immer die Eroberung und Verschlingung Polens anstrebte, und Rußland, wo anscheinend zersetzende Kräfte die Oberhand gewinnen, und das wahrscheinlich nicht imstande sein wird, Polen wirksame Hilfe gegen einen deutschen Angriff zu leisten, muß Polen für sich selbst ein starker, vollkommen unabhängiger Staat sein, der imstande ist, für sich selbst zu sorgen und sich nach seiner eigenen Linie zu entwickeln. Es muß eine große schöpferische Demokratie in Osteuropa werden, eine Schanze gegen den deutschen Drang nach Osten, und gleichzeitig muß es sich gegen zersetzende Einflüsse wehren.« Polen solle künftig die »Rolle eines Schutzwalles gegen das Vordringen der Deutschen nach Osten« sein, Deutschland hindern, sich in

25 Vgl. Henryk Swoboda: *Pierwsze piętnastoletcie Polski niepodległej. Zarys dziejów politycznych*, Warszawa 1935, s. 35 f.

die russische Frage einzumischen und in diesem Teil Europas ein »mächtiges Bollwerk für die Sache der Freiheit und der Demokratie bilden«²⁶.

Die Tatsache, daß die Zweite Polnische Republik nicht alle territorialen Forderungen im Westen und Norden (Ostpreußen, Danzig, Teile Oberschlesiens und Westpreußens) durchsetzen konnte und zudem angesichts des sich abzeichnenden Antisemitismus und der offenbaren Polonisierungsbestrebungen einen Minderheitenschutzvertrag unterzeichnen mußte, wurde vom *Nationalen Lager* auf eine »jüdische Verschwörung« des Völkerbundes unter Regie des britischen Premiers *David Lloyd George* und des amerikanischen Präsidenten *Wilson* zurückgeführt und für eine schmutzige antisemitische und nationalistische Propaganda genutzt.²⁷

Nationaldemokratie – eine polnische Spielart des Faschismus?

Obwohl die *Nationaldemokratie* stärkste Partei im Zwischenkriegspolen war, hatte sie zwischen 1919 und 1926 nur begrenzten Zugriff auf die Staatsmacht. In ihrer Machtbesessenheit bedienten sich die Nationalisten *Dmowskis* wie schon während der Dumawahlen 1912 des Antisemitismus. Die Wahlen zur polnischen Nationalversammlung 1922 brachten den nationalistischen Rechten, der aus National- und Christdemokraten bestehenden *Christlichen Union der Nationalen Einheit (ChZJN)*, zwar 163 der 444 Sejmsitze und 11 der 48 Senatsmandate, aber ihre Hoffnungen auf das Präsidentenamt erfüllten sich nicht. Ihr Vertreter Graf *Maurycy Zamoyski*, Polens größter Großgrundbesitzer (mit ca. 200.000 ha), erhielt nur 227 Stimmen, während *Gabriel Narutowicz*, der Kandidat der gemäßigten Bauernpartei *Wyzwolenie*, mit 289 Stimmen – von den Bauernparteien *Piast* und *Wyzwolenie*, den Sozialisten (PPS) und dem Block der Minderheiten (Ukrainer, Weißrussen, Deutsche, Juden, Russen) – zum Staatspräsidenten gewählt wurde.

Die nationalistische Rechte wollte dieses Wahlergebnis nicht akzeptieren und begann eine antisemitische Hetzkampagne. Sie bezeichnete *Narutowicz* als ein von den »Fremden«, den Juden, »aufgezwungenes« Staatsoberhaupt und forderte – ähnlich wie während der Wahlschlappe 1912 –, nunmehr endlich im Kampf gegen die Juden von Worten zu Taten überzugehen. Und die Taten folgten, um die »Schande« zu beseitigen, die den Polen zugefügt worden sei. In einem antisemitischen Aufruf vom 9. Dezember 1922 hieß es unter anderem: »Landsleute! Das durch seinen bisherigen Erfolg übermäßig gewordene Judentum griff nach der höchsten Gewalt in Polen. ... Bürger! Angesichts der neuen nationalen Niederlage ermannt Euch zur Tat und gelobt, ausdauernd und aufopfernd für die Befreiung Polens von jüdischen Einflüssen zu arbeiten!«²⁸ Zwar übernahm der rechtmäßig gewählte Präsident am 14. Dezember 1922 in einer von der »Chjena« und der antisemitischen *Rozwój-Gesellschaft* aufgeheizten antisemitischen Atmosphäre, an der *Dmowski* persönlich wie schon 1912-1914 maßgeblich beteiligt war, seine Amtsgeschäfte, wurde aber zwei Tage später von dem nationaldemokratischen Terroristen *Elegiusz Niewiadomski* ermordet. Letzterer wurde schon bald als »Kämpfer für Polens Freiheit und Unabhängigkeit« von den Rechten gefeiert.²⁹

26 Denkschrift dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, W. Wilson am 8. Oktober 1918 in Washington von Roman Dmowski vorgelegt. Zitiert in deutscher Sprache nach Paul Roth: Die Entstehung des polnischen Staates. Eine völkerrechtlich-politische Untersuchung, Berlin 1926, Anlage 9, S. 133 f.

27 Vgl. Roman Dmowski: *Przełom*, in: *Pisma*, Bd. VIII, Częstochowa 1938, zitiert in deutscher Sprache nach Albert S. Kotowski: Hitlers Bewegung im Urteil der polnischen Nationaldemokratie, Wiesbaden 2000, S. 211f.: »Vornehmlich den Juden verdanken es die Deutschen, daß der Krieg nicht zu Ende geführt wurde. Wilson war das Werkzeug der Juden, der hauptsächlich dazu beitrug, daß die Truppen der Alliierten nicht nach Deutschland einmarschierten. Es ging dabei hauptsächlich darum, daß die großen jüdischen Interessen in Deutschland, größer als in allen übrigen Ländern, weniger Schaden erleiden. ... Lloyd George rettete auf der Friedenskonferenz die Gebiete, die dem polnischen Staat angeschlossen werden sollten: den größten Teil Oberschlesiens, Marienburg, Stuhm, Marienwerder und Danzig. Lloyd George wirkte als Agent der Juden; er hätte das Ziel nicht erreicht, wenn Wilson von ihnen weniger abhängig gewesen wäre. ... Im Auftrag Deutschlands arbeiteten die Juden nach dem Friedensschluß in England, in Amerika und sogar in Frankreich gegen Polen. Sie bemühten sich aber zugleich, aus Deutschland weniger einen deutschen als vielmehr einen jüdischen Staat zu machen.«

28 Frank Golczewski: Polnisch-jüdische Beziehungen ..., a. a. O., S. 342 (Anm. 33).

29 Vgl. ebenda, S. 334 ff.

30 Vgl. Roman Dmowski: Nacjonalizm a faszyzm, in: Gazeta Warszawska Poranna, ab Nr. 1999 vom 22. Juli 1926.

31 Roman Dmowski: Przełom, in: Pisma, Bd. VIII ..., a. a. O., s. 209. In seinem Buch *Przełom* findet Dmowski anerkennende Worte über den deutschen Nationalsozialismus (S. 208 ff.): »Geist und Gewissen der gesündesten Elemente, am wenigsten durch die Einwirkung der Zerstörungskräfte betroffen, sehen ihr Hauptziel in der Stärkung der Organisierung der Nation, sowie im Kampf gegen diejenigen Faktoren, die an ihrer Vernichtung arbeiten. Dieses Ziel setzt sich in Deutschland die nationalsozialistische Bewegung und das ist ihr Hauptwert. Diesen Wert können wir ihr nicht absprechen nur deshalb, weil sie uns gegenüber feindlich ist. Für unsere Zukunft müssen wir arbeiten: Die Pflicht der Deutschen ist es, für ihre eigene Zukunft zu arbeiten. ... Die nationalsozialistischen Anführer sind sich zweifellos bewußt, daß der offenbare Verfall der Sitten oder sogar der gewöhnlichen menschlichen Instinkte in verschiedenen Bereichen für Deutschland ein großes Unheil ist. ... Das Programm des Nationalsozialismus ist eher eine Zusammenfassung aller Wünsche und Bestrebungen der deutschen Nation in der gegenwärtigen Generation. Es ist Ausdruck des politischen Denkens, das sich die wichtigsten und in der gegenwärtigen Lage mit derzeitigen Mitteln der Nation realisierbaren

Piłsudskis Staatsstreich und sein im Mai 1926 errichtetes *Sanacja-Regime* drängte die *Nationaldemokratie* nicht nur endgültig in die Opposition, sondern beschleunigte auch ihre Umwandlung in eine einflußreiche außerparlamentarische Massenbewegung nach dem Vorbild des italienischen Faschismus. Ihr Anführer *Dmowski* hatte schon früh die nationalistischen Bewegungen in Europa analysiert, Verbindungen mit dem Begründer des italienischen Nationalismus *Enrico Corradini* aufgenommen und *Mussolinis* Marsch auf Rom 1922 bewundert. In einer Artikelserie des Parteiblattes *Gazeta Warszawska Poranna* propagierte er Ideologie und Politik des italienischen Faschismus und erkannte Ähnlichkeiten und Verwandtschaft mit der polnischen *Endecja*.³⁰

Er war begeistert von dieser »ersten siegreichen nationalen Bewegung«. Der italienische Faschismus habe bewiesen, »daß er nicht nur zu einem Manöver im Machtkampf, sondern auch zu einer Initiative zum Aufbau einer festen Zukunft für das Vaterland fähig war, daß er zu großen Anstrengungen bereit war, um die Faktoren der moralischen, sittlichen und religiösen Zerstörung im Leben der Nation zu beseitigen ... Bei den außerordentlichen Schwierigkeiten in der Beziehung des italienischen Staates zur Kirche konnte der Faschismus sogar viel für das religiöse Leben und für die religiöse Erziehung neuer Generationen tun.«³¹

Auf die veränderte innenpolitische Situation nach dem Mai-Putsch durch *Józef Piłsudski* reagierte *Roman Dmowski* mit einer grundlegenden Umgestaltung des *Nationalen Lagers*. Um die rechtsnationalistischen und katholisch-fundamentalistischen Kräfte zusammenzufassen, schuf er am 4. Dezember 1926 nach dem Beispiel der faschistischen Bewegung in Italien eine neue paramilitärische nationalistiche und antisemitische Massenorganisation, das *Lager des Großen Polen (OWP)*. Er gab 1931 vor Funktionären seiner Partei unumwunden zu, daß er bei der Gründung des *OWP* den italienischen Faschismus vor Augen hatte. Zu einer dauerhaften Sammelbewegung, einer Vereinigung mit der radikal-nationalistischen Bauernpartei *Piast*, der *Nationalen Arbeiterpartei* und den rechten christlichen Parteien (*Christlich Nationale Partei*, *Polnische Partei der Christlichen Demokratie*) kam es jedoch nicht.³² *Dmowskis Lager des Großen Polen* zerfiel schon bald in mehr oder weniger kleinere faschistische Splittergruppen. Im Zusammenhang mit antisemitischen Pogromen sah sich *Piłsudski* schließlich veranlaßt, das *OWP* bis Anfang 1933 in allen Woiwodschaften aufzulösen.

Teile der jungen Nationaldemokraten vereinten sich 1933 zum *National-Radikalen Lager (ONR – Obóz Narodowo-Radykalny)*, das nach seinem Verbot 1935 in zwei konspirative faschistische Gruppen zerfiel: *ONR-ABC (Henryk Rossmann)* und *ONR-Falanga (Boleslaw Piacescki)*.³³ Auch aus dem 1932 entstandenen nationaldemokratischen Verband der *Jungen Nationalisten (ZMN – Związek Młodych Narodowców)*, entstand 1934 eine radikale Splittergruppe, die *Partei des Großen Polen (SWP – Stronnictwo Wielkiej Polski)*. Den größten Einfluß besaß allerdings nach wie vor die Partei der Nationaldemokraten (*SN-D*), die 1928 in *Nationalpartei (SN)* umbenannt wurde. Sie blieb noch immer die wichtigste politische Kraft im rechtsnationalen Lager. Ihre über 183.700 Mitglieder wirkten in

4.475 Ortsgruppen und waren nach faschistischem Muster straff organisiert. Die *SN* war ihrem Wesen nach eine faschistische Partei. Ihr Statut aus dem Jahre 1935 sah nicht nur das Tragen von Uniformen (hellblaue Hemden) vor, sondern ahmte auch den Hitlergruß nach – »Mitglieder der Nationalen Partei begrüßen sich mit dem Wort ›Heil‹ und heben dabei den im Winkel von 45° ausgestreckten rechten Arm hoch. Die Hand sollte während der Begrüßungsgeste offen, und die Finger sollten zusammengezogen bleiben.«³⁴ Unter dem Einfluß *Dmowskis* blieben die *SN* und ihre militante Jugendorganisation *Allpolnische Jugend (Młodzież Wszechpolska)* Stoßtrupp des extremen Nationalismus und Antisemitismus in den dreißiger Jahren. Sie trugen die Verantwortung für zahlreiche antisemitische Aktionen zwischen 1931 und 1934, die nicht wenige Impulse aus der Nazibewegung erhielten. Erinnert sei vor allem an die antisemitischen Ausschreitungen an den Universitäten in Warschau, Krakau, Wilna und Lemberg. Rechtsradikale Studenten und Lehrkräfte erzwangen an einigen Hochschulen nicht nur den numerus clausus, sondern auch den generellen Ausschluß von Studenten jüdischer Abstammung (*numerus nullus*) oder führten »Schulbankghettos« ein. Der *Polnische Ärztebund* (1937) und der *Verband wissenschaftlicher Assistenten der Hochschulen* (1938) setzten den sogenannten Arierparagrafen durch, der jüdische Mitglieder ausschloß. Einer der jüngeren Führer der *Nationalpartei*, *Michał Howorka*, forderte – nach dem Vorbild Nazideutschlands – für die polnischen Juden Konzentrationslager einzurichten. Das *Nationale Lager* näherte sich nach dem Tod des Marschalls seit 1935 dem autoritären Obristenregime. Im Auftrag des neuen »Obersten Führers«, Marschall *Edward Rydz-Śmigły*, organisierte Oberst *Adam Koc* im März 1937 als neue Sammlungsbewegung das *Lager der nationalen Einheit (OZN – Obóz Zjednoczenie Narodowego)*, dessen ideologische Plattform weitgehend mit der der *Nationaldemokraten* übereinstimmte. Das *OZN* wie auch das *ONR-Falanga*, die sich beide zwar auch hart bekämpften, besaßen »in ideologischer und organisatorischer Sicht einen faschistischen Charakter«³⁵.

Die Nachfahren des Roman Dmowski

Nach dem Zweiten Weltkrieg erhielt die *Endecja Dmowskis* keine Möglichkeit, sich politisch zu organisieren. Weder die *Nationalpartei (SN)* – als eine der politischen Kräfte der Londoner Exilregierung – noch ihre *Nationalen Streitkräfte (NSZ)* fanden einen Platz im politischen System Nachkriegspolens. Es gehört jedoch zur »Ironie der Geschichte«, daß einige programmatische Hauptlinien der *Nationaldemokraten* unter den komplizierten internationalen Konstellationen nach 1945 faktisch Wirklichkeit wurden. Die polnischen Kommunisten und das von ihnen dominierte Linksbündnis setzten aufgrund der völkerrechtlichen Entscheidung der Anti-Hitler-Koalition die Idee von einem Polen in den territorialen Grenzen des Piastenreiches weitgehend durch.³⁶ Auch die Oder-Neiße-Grenze wurde vom einstigen »Erbfeind« Deutschland Schritt für Schritt anerkannt – zuerst von der DDR (1950), dann, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, von der BRD und schließlich 1991 durch das vereinte Deutschland.

Ziele setzt. ... Mit Hilfe dieses Programms kann man eine wirkungsvolle Propaganda betreiben und viele enthusiastische Anhänger gewinnen. ... Die Nationalsozialisten wollen die deutsche Nation stark organisieren, aus ihr eine geschlossene Ganzheit machen, die gegen alles, was sie zerstört, widerstandsfähig ist. Ausschließlich auf die Nation wollen sie ihren Staat stützen. Das ist ein großes Ziel, angesichts des sich in der heutigen Welt verbreitenden Chaos, größer als alle anderen Ziele und – bei fortschreitendem Verfall der Mächte, die sich bisher in dieser Welt breitmachen – heute realisierbar. Diese Bestrebungen entstehen aus dem Bedürfnis der Gegenwart und nur sie allein sind neu im politischen Programm des Nationalsozialismus. Zugleich verkünden sie jedoch das traditionelle Programm der Außenpolitik, einer Eroberungspolitik, des Dranges nach dem Osten.«

32 Vgl. Z. Kaczmarek: *Obóz Wielkiej Polski. Geneza i działalność społeczno-polityczna w latach 1926-1933*, Poznań 1980; K. Kawalec: *Narodowa Demokracja wobec faszyzmu 1922-1939. Ze studio nad dziejami myśli politycznej obozu narodowego*, Warszawa 1989; J. Borejsza: *Rzym a wspólnota faszystowska. O penetracji faszyzmu włoskiego w Europie środkowej, południowej i wschodniej*, Warszawa 1981; Roman Wapiński: *Kształtowanie się w Polsce w latach 1922-1939 poglądów na ruchy faszystowskie w Europie*. In: *Studia nad faszyzmem i zbrodniami hitlerowskimi*, Bd. 9, Wrocław 1985. Zum politischen Katholizismus vgl. B. Grot: *Nacjonalizm chrześci-*

janski. Myśl społeczno-państwowa formacji narodowo-katolickiej w Drugiej Rzeczypospolitej, Kraków 1991.

33 Vgl. Szymon Rudnicki: *Obóz Narodowo – Radykalny. Geneza i działalność* Warszawa 1985; *Bolesław Piasecki: Duch czasów nowych a Ruch Młodych*, Warszawa 1935; *Ders.: Przełom narodowy. Zasady programu narodowo-radykalnego*, Warszawa 1937; J. Dudek, G. Pytel: *Bolesław Piasecki. Próba biografii politycznej*, London 1990.

34 Zitiert nach Albert S. Kotowski, *Hitlers Bewegung ...*, a. a. O., S. 41; vgl. Norman Davis: *Im Herzen Europas ...*, a. a. O., S. 134 f.: »Dmowski hatte es verschmäht, Exekutivgewalt auszuüben ...; Piłsudski hat, einmal im Besitz der vollen Macht, kein Quentchen davon preisgegeben. Doch langfristig und besonders im Bereich der politischen Ideen war Dmowski weit erfolgreicher, als seine Rivalen zugeben würden. Kaum war der Marschall tot, begann das Sanacja-Regime, die Beziehungen zum nationalen Lager zu verbessern, und viele der neuen Töne, die in den Jahren 1935-1939 zu hören waren, lassen sich auf Dmowskis Einfluß zurückführen. Der verstärkte Nationalismus, die Schikanierung der nationalen Minderheiten, der Antisemitismus, das Interesse an der Wirtschaftsplanung, die Anerkennung der deutschen Bedrohung und die Annäherung an die Westmächte lagen zum Teil im Trend der Zeit, aber sie bedeuteten jedesmal einen bewußten Kurswechsel und eine neue Akzentsetzung, die Dmowski im Ruhestand

Angesichts der unermesslichen Verbrechen der deutschen Nazis in Polen und am polnischen Volk, aber auch infolge der langen Periode der Nichtanerkennung der Endgültigkeit der neuen Westgrenze Polens erklärt sich auch, warum *Dmowskis* These vom immerwährenden deutschen »Erbfeind« und der Gefahr des ewigen deutschen »Dranges nach Osten« so lange im Gedächtnis der Polen wach blieb und politische Zustimmung bei großen Teilen der polnischen Bevölkerung erhielt. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß unter den Bedingungen des Kalten Krieges letztlich die UdSSR die neue Westgrenze Polens garantierte, wenn auch mit der Absicht, Polen als geostrategisch wichtigen Teil ihrer osteuropäischen Einflußsphäre zu sichern.

Der Antikommunist *Dmowski* hätte es sich wohl nicht träumen lassen, daß gerade die kommunistische Sowjetunion und die polnischen Kommunisten die von ihm erstrebte »piastische Westgrenze« maßgeblich durchsetzen und sichern würden. Für *Dmowski* war allerdings das Bündnis mit der östlichen Großmacht stets von grundsätzlicher Art. Es war nicht die UdSSR als kommunistischer Staat gemeint – so der Historiker *Albert Kotowski* in seiner Analyse über *Dmowskis* Rußlandpolitik –, »sondern die russische Nation. Man vertrat im Nationalen Lager die Auffassung, der Kommunismus sei ein jüdisches Produkt und den Russen durch die Juden aufgezwungen worden. *Dmowski* und seine Anhänger waren überzeugt, daß der Antikommunismus *Hitlers* ein Hindernis für eine eventuelle, gegen Rußland gerichtete deutsch-russische Allianz wäre.«³⁷ Das erklärt, warum seitens der Nationaldemokraten auch in den dreißiger Jahren auf ein gutnachbarliches Verhältnis zur Sowjetunion orientiert wurde.

Jahrzehnte nach seinem Tod 1939 wirkte *Dmowskis* Erbe in Polen weiter. Der von ihm und seiner nationaldemokratischen Bewegung ein halbes Jahrhundert verbreitete Antisemitismus und extreme Nationalismus hinterließ in Teilen der polnischen Bevölkerung lange Zeit tiefe Spuren. Sind die antisemitischen Exzesse am 10. Juli 1941 in Jedwabne oder die Morde in Kielce 1946 nur erklärbar durch den deutsch-faschistischen Okkupationsterror und die allgemeine Verrohung des letzten Weltkrieges? War nicht gerade die unheilvolle Saat der Antisemiten zwei beziehungsweise sieben Jahre nach *Dmowskis* Tod erneut aufgegangen? Hat sich nicht die nationalistische Front der »Partisanen« um General *Mieczysław Moczar* und einiger »Nationalkommunisten« erneut der antisemitischen Waffen ihrer alten Feinde in makaberer Weise 1956 und 1968 im Interesse des Machterhalts bedient?

Ganz zu schweigen von der mehr oder weniger offenen Wiedergeburt des *Dmowski*-Erbes im Transformationsprozeß Polens seit Ende der achtziger Jahre. Es war gewiß nicht allein der nationalistische und antisemitische »Eisklotz«, der nach der politischen Erwärmung auch des polnischen Hauses aufzutauen begann. Es gab vielmehr einflußreiche Kräfte, die massiv den alten Geistern des polnischen Nationalismus neues Leben einhauchen konnten, weil die Bedingungen dazu gegeben waren: die für Polen nun noch größere Freiheit, die sozialen Verwerfungen und nicht zuletzt auch der Zwang zum raschen Anschluß an Westeuropa, der »Rückkehr« dieses großen Landes im Zentrum unseres Kontinentes nach Europa.

In Polen bestand schon seit den siebziger Jahren eine vom Westen unterstützte Dissidentenbewegung, die das nationalistische und antisemitische Erbe von *Roman Dmowski* fortführte. Illegal erschienen die antisemitischen *Protokolle der Weisen von Zion*, sowie *Letter of Berman to Zambrowski* und *Letter of Goldberg to Urban*, in denen führende polnische Kommunisten als Handlanger einer angeblich jüdischen Weltverschwörung (*Żydo-komuna* – »jüdischer Kommunismus«) diffamiert wurden. Bestimmte Kreise des polnischen Klerus unterstützten nicht nur den um Demokratie und Menschenrechte kämpfenden Widerstand, sondern zeitweilig auch rechtsextremistische antikommunistische Gruppen, die sich auf das Erbe des »Vaters der Nation« beriefen. Dazu gehört die 1979 gegründete Untergrundorganisation *Konfederacja Niezależne Polacy* (KPN – *Konfederacja Polski Niepodległej*) mit ihrem »Führer« *Leszek Moczulski* (der 1968 zur antisemitischen Fraktion der *Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei* (PZPR) gehörte). Ähnliches gilt für die im Zusammenhang mit dem Kriegszustand 1981 gegründete neofaschistische *Polnische Nationale Wiedergeburt* (NPN – *Narodowe Odrodzenie Polski*), die bereits 1988 unter dem Schirm der Warschauer Kirchengemeinde das antisemitische Hetzblatt *Ich bin ein Pole* mehr oder weniger legal vertreiben konnte. Insofern ist es mehr als absurd, Neofaschismus und Antisemitismus schlechthin als kommunistisches Erbe zu verorten. Das schließt allerdings durchaus die Aufarbeitung des in der polnischen Parteiführung geduldeten und instrumentalisierten Antisemitismus und Antizionismus nicht aus. Bedenklich muß in diesem Zusammenhang auch stimmen, daß der einstige Führer der polnischen faschistischen *ONR-Falanga*, *Bolesław Piasecki*, ausgerechnet die *PAX-Organisation* im kommunistischen Polen repräsentierte.

Die Systemtransformation seit 1989 legalisierte nicht nur die rechtsradikalen Dissidentenbewegungen, sondern führte auch zu weiteren rechtsextremistischen Neugründungen, die sich auf das »Erbe« ultranationalistischer und antisemitischer Parteien und Bewegungen des *Nationalen Lagers* berufen.³⁸ So entstand in den neunziger Jahren in allen Teilen Polens eine rechtsextreme und neofaschistische Szene von Parteien, paramilitärischen Organisationen, Verlagen, Zeitungen und Musikbands (*Rock Against the Commune*, *Zyklon B*) und militanten Skinheadgruppen, die internationale Verbindungen mit Gleichgesinnten in Deutschland, den USA, Österreich, Spanien, Italien, Frankreich und Südafrika pflegen.

Schon am 1. Mai 1990 trafen sich die polnischen Rechtsextremen zu ihrem ersten Kongreß in Warschau. Ihre wichtigste Organisation war damals die *Polnische Nationale Gemeinschaft – Polnische Nationalpartei* (PWN-PSN – *Polska Wspólnota Narodowa*), die sich als Nachfahre der *Nationaldemokratie* begreift. Ihr »Führer« *Bolesław Tejkowski* serviert seitdem seine Theorie über die »Verschwörung« der »Judäo-Solidarność« und der »Żydo-komuna« (ein Pendant zum Nazijargon »jüdisch-bolschewistisch«). »Wir gehören zum polnischen Volk, dem slawischen Stamm und der arischen Rasse ... Das verpflichtet uns zur Sauberkeit der Rasse und Kultur ... Wenn ihr euch in der Polnischen Nationalen Gemeinschaft vereint, vergrößert ihr die Kraft, die dem Juden *Wałęsa* und der ganzen jüdi-

mit großem Beifall aufgenommen haben dürfte.

Noch zu Lebzeiten ihres Urhebers hatte der Staat begonnen, sich Dmowskis nationalistische Vorstellung zu eigen zu machen. Er hätte sich gewiß nicht träumen lassen, daß am Ende des Zweiten Weltkrieges, den er nicht mehr erlebte, eine von der Sowjetunion in Warschau installierte kommunistische Partei einen bedeutenden Teil seiner Ideen übernehmen würde.«

35 Wolfgang Wippermann: *Europäischer Faschismus im Vergleich (1922-1982)*, Frankfurt/M. 1983, S. 178.

36 Vgl. Norman Davis: *Im Herzen Europas ...*, a. a. O., S. 136 f.: »Wie schon in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts, gab es auch in den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts einige Dinge, die vielen Menschen in Polen – und beileibe nicht nur den Kommunisten – unabweisbar erschienen: der Primat der deutschen Gefahr; der Zwang, mit Rußland zusammenzuarbeiten oder unterzugehen; die fremden Kräfte, die die polnische Kultur zu verschlingen drohten; die Wahrnehmung eines feindseligen jüdischen Elements (nunmehr in den sowjetisch gelenkten Sicherheitskräften); die Notwendigkeit, dem wirtschaftlichen Aufbau den Vorrang zu geben. ... In Polen, wo die alte KP nie einen nennenswerten Anhang besessen hatte, konnten die Kommunisten sich nur an eine von zwei einheimischen Traditionen halten: die russophobe, multinationale, aufständische Piłsudski-sche Tradition der Unabhängigkeit oder die russophile, antisemitische, versöhnlerische Dmowskische Tradition des Nationalismus.

Für sie, denen Stalin im Nacken saß, war vollkommen klar, daß sie die nationalistische Option wählen.«

37 Albert S. Kotowski: Hitlers Bewegung ..., a. a. O., S. 87.

38 Vgl. Karl-Heinz Gräfe: Rechtsextremismus – warum in Osteuropa »Normalität«? In: Disput, 3/2001, S. 29 ff.

39 Zitiert nach A. Friszek: Fragen nach dem polnischen Nationalismus, in: Więź, Nr. 11/1993, S.74 ff.; vgl. auch B. Tejkowski: Walka o Polsce (Kampf um Polen), Warszawa 1994.

schen Regierungs- und Staatsmacht gegenübersteht. Diese antipolnische Macht halst Polen die jüdisch-amerikanische und deutsche Okkupation auf. ... Wir wollen den polnischen Nationalismus, weil nur er Polen und den polnischen Landsleuten Größe sichert und uns Freiheit, Kraft und Wohlstand.«³⁹

Auch die *Polnische Nationale Wiedergeburt (NOP)* gehört seit 1981 zur rechtsextremistischen Szene. Deren führender Kopf, *Wojciech Cejrowski*, sicherlich übertrieben als »polnischer Goebbels« titulierte, trug zur Neuformierung der rechtsextremistischen Landschaft nicht zuletzt durch seine populistischen Auftritte im Fernsehen (»15 Minuten mit W. C.«) und auf Massenkundgebungen bei. Seit 1995 leitet *Adam Gmurczyk* diese gegenwärtig einflußreichste extremistische Partei außerhalb des Parlaments. Die *NOP* betreibt rassistische Hetze gegen Russen, Roma und Juden. Sie besitzt feste Kontakte zur Vereinigung der europäischen faschistischen Gruppen (*International Thirt Position*).

Auf das nationaldemokratische Erbe *Dmowskis* bezieht sich nachdrücklich auch der äußerste rechte Rand der zersplitterten polnischen Rechten – die 1991 gegründete *Nationaldemokratische Partei (SN-D – Stronnictwo Narodowo-Demokratyczne)* von *Jan Zamojski* (*1912). Ihr trat auch die *Nationalpartei (Stronnictwo Narodowe)* von *Roman Gertych* (Sohn des führenden Nationaldemokraten *Maciej Gertych*) bei. Zu den Präsidentschaftswahlen 2000 stellten diese Ultranationalisten General a. D. *Tadeusz Wilecki* (*1945) als Kandidaten auf. Dieser war 1992-1996 Generalstabschef der polnischen Armee, lehnt den Parlamentarismus (»Sejmonokratie«) ab und propagiert *Hitlers* Wohnungsbaupolitik als beispielhaft für Polen. Sein politischer Einfluß ist mehr als unbedeutend (28.000 Wählerstimmen). Die *Polnische Nationalpartei (PPN – Polska Partia Narodowa)* ist insofern politisch einflußreich, als deren Gründer *Leszek Bubel* (*1957) Eigentümer eines rechtsextremistischen Verlagsimperiums ist. *Janusz Bryczkowski*, einst Gründer der Grünen Partei, organisierte 1992 die *Polnische Nationale Front* (2.000 Mitglieder), der eine militärisch aufgebaute Jugendorganisation *Polnische Liga von Cezary Budzinski* angeschlossen ist. Die militanten Rechtsextremisten, vor allem Skinhaeds, marschieren ungehindert alljährlich zu ihren »Gedenktagen« auf, organisieren Überfälle auf Roma oder Vietnamesen, verbrennen anlässlich des polnischen Nationalfeiertags israelische und deutsche Fahnen, schänden jüdische Friedhöfe und Synagogen. Zwischen 1990 und 1999 organisierten Rechtsextremisten 16.000 Überfälle und ermordeten 19 Menschen.

Seit dem Übergang zur parlamentarischen Demokratie haben Rechtsextremisten einen festen Platz in Sejm und Senat. Anfänglich war die *Konföderation Unabhängiges Polen (KPN)* eine einflußreiche nationalistisch-populistische Partei und erreichte 1991 8,8 Prozent (1993 5,77 Prozent) der Wählerstimmen und 51 Sitze (1993: 22); seit 1997 ist sie Teil der rechtskonservativen *AWS*. Der ehemalige Berater und Verteidiger der *Solidarność*, der Jurist *Jan Olszewski* (*1930), 1991/1992 polnischer Ministerpräsident, gründete 1992 die rechtsradikale *Bewegung der Republik (RdR – Ruch dla Rzeczypospolitej)* und organisierte die Parteienallianz *Bewegung für den Wiederaufbau Polens*

(ROP – *Ruch Odbudowy Polski*), die bei den Sejmwahlen 1997 5,56 Prozent der Wählerstimmen erreichte und sechs Abgeordnete stellte.

Das Gefährliche des polnischen Rechtsextremismus besteht aber vor allem darin, daß er weitgehend von der Staatsmacht toleriert, teilweise auch unterstützt wird und durch seine enge Verbindung mit oder seine direkte Integration in die seit 1996 bestehende rechte Parteienallianz AWS gesellschaftsfähig geworden ist. Für sie stimmten in den Parlamentswahlen 33,38 Prozent der Wähler und sie ist mit 201 der 460 Mandate im Sejm sowie mit 51 der 100 Sitze im Senat präsent. Die Kernparteien der AWS, die Christlich-Nationale Partei (ZChN – *Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe*), die *Konservative Volkspartei* (SKL – *Stronnictwo Konservatywno-Ludowe*) und die *SNN Solidarność* sind selbst in sich gespalten und weisen rechtsextremistische Flügel auf. Im Schutz der staatstragenden Wahlkoalition AWS finden sich neben liberalen und konservativen Kräften auch rechtsradikale und nationalistische Gruppierungen. Zum fundamentalistischen polnischen Nationalkatholizismus in der Tradition *Dmowskis* gehört *Jan Lopuszanski* (*1955), der 1999 mit einer ultranationalistischen Fraktion der *Christlich-Nationalen Vereinigung* die *Polnische Verständigung* (PP – *Porozumienie Polskie*) gründete – eine Art künftiger europafeindlicher Plattform rechter Splittergruppen (*Unser Zirkel, Allpolnische Jugend, Polnische Familie*), die allesamt mit dem seit 1992 bestehenden katholisch-fundamentalistischen Radiosender *Maryja* (Pater *Tadeusz Rydzyk*) in Toruń verbunden sind, der täglich von 600.000 Polen gehört wird.

Hinzu kommt, daß die geistigen Brandstifter rassistischer, neofaschistischer und antisemitischer Aktionen, wie schon während der Zwischenkriegszeit, auch aus akademischen Kreisen kommen. Ein wichtiges Zentrum bildet die Katholische Universität Lublin. Neben dem ehemaligen Rektor *Pater Krapiec* ist vor allem der Historiker *Ryszard Bender* (*1932) hervorgetreten. Er war 1990 Vorsitzender der *Christlich-Demokratischen Arbeiterpartei* (ChDSP – *Chrześcijańsko-Demokratyczne Stronnictwo Pracy*), kandidierte 1991 für die *Christlich Nationale Vereinigung* (ZChN) und wurde 1994 Chef des Staatlichen Rundfunk- und Fernsehkomitees. Seit 1997 steht er an der Spitze einer Splittergruppe der *ROP* und ist Vorsitzender des Lubliner Klubs der Katholischen Intelligenz. Er nimmt wesentlichen Einfluß auf die inhaltliche Ausrichtung der rechtsextremen Wochenzeitung *Polnische Idee* (*Mysł Polska*). *Bender* stellte sich hinter Holocaustleugner *Dariusz Ratajczak* (Universität Opole). Die Staatsanwaltschaft und der Senat der Lubliner Katholischen Universität verhinderten die eingeleitete Strafverfolgung *Benders*. *Jan Szarlinsky*, Professor an der TU Kraków, organisierte aus mehr als 30 rechtsnationalistischen Organisationen im Juli 2000 die *Konföderation Polnischer Patriotischer Gruppen*.

Roman Dmowski würde mit Zufriedenheit feststellen, daß seine ein halbes Jahrhundert ausgestreute antisemitische Saat auf polnischem Boden kräftig wuchert. In Polen erweitert sich die Flut extremistischer, antisemitischer und nationalistischer Hetzschriften, die vor allem von der staatlichen Gesellschaft *Ruch* vertrieben werden. Darunter sind rassistisch-völkische und antisemitische Blätter wie *Polnische Idee, Nur Polen (Tylko Polska)* oder *Unser Polen (Nasza*

Polska). In einem Land, in dem nach dem Holocaust nur einige Tausend Juden leben, behauptet zum Beispiel *Tylko Polska*, daß es nach dem Archiv des Innenministeriums in Polen 2,7 Millionen Juden gäbe, die von wenigen Ausnahmen abgesehen, alle Schlüsselpositionen in Medien, Kultur, Politik und Wirtschaft besetzen würden. *Stalin* hätte schon den Juden die polnische Staatsgewalt übertragen (*Żydo-Komuna*) und nach 1989 vollziehe sich mit der »Judensolidarität« (*Żydo-Solidarność*) erneut ein »Holocaust« an der polnischen Nation.⁴⁰ Unter solchen mächtigen Einflüssen ist rechtsextremistisches und antisemitisches Gedankengut bereits gesellschaftsfähig geworden und wird von einem Teil der polnischen Gesellschaft auch toleriert.

Die Breite des rechten Spektrums reicht vom Rechtskonservatismus über klerikalen Fundamentalismus, Radikalpopulismus und Ultranationalismus bis zu Rechtsextremismus, Rassismus und Faschismus. Fremdenfeindliches und antisemitisches Gedankengut, verbunden mit polnischem katholischen Sendungsbewußtsein (»Messias der Nationen«), aber auch zunehmende Intoleranz und Gewaltbereitschaft gegen Andersartige, nicht in das konservativ-fundamentalistische und rassistisch-völkische Weltbild Passende (Pazifisten, Liberale, Linke, Feministen, Lesben, Schwule, nicht-katholische Christen, Behinderte, Obdachlose usw.) und gegen »Fremde« (Roma, Juden, Russen, Deutsche, Asiaten, Afrikaner) kennzeichnen nach einem Jahrzehnt der Systemtransformation auch Polen. Einfluß auf die Ausbreitung der rechtsextremistischen Szene nehmen Politiker aus dem rechtskonservativen Lager und klerikale Fundamentalisten. Sie tolerieren Neonazis und wollen ihnen die »Freiheit weltanschaulicher Bekenntnisse« nicht verwehren. Polizei und Staatsschutz lösten erstmals im Herbst 2000 eine Veranstaltung von 300 Neonazis im masurischen Paslek auf. Zu Recht kam *Macej Luczak* schon 1997 zu dem Schluß, daß hinsichtlich ihres antisemitischen und fremdenfeindlichen Weltbildes sich ein »integralistisch denkender Katholik, ein Skin mit kahlgeschorenem Schädel sowie ein Funktionär der Bauernpartei einig« seien, nämlich daß die polnische Erde den Polen gehöre.⁴¹

40 Vgl. Rechte und rechtsradikale Strömungen in Polen, in: Osteuropa, 3/2001, S. 88 f.

41 Vgl. Wprost vom 23. November 1997, S. 27.

JOACHIM H. SPANGENBERG

Gegengift – Nachdenken über Wege in eine nachhaltige Zukunft

Inzwischen ist es 30 Jahre her, daß in der Diskussion um die Zukunft der Menschheit die Endlichkeit der Ressourcen und die Verletzlichkeit der Erde als Biosphäre bewußt gemacht und die Frage nach einem verträglichen Maß wirtschaftlicher und zivilisatorischer Entwicklung gestellt wurde. Das Jahr 1972 – mit der ersten Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt in Stockholm und dem Erscheinen des Club-of-Rome-Berichts über die »Grenzen des Wachstums« von Dennis L. Meadows und anderen – markiert den Beginn eines neuen Denkens über unsere globale Verantwortung für die Erhaltung der Existenzbedingungen des Lebens auf diesem Planeten. 1987 erreichte schließlich das Konzept der »nachhaltigen Entwicklung«, das auf den Ausgleich von ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen orientiert, eine bis dahin unbekannte Popularität. Die Befriedigung der Bedürfnisse der heute Lebenden soll demnach mit der Erhaltung von Gestaltungsspielräumen für ein selbstbestimmtes Leben nachfolgender Generationen verbunden werden – so das normative Konzept, wie es im Brundtland-Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung unter Leitung der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland formuliert wurde. Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 entwickelte daraus einen terminus politicus, ein neues politisches Paradigma. In der hiesigen Debatte sorgte 1996 die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie für Schlagzeilen, aber auch für Kritik. Nun liegt seit einem Jahr der im Auftrag der Hans Böckler Stiftung erstellte Abschlußbericht »Wege in eine nachhaltige Zukunft« des Verbundprojektes Arbeit und Ökologie vor. Sein Fazit lautet: »Eine sozial-ökologische Reformstrategie, die wirtschaftliche Effizienz, ressourcenschonende Produktion, umweltgerechten Konsum und soziale Gerechtigkeit miteinander verbindet, ist grundsätzlich machbar. Und sie ist mit Blick auf ökonomische, ökologische und soziale Entwicklungsmöglichkeiten sogar erfolgreicher als Entwicklungsstrategien, die sich an den Leitpunkten Kostenentlastung für Unternehmen, niedrigere Löhne und schlanker Staat orientieren.«¹

KLAUS MEIER: Warum ist das Vernünftige immer so schwer zu machen? Herr Spangenberg, Ihre wissenschaftliche Biographie, Ihr persönliches Engagement sind sehr eng mit dem Bestreben um die Verbindung von nachhaltiger Entwicklung und sozialer Verantwortung verbunden – wie fällt aus Ihrer Sicht die Bilanz aus?



Joachim H. Spangenberg – Jg. 1955;

Das Interview führte Klaus Meier im Frühsommer 2001 am Rande des Gesprächskreises *Nachhaltigkeit* der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin.

Joachim H. Spangenberg wird auf dem Workshopzyklus III der Rosa-Luxemburg-Stiftung *Nachhaltigkeit – Ökonomie und Ökologie: wirtschafts- und regionalpolitische Konzepte* am 14. und 15. September 2001 in Berlin im Konferenzsaal der Stiftung am Franz-Mehring-Platz 1 im Rahmen seines Beitrages »Nachhaltiges Wirtschaften und Wachstum« auch Ergebnisse des Verbundprojektes *Arbeit und Ökologie* vorstellen.

¹ Hans Böckler Stiftung (Hrsg.): *Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie*, Düsseldorf 2000, S. 55.

JOACHIM H. SPANGENBERG: Der ersten UN-Konferenz über Umwelt in Stockholm 1972 gingen bekanntlich einige Jahre der Diskussion voraus. Insbesondere der Wachstums- und Fortschrittsglaube der Industrienationen wurde kritisch befragt. Seinerzeit war ich noch Schüler und der festen Überzeugung, daß wir mehr Atomkraftwerke brauchen – das ist Zukunft, sauber und macht keinen Dreck. Allerdings habe ich mich bald zu einer anderen Ansicht bekehren lassen. Es waren sehr politische Zeiten – 1972 beschäftigte uns die Auseinandersetzung um Willy Brandt und seine neue Ostpolitik und politisierte weite Kreise der Bevölkerung. Ich ging in die Sozialdemokratie und blieb Mitglied bis 1999.

In dieser Zeit ist Umweltschutz von einem exotischen Randthema zum festen Bestandteil der politischen Landschaft geworden – eine institutionelle Innovation, deren Umfang und Geschwindigkeit historisch wohl einmalig ist. Bürgerinitiativen, Umweltverbände und die grüne Partei sind etablierte Teile der Zivilgesellschaft, zunehmend auch in Ostdeutschland. Bei allem Alltagsrger, rückblickend ist die Geschichte der Umweltpolitik eine Erfolgsgstory.

KLAUS MEIER: Treten wir nach 30 Jahren Umweltdiskurs nicht dennoch mehr oder weniger auf derselben Stelle, während – um im Bild zu bleiben – der Boden unter uns wegrutscht?

JOACHIM H. SPANGENBERG: Wenn man der gesellschaftlichen Diskussion glaubt, spricht einiges für diese Einschätzung. Anfang der siebziger Jahre war der Begriff »Umwelt« nur zehn Prozent der Bevölkerung bekannt (ähnlich wie heute der alltagssprachlich sperrige Begriff »Nachhaltigkeit«), aber schon zehn Jahre später bewegte das Umweltthema die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler. Ich bin als Schüler für das Thema sensibilisiert worden, und seither hat es mich als Wissenschaftler und Bürger nicht mehr losgelassen. Beruflich bin ich Biologe und Ökologe mit dem Schwerpunkt Nachhaltigkeitsforschung, ehrenamtlich arbeite ich seit über 25 Jahren in Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und entwicklungspolitischen Zusammenhängen.

Auch heute noch ist das Thema virulent – nach Meinungsfragen ist es zwar in der Priorität abgerutscht, wenn man nach den dringendsten politischen Problemen fragt, aber es behauptet unangefochten Platz 1 der Liste der langfristig wichtigsten Themen. Für die Politik heißt das, daß man mit dem Thema Umwelt keine Wahlen gewinnt. Aber man kann sie durchaus verlieren, wenn man das Thema nicht hinreichend ernst nimmt. Umwelt ist also kein Sieger-, aber ein ›Killer‹-Thema. Politik kann nur attraktiv und glaubwürdig sein, wenn sie die langfristig wichtigen Themen ebenso ernst nimmt wie die kurzfristig drängenden.

Umwelt ist und bleibt also ein relevantes Thema – das Mitgliederproblem der Umweltverbände liegt eher am Mangel an Nachwuchs bei Führungskräften denn am Mitgliedermangel (sie wachsen immer noch, aber langsamer als vorher und in Ostdeutschland mit einer verbreiteten Abneigung gegen Großorganisationen auf niedrigem Niveau). Viele junge Menschen halten Umweltschutz heute für so selbstverständlich, daß es altmodisch scheint, sich hier zu engagieren

(der Geschlechtergerechtigkeit geht es ähnlich). Das heißt aber nicht, daß sie jede ökologische Missetat billigen würden, im Gegenteil: Die Verweigerung von Selbstverständlichkeiten erzeugt eine besondere Verärgerung, die Grundlage der eben genannten Charakteristik als ›Killer‹-Thema ist.

Weitaus mehr Resonanz findet man bei jungen Menschen, wenn man nicht über vermeintliche Selbstverständlichkeiten wie Umweltschutz redet, sondern über die Verbindung von wirtschaftlichem Wohlergehen, sozialer Sicherheit und gesunder Umwelt, wie wir es im Verbundprojekt *Arbeit und Ökologie* getan haben. Das weckt Interesse, aber dieses Interesse findet im politischen Raum bisher keinen glaubwürdigen Vertreter oder Ansprechpartner.

KLAUS MEIER: Wie kam es zu diesem in seiner Art doch bislang einmaligen Verbundprojekt?

JOACHIM H. SPANGENBERG: Auftraggeber war die *Hans Böckler Stiftung* des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das ist insofern wichtig, weil der DGB als Dachverband nicht allein über die Forschungsförderung der Stiftung entscheidet, sondern auch Vertreter der IG Metall, der ÖTV (heute ver.di), der IG Bau, der IG Chemie usw. wirken mit. Diese Einzelgewerkschaften haben verständlicherweise ihre spezifischen politischen Positionen und Erfahrungen, die sie in so ein Projekt einbringen möchten, so daß wir von fachlicher wie auch politischer Seite mit hinreichend Informationen und Positionen ›gefüttert‹ wurden. Der Abschlußbericht konnte nicht in allen Teilen Konsens erzielen und macht in einigen Punkten – zum Beispiel bei der Grundsicherung, bei der Materialeinsatzsteuer und beim Niedriglohnsektor – sehr deutlich, wo Unterschiede liegen. Aber es ist schon äußerst bemerkenswert, daß bei einem so breiten Spektrum der beteiligten Disziplinen sowie gewerkschaftlichen Standpunkten und Intentionen doch ein umfassender gemeinsamer Kern eines strategischen Konzepts der Zukunftsfähigkeit herausgearbeitet werden konnte. Er kann bei allen Differenzierungen eine verbindende Grundlage für das gemeinsame politische Handeln unterschiedlichster Akteure sein.

Zur Vorgeschichte nur soviel: 1996 wurde die viel beachtete Studie *Zukunftsfähiges Deutschland* veröffentlicht.² Weniger beachtet ist die Tatsache, daß diese nur eine von 29 nationalen Studien in Europa war. Die wiederum gingen zurück auf die europaweite Studie *Sustainable Europe*³, die 1993/94 im Wuppertal Institut im Auftrage des größten europäischen Umweltverbands, in Deutschland vertreten durch den BUND, erarbeitet wurde. Entscheidend war, daß, wo auch immer diese Untersuchungen durchgeführt wurden – von Portugal bis Georgien und von Norwegen bis Malta –, sich die Beteiligten dem gemeinsamen Ziel nachhaltiger Entwicklung verpflichtet fühlten. Dabei muß man bedenken, daß im Osten der Systemkollaps unmittelbar vorausgegangen war und riesige wirtschaftliche und soziale Probleme auftauchten. Es war für mich spannend zu erleben, daß Vertreter aus Osteuropa gerade deshalb mit uns über Nachhaltigkeit reden wollten, weil sie jenseits einer dem Westen nacheifernden Politik nach einem neuen tragenden Ideengebäude für die Zukunft

2 BUND/MISEREOR (Hg.): *Zukunftsfähiges Deutschland*, Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Berlin/Basel 1996.

3 Vgl. Spangenberg, Joachim H. (Hg.): *Towards Sustainable Europe. A Study from the Wuppertal Institute for Friends of the Earth Europe*, Luton/Brussels 1995.

4 Vgl. OECD: Analytic Report on Sustainable Development, SG/SD(2001)1, Paris 2001.

5 Vgl. Spangenberg, Jo-achim H.: Environmental Space Calculations for Central Asia, UNDP Central Asia Sustainability Project, Almaty 2000.

suchten. Das einzige, was ihnen en gros angeboten wurde, war das neoliberale Weltbild. Aber innerhalb dieser neoliberalen Konzeption ist die soziale Dimension kaum noch denkbar, sie kommt als eigenständige Zielkategorie nicht mehr vor, lediglich ihre ökonomischen Auswirkungen werden betrachtet.⁴ Schon allein die Tatsache, daß wir zeigen konnten, bei uns kommt sie nicht nur vor, sondern ist von zentraler Bedeutung, hat viele bewogen, sich zu engagieren. Bis hin zu Ministern und stellvertretenden Ministerpräsidenten wurde uns bestätigt: Das ist eine Art Gegengift zu dem, was die Experten vom *Internationalen Währungsfonds* uns jede Woche predigen.

KLAUS MEIER: Haben die Aktivitäten im Osten eine Fortsetzung gefunden?

JOACHIM H. SPANGENBERG: Ja, in den verschiedensten Formen. So bekam ich vor einiger Zeit einen Anruf von einem Kollegen, der zum ukrainischen Fachteam gehört hatte und dann Leiter des Büros der UNDP, also des UN-Entwicklungsprogramms, in Zentralasien war. Die damals gemeinsam entwickelten Konzepte hat er zwischenzeitlich in Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan angewandt, um nachhaltigkeitsorientierte Entwicklungsprozesse zu fördern. Ich habe die Kollegen vor Ort besucht und auch Studien für ihn gemacht; die Ergebnisse sind jetzt dokumentiert.⁵ Es sind dort Meßverfahren für den Umweltverbrauch in ariden Regionen (zum Beispiel der Trockenzone des Aralseebeckens) entwickelt worden und von einigen Regierungen (beispielsweise in Kirgisistan) wurden sie bereits in die nationalen Systeme der Umweltberichterstattung aufgenommen. Im Mai 2001 ist dieses Projekt als Beispielfall vor den Vereinten Nationen präsentiert worden und hat Resonanz gefunden. So gibt es unter anderem ein Netzwerk von Hochschulen in den fünf Ländern, zu deren Staatsgebiet Teile der Amazonasregion gehören, und die die zentralasiatischen Methoden und Erfahrungen in regional angepaßter Form bei sich umsetzen wollen.

KLAUS MEIER: Solche konkreten Projekte geben doch einigen Anlaß zur Hoffnung. Wie ordnet sich in diesem Kontext das Unternehmen des Verbundprojekts Arbeit und Ökologie ein?

JOACHIM H. SPANGENBERG: Auf der gesellschaftlichen Oberfläche dominiert natürlich die große Strömung in Richtung Neoliberalismus. Viele haben versucht, in vielerlei Weise dagegen anzugehen. Und jeder, der das versucht hat, wird sagen, er war nicht sonderlich erfolgreich. Aber man kann in sehr vielen Bereichen auch gegenläufige Bewegungen sehen. Meine größte Befürchtung ist, daß das Menschenbild, das mit dem neoliberalen Konzept einhergeht, das Konzept des nutzenmaximierenden, egoistischen, rücksichtslosen, ökonomisch denkenden Individuums – des *homo oeconomicus* – ohne soziale Bindungen und Verantwortung mehr und mehr in die Selbstwahrnehmung der Menschen einfließt. Je weiter dieser Prozeß voranschreitet, desto weniger ist der einzelne, ist die Gemeinschaft in der Lage, irgendeine gesellschaftspolitische Vision zu entwickeln,

die etwas mit Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft zu tun hat. Dann zählt nur noch der Ellenbogen.

Doch zurück zum Verbundprojekt. Bei der angeführten europäischen Studie habe ich von Anfang an darauf insistiert, die soziale Dimension hineinzunehmen und in diesem Zusammenhang auch die Kollegen vom *Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung* (WZB) gewinnen können, sich mit der Rolle der Arbeit in einer Nachhaltigkeitsstrategie – ein damals neues Thema – zu beschäftigen. Das war Grundlage für Gespräche mit Gewerkschaftern über die Frage, wohin führt das Konzept Nachhaltigkeit und wie verhält es sich mit seinen gesellschaftlichen Trägern, insbesondere mit den Gewerkschaften, ohne deren Beteiligung eine Nachhaltigkeitsstrategie nicht funktionieren kann.

Zwischenzeitlich wurde die Studie *Zukunftsfähiges Deutschland* veröffentlicht, die dieses Thema unter primär ökologischen Vorzeichen behandelte. Es gab die bekannte Kritik der Gewerkschaften daran – aus guten Gründen. Daraufhin haben wir auf der Grundlage der etwas älteren europaweiten Studie mitdiskutiert, was denn jetzt in und für Deutschland auf diesem Feld getan werden müsse. Zeitgleich hat die damalige stellvertretende Vorsitzende des BUND, *Angelika Zahrt*, seinerzeit Auftraggeberin der Studie, den DGB-Vorstand angesprochen, ob man nicht mehr in Richtung auf die soziale Komponente nachhaltiger Entwicklung tun könnte.

Das alles zusammen hat schließlich dazu geführt, daß das WZB und das *Wuppertal Institut* zusammen mit dem *Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung* in Berlin einen gemeinsamen Projektvorschlag vorgelegt haben, auf dessen Basis dann von der *Hans Böckler Stiftung* die Studie *Arbeit und Ökologie* als interdisziplinärer Projektverbund an die drei Institute vergeben wurde.

KLAUS MEIER: Stichwort Transdisziplinarität – welche Erfahrungen gab es mit Forschungsdesign und Forschungspraxis?

JOACHIM H. SPANGENBERG: Transdisziplinarität heißt, daß man nicht nur auf vorgegebene Fragen parallel nach Antworten sucht, sondern bereits die Forschungsfragen gemeinsam erarbeitet. Und da beginnt das Problem der Arbeitsteilung und des wechselseitigen Verstehens. Schnell stellt man fest, daß das, was die anderen Disziplinen beispielsweise über Soziales sagen, sich nicht mit dem deckt, was die Sozialwissenschaften darunter verstehen. Warum? Weil, um die Ökonomie zu nehmen, diese einen Begriff von Sozialem hat, der sich auf ökonomisch meßbare Merkmale beschränkt. Unter dieser Optik sehen Dinge eben anders aus, als wenn man Lebensqualität breiter definiert. Den Ökologen wiederum wird mangelnde ökonomische Kompetenz vorgeworfen, denn die Ökonomie hat ihre Vorstellung, was ökologisch richtig ist – nämlich das, was sich nach Kosten-Nutzen-Analysen rechnet. Das heißt aber, daß die Ökonomen eben nur das berücksichtigen, von dem der Preis heute schon bekannt beziehungsweise abschätzbar ist, und so sind sie kaum in der Lage, Zukunftsschäden vernünftig einzubeziehen. Es gibt einen kaum zu übersehenden Hegemonialanspruch des ökonomischen Denkens. Das merkt man auch dem Text des Abschlußberichtes an.

Immer, wenn es zu keinem disziplinübergreifenden Konsens kam, hieß die Sprachregelung, »aus ökologischer Sicht ist das so, aus soziologischer Sicht ist es so«, die »normale« Sicht war mithin die der Ökonomie. Das ist den Ökonomen mittlerweile in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie normbesetzend auftreten; die Offenheit für die Grenzen der eigenen Disziplin ist ihnen verlorengegangen – die Attitüde einer Herrschaftswissenschaft.

KLAUS MEIER: Wir haben es hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit menschlicher Lebensweisen mit einem gordischen Knoten zu tun, der Unvereinbarkeit von nachhaltiger Entwicklung und dem Diktat neoliberaler Logik gesellschaftlichen Handelns. Diese Logik muß durchbrochen werden, nur die Frage ist, wie?

JOACHIM H. SPANGENBERG: Mit der Nachhaltigkeit kommt ein Leitbild in die Diskussion, das einen anderen Zugang notwendig macht. Mit einer ökonomistischen Verengung der Sicht lassen sich viele Fragen nicht mehr sinnvoll stellen und beantworten. Unter Soziologen heißt es, ein Leitbild ist so etwas wie der Fluchtpunkt von Machbarkeitserwartung und Wünschbarkeit. Es muß also Realisierungschancen haben, aber eben auch einen utopischen Gehalt. Ein Leitbild ist handlungsorientierend, zukunftsweisend usw. usf., und es wirbt mit Argumenten um Unterstützung. Genau das zeichnet den Begriff der Nachhaltigkeit aus; er ist ein sehr komplexes Bild, das aus vielen Leitbildern zusammengesetzt ist. Aber jedes dieser Leitbilder befragt und zieht in Zweifel, das, was die neoliberale Logik ausmacht – freie Märkte, vollständige Information, selbststüchtige Individuen.

Das Rentensystem beispielsweise wird gegenwärtig auf der Basis dieser Philosophie von Grund auf neu organisiert. Widerstand dagegen zu organisieren hat mit dem Problem zu tun, daß die neoliberale Welt- und Menschensicht nicht mehr nur ein Leitbild, sondern inzwischen zu einer Norm erstarrt ist. Normen sind Leitbilder, die derart dominant und hegemonial geworden sind, daß sie nicht mehr begründungspflichtig erscheinen. Und jeder von uns, der beginnt, Fragen zu stellen, will unter anderem erreichen, daß die Neoliberalen nicht umhin können, wieder Begründungen zu geben. Sobald sie dazu gezwungen sind, wird man merken, wie schwach ihre Argumente sind. Und deshalb wird jeder Kritiker verteufelt – Gott sei Dank sind Verbrennungen heute passé. Es werden aber hochemotionale Diskussionen geführt, weil zu Recht befürchtet wird, man wolle den heiligen Tempel des Neoliberalismus einreißen und die Leute auf eine Ebene holen, wo man mit ihnen überhaupt auf gleicher Augenhöhe diskutieren kann und die besseren Argumente zählen. Sobald das gelungen ist, wird sich vieles bei uns ändern.

Spannend ist die Tatsache, daß sich unsere und andere europäische Regierungen die Terminologie von Nachhaltigkeit zu eigen machen, daß sie kleinere Schritte in Richtung Mitbestimmung gehen, daß beispielsweise die englische Regierung unter *Toni Blair* die Armutsbekämpfung wieder in den Vordergrund gestellt hat. Das zeigt doch nur, daß wir in einer Phase sind, wo die von den Regierenden aller europäischen Länder forcierte neoliberale Politik nicht von der Bevölkerung im Großen und Ganzen geteilt wird. So sehen sie sich ge-

zwungen, eine Camouflage zu betreiben und Begriffe zu besetzen und Kompensationsmaßnahmen vorzuschlagen, weil ihre Politik in Reinkultur keine Mehrheit findet. Deshalb ist es so wichtig, die politische Dimension des Nachhaltigkeitsprozesses zu kommunizieren, damit die Leute erkennen, daß dieses ein Konzept ist, das zu mehr Lebensqualität führt und nicht zu weniger. Und zu dieser Lebensqualität gibt es nur eine Alternative – die kalte Gesellschaft des Neoliberalismus, die derzeit unter fremder Verwaltung steht, nämlich unter der von Herrn *Gerhard Schröder*.

KLAUS MEIER: Die wohl zentrale Schlußfolgerung des Verbundprojektes ist, daß sowohl die vorgeschlagenen Optionen einer ökonomisch-sozialen als auch einer ökologisch-sozialen Reformstrategie allemal mehr Zukunftsfähigkeit versprechen als das Kontrastprogramm der Kostenentlastung der Unternehmen durch niedrige Löhne und weniger Staat – also dem »weiter so wie bisher«?

JOACHIM H. SPANGENBERG: Die vorherrschenden neoliberal beeinflussten Politikmuster in Europa und insbesondere den USA laufen darauf hinaus, mit einigen eher kosmetischen Verbesserungen die Entwicklung der Volkswirtschaften auf dem schlechtestmöglichen Weg zu halten. Sowohl ein ökologisch inspiriertes Umwelt-Entlastungsszenario wie ein keynesianistisch inspiriertes Wachstums-szenario bringen bessere Ergebnisse, sozial und ökologisch wie auch ökonomisch.

Die Machbarkeit von Alternativen zu prüfen war das Kernanliegen unserer Studie: wie bringt man etwa die Arbeitslosigkeit runter, wie kann man die Umweltbelastung signifikant senken und wie macht man das Ganze langfristig durchhaltbar – verbunden mit einer Wirtschaftspolitik, die die Tragfähigkeit des Staates nicht überlastet, also keine unbegrenzte Verschuldung im Gefolge hat.

Wir haben bei der Modellierung der unterschiedlichsten Szenarien festgestellt, daß man diese Ziele nur erreichen kann, wenn man in fünf Handlungsfeldern gleichzeitig und abgestimmt initiativ wird, indem man:

Erstens auf umfassende Innovation setzt, spricht nicht nur auf technische Innovationen, sondern auch auf soziale Innovationen wie Partizipation, Mitbestimmung und Selbstorganisation, sowie auf institutionelle Innovationen, die zum Beispiel für einen modernen, effektiven aber handlungsfähigen Staat sorgen. Nicht nur Forschung und Entwicklung, sondern auch Geschlechtergerechtigkeit und direkte Demokratie sind insofern unverzichtbare Bestandteile einer nachhaltigen Entwicklung.

Zweitens müssen Rahmenbedingungen gesetzt werden, die uns beispielsweise über Grenzwerte, ökologische Steuern und Subventionsumbau in die Lage versetzen, ein ökologisches Umsteuern herbeizuführen. Die meisten hier relevanten Instrumente sind wohl bekannt, werden aber nicht konsequent eingesetzt (siehe die Ökosteuer der Bundesregierung) oder gar verteufelt (siehe das auch weiterhin unverzichtbare Ordnungs- und Planungsrecht).

Drittens kann ein solcher tiefgreifender Wandel nicht ohne eine soziale Grundsicherung gestaltet werden. Man braucht sie, weil sich

durch eine ökologisch orientierte Modernisierung neue Lernzweige ergeben. Alte Wissenstatbestände werden entwertet und selbst dann, wenn der einzelne nicht arbeitslos wird, oder wenn mehr Leute neue Arbeit bekommen als alte Arbeit verloren geht, ist es ein Strukturwandel, der einen erheblichen gesellschaftlichen Streß auslöst. Das ist zwar nicht mehr Streß, als das »weiter so« auch auslösen würde. Aber wenn man die Bürger für ein ökonomisch-ökologisch-soziales Umsteuern gewinnen will, muß man schon begründen, warum man das tut und welche Umstellungen und Belastungen man dabei rechtfertigen kann. Dieser unvermeidliche Streß ist für die Gesellschaft nur durchzuhalten, wenn man den Menschen ehrlicherweise vermitteln kann, es bedeutet am Ende nicht weniger sondern mehr Lebensqualität, Einkommen und soziale Sicherheit. In unserem Szenario steigt das materielle Einkommen innerhalb der nächsten 20 Jahre etwas über ein Drittel, während die Arbeitszeit gleichzeitig auf rund 30 Stunden pro Woche sinkt. Für diejenigen in der Bevölkerung, die am unteren Ende der sozialen Skala stehen, ist nach unseren Berechnungen zusätzlich eine Grundsicherung (in unserem Szenario ein Mindesteinkommen) in einer Höhe finanzierbar, die deutlich über der Armutsschwelle liegt. Es muß in einem so reichen Land wie Deutschland niemand mehr arm sein. Wenn man eine materielle Grundsicherung garantiert, wenn die Angst davor, in Armut zu fallen, wenn die Angst vor Dauerarbeitslosigkeit genommen werden kann, dann kann man den Leuten auch vermitteln, was sie mit nachhaltiger Entwicklung gewinnen können: »Du gewinnst eine gesunde Zukunft für deine Kinder und der Preis dafür ist, daß dein Einkommen etwas langsamer wächst, als es das könnte, wenn dir die soziale und ökologische Umwelt egal wäre«. Und ich glaube, daß bei einer Wertentscheidung zwischen 40 Prozent (Kostensenkungsszenario) oder 30 Prozent Einkommenszuwachs (ökologisch-soziales Szenario), wenn man bei letzterer dafür soziale Sicherheit und eine gesunde Zukunft garantieren kann, die Mehrheit der Bevölkerung diesem Konzept zustimmen würde.

Viertens haben wir festgestellt, daß man die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland nicht beseitigen kann, solange man nicht bereit ist, strategisch auf Arbeitszeitverkürzung zu setzen. Es gibt Leute, die vom Wachstum durch neue Technologien und ähnliches in dieser Hinsicht viel erwarten, aber das ergibt letztlich nur einige hunderttausend zusätzliche Arbeitsplätze. So bliebe nur übrig, bis 2020/2030 zu warten, wenn aufgrund der Altersentwicklung die Arbeitslosigkeit sowieso herunter geht.

Wer vorher etwas erreichen will, muß dafür sorgen, daß man über die Wachstumsförderung hinaus Maßnahmen ergreift, und da gibt es im wesentlichen nur die Arbeitszeitverkürzung in den verschiedensten Formen. Ich bin dabei der Auffassung, daß eine reguläre Wochenarbeitszeitverkürzung der wirksamste Weg ist.

Hinzu kommen müssen spezifische Formen der Arbeitszeitverkürzung für Menschen in speziellen Berufsgruppen und Lebenssituationen, zum Beispiel für Leute, die Kinder erziehen wollen – »Familienzeit« –, oder für Leute im Lehrer- und akademischen Bereich beispielsweise »Sabbaticals«, also arbeitsfreie Halbjahre oder Jahre, verbunden mit Fortbildung und Qualifikation. Besonders wichtig ist

uns eine größere Durchlässigkeit zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Arbeit für die Gesellschaft und ehrenamtlicher Tätigkeit – von Pflege bis Naturschutz. Wir hoffen sehr, daß irgendwann Wirtschaft und Verwaltung (an)erkennen, daß jemand, der vier, fünf oder mehr Jahre Kinder in der Familie groß gezogen hat, auch eine Sozialkompetenz entwickelt hat, die dieser Person, meistens sind es ja Frauen, ausgesprochen gut zupasse kommt, wenn sie zum Beispiel eine Bankfiliale leiten soll. In Schweden war es so, als dort große Bankkonzerne umstrukturiert und die Funktionen der Filialen geändert wurden, sind erhebliche soziale Spannungen aufgetreten. Also hat man gezielt Frauen mit Erfahrung als Filialleiterinnen eingesetzt – mit gutem Erfolg. Die Bedeutung dieser Sozialkompetenz nicht nur für das gesellschaftliche Zusammenleben, sondern auch für die Produktivität der Wirtschaft wird bei uns noch völlig unterschätzt. Diese geringe gesellschaftliche Wertschätzung wird dann auch in dem Lohnniveau deutlich, das für Tätigkeiten gezahlt wird, die eher soziale als technische Kompetenz verlangen. Daß heutzutage jemand, der Autos repariert, als Kfz-Mechaniker pro Stunde doppelt so viel bekommt, wie jemand, der Menschen repariert, als Krankenschwester, verweist auf einen Fehler in der ökonomischen Struktur, der in einer alternden Gesellschaft höchst bedenklich ist. Auch die weitgehende Chancenlosigkeit von älteren Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt hat damit zu tun, daß die von ihnen erworbenen Kompetenzen nicht honoriert werden.

Zur Rolle der Nichterwerbsarbeit noch ein Hinweis: Wir haben eine kleine Nachfolgestudie⁶ vorgelegt, in der sich gezeigt hat, daß wir heute schon rund ein Drittel unseres Lebensstandards der Tatsache verdanken, daß andere unbezahlte Arbeit für uns leisten, wenn man die ganze Palette der unbezahlten Dienstleistungen berücksichtigt, von Pflege bis Versorgung und Freizeit. Ein Drittel unseres Wohlstandes wird also gar nicht von den Bruttosozialproduktexperten erfaßt, denn sie erfassen ja nur, was in D-Mark und Euro über den Schalter geht. Angewandt auf unsere Szenarien zeigt diese Analyse, daß selbst im Kostensenkungsszenario im Jahre 2020 die Hälfte des Wohlstandes aus nicht bezahlter Arbeit kommen wird, in den beiden Nachhaltigkeitsszenarien sogar zwei Drittel.

Daraus ergeben sich ganz neue Herausforderungen für politische Gestaltung, um die sich heute noch keine Partei vernünftig kümmert. Was für eine Unfall- und Sozialversicherung gibt es beispielsweise für ehrenamtliche Tätigkeit? Wie kann man dafür sorgen, daß Mindeststandards für Arbeitssicherheit und Arbeitsqualität eingehalten werden? Welche Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten gibt es im unbezahlten Sektor? In den Gewerkschaften sollte es dann Vertrauensleute für unbezahlte Arbeit geben – eine ungewohnte Vorstellung. Die Erwerbsarbeit prägt zwar nach wie vor (und noch auf lange Zeit) Sozialstrukturen und Verhaltensmuster, aber ihre quantitative Dominanz nimmt ab. Diese tiefgreifende Umstrukturierung unserer Lebenswelt läßt sich bereits in vieler Hinsicht erkennen, aber die gesellschaftlich entscheidenden Akteure haben sich noch nicht auf diesen Wandel eingerichtet.

Fünftens und *letztens*, nachhaltiger Konsum gehört mit zur nachhaltigen Entwicklung. Das heißt unter anderem, daß Konsum sozialverträglich werden muß, also zum Beispiel nicht auf Kinderarbeit

6 Vgl. Spangenberg, Joachim H., Lorek, Sylvia: Lebensstandardmessung einschließlich nichtmarktlicher Dienstleistungen, Studie für das Wissenschaftszentrum NRW, Gelsenkirchen/Wuppertal 2001.

aufbaut. Es heißt auch, die »Konsumarbeit« gerechter zwischen den Geschlechtern zu verteilen, oder Produkte aus fairem Handel zu kaufen. Da man aber nicht erwarten kann, daß die Menschen aus ethisch-moralischen Gründen ökonomische Überlegungen außer acht lassen, ist eine sozial-ökologische Steuerreform so wichtig: was umwelt- und sozialverträglicher ist, darf – anders als heute – nicht teurer sein.

Heute können sich im wesentlichen die Besserverdienenden einen qualitativ hochwertigen umweltgerechten Konsum leisten. Allerdings tun das im wesentlichen die Bildungsbürger der gehobenen Mittelschicht, der Konsum der Reichen ist weitaus umweltbelastender als der des Bevölkerungsdurchschnitts.⁷ Insofern müssen wir auch weg von der Situation, daß die Konsummuster der Reichen das Leitbild für die darunter liegenden Einkommensgruppen darstellen.

7 Vgl. Spangenberg, Joachim H., Lorek, Sylvia: Reichtum und Umwelt, in: Rilling, R. (Hg.): Reichtum in Deutschland, Münster 2001.

KLAUS MEIER: Herr Spangenberg, Sie sind ja schon einige Zeit auf Rundreise und haben die Ergebnisse der Studie bei unterschiedlichen Gelegenheiten vorgestellt. Wie schätzen Sie die Resonanz vor allem bei gesellschaftlichen Akteuren und politischen Interessenvertretern ein; sind bereits Wirkungen hinsichtlich Problemverständnis, Programmatik und im politischen Handeln erkennbar?

JOACHIM H. SPANGENBERG: Die Mehrzahl der Präsentationen hatten wir bei Gewerkschaften. Die IG Bau zum Beispiel will die Ergebnisse in ihre weitere Grundsatzprogrammdebatte einbringen. Auch die IG Metall, die eine Zukunftsdebatte angestoßen hat, nimmt dieses Projekt ernst und will es nutzen. Die IG Bergbau, Chemie, Energie nähert sich den Schlußfolgerungen wohl eher selektiv, sie mögen so manche Vorschläge wie etwa die Ökosteuer nicht. Wir allerdings sagen, es geht nicht ohne. Auch die jetzt in ver.di zusammengeschlossenen Gewerkschaften (insbesondere ÖTV und IG Medien) haben Interesse an der Studie gezeigt. Sie leiden allerdings unter dem Problem, daß viele inhaltliche Debatten vertagt wurden, weil alle Kapazitäten vom Strukturprozeß der Vereinigung absorbiert waren.

Wir haben inzwischen Voranfragen bekommen, in Vorbereitung eines Programmgewerkschaftstages mit ihnen zu diskutieren, welche Einsichten und Konsequenzen sich aus der Studie für diese nun größte Einzelgewerkschaft ergeben könnten. Alles spricht dafür, das unsere Ergebnisse in die künftige Programmdiskussion der Gewerkschaften als eine wichtige Basisinformation eingehen werden. Das hatten wir gehofft, schließlich waren wir ja beauftragt, Orientierungswissen für die Konkretisierung der sozialökologischen Reformstrategie der Gewerkschaften zu liefern. Wie dieses Wissen letztlich verarbeitet wird und in welcher Form es in die gewerkschaftliche Willensbildung einfließt, ist selbstverständlich eine Sache der Gewerkschaften, nicht der Wissenschaft.

Eine andere wichtige gesellschaftliche Gruppe sind insbesondere in Westdeutschland die Kirchen. Die evangelischen Akademien in Loccum, Iserlohn, Mülheim und Tutzing haben das Thema aufgegriffen, die *Katholische Arbeiterbewegung* veranstaltet eine Tagung dazu, Experten der Kirchen haben Beiträge zur Szenarienentwick-

lung geliefert. Auch in diesem Umfeld fallen die Anregungen der Studie auf fruchtbaren Boden.

Inzwischen waren wir auch bei politischen Stiftungen – so der *Friedrich-Ebert-Stiftung*, der *Heinrich-Böll-Stiftung* und nun auch im Gesprächskreis Nachhaltigkeit der *Rosa-Luxemburg-Stiftung*. Die englische Übersetzung der Studie⁸ wird in Brüssel gemeinsam vom *Europäischen Gewerkschaftsinstitut*, der *Friedrich-Ebert-* und der *Heinrich-Böll-Stiftung* vorgestellt.

Es ist bereits verschiedentlich Interesse aus Parteien hinsichtlich entsprechender Unterlagen und Diskussionsbeiträge signalisiert worden, so von Mitgliedern der Grundsatzkommissionen von SPD und Grünen. Der Bezirk Hessen-Süd der SPD hat eine eigene Fachtagung zum Thema durchgeführt. Das zeigt, daß diejenigen versprengten Aktiven, die sich in den Parteien noch um grundsätzliche Perspektiven bemühen und unser Projekt schon entdeckt haben, zunehmend darauf reagieren. Ich bin optimistisch, daß wir so viel Qualität geliefert haben, daß sie etwas damit anfangen können. Allerdings weiß ich nicht, welche Chance sie haben, sich gegen die hemdsärmeligen Pragmatiker der programmfreien Zukunftsgestaltung in irgendeiner Form durchzusetzen.

2002 wird die Zehnjahresbilanz nach Rio zu ziehen sein und die Rot-Grüne-Regierung – mit einigen Hoffnungen auf diesem Feld angetreten – wird sich auch im Lichte der Ergebnisse unserer Studie der Kritik stellen müssen. Sozial-ökologische Nachhaltigkeit ist machbar, das haben wir gezeigt, und das ist die Herausforderung an eine Politik, die – trotz aller Lippenbekenntnisse – Nachhaltigkeit noch längst nicht zu einer handlungsorientierenden Perspektive gemacht hat.

8 Vgl. Hans Böckler Stiftung (ed.): *Pathways to a Sustainable Future*, Düsseldorf 2001.

STEFAN WOGAWA

Nachhaltigkeit statt Wachstumseuphorie – Eine Kritik aus gegebenem Anlaß



Stefan Wogawa – Jg. 1967; Dipl.-Ing.-Päd., M. A., studierte Soziologie in Jena, arbeitet in mehreren Forschungsprojekten zu Struktur und Beschäftigungspotentialen thüringischer Industriebranchen und ist seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter für Arbeitsmarktpolitik bei der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag.

1 Busch, Ulrich/Anja Schneider (2001): Viel Konsum, aber wenig Wachstum. Zu den Wirkungen der Transferzahlungen, in: UTOPIE kreativ, Nr. 127 (Mai 2001), S. 416-426.

2 Ebenda, S. 426.

3 Ebenda, S. 424.

4 Ebenda, S. 426.

5 Vgl. Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt-Thüringen (Hg.) (2001): Arbeitsmarkt Sachsen-Anhalt und Thüringen April 2001, Presseinformation 20/2001, Halle/Saale.

Den West-Ost-Transferzahlungen, ihren Wirkungen und ihrer Zukunft widmen sich *Ulrich Busch* und *Anja Schneider* in der Rubrik *Gesellschaft – Analysen & Alternativen* im Maiheft von *UTOPIE kreativ*¹. Das Thema hat, zugegeben, Konjunktur. Im Rückblick auf die zehn vergangenen deutsch-deutschen Jahre und angesichts der Verhandlungen um den Solidarpakt II und der bevorstehenden EU-Osterweiterung rumort es allerorten: Von Thüringens Ministerpräsident *Bernhard Vogel* bis zur PDS, vom blassen »Ost-Beauftragten« der Bundesregierung *Rolf Schwanitz* bis zum unvermeidlichen *Lothar Späth* gibt es Vorschläge zuhauf und von den diversen Wirtschaftsforschungsinstituten sowieso – wahre Legionen von Ideen wälzen sich über (offene) Brief-, Tageszeitungs-, Zeitschriften- und Buchseiten.

»Ein transferunabhängiges Wachstum von Beschäftigung und Einkommen läßt sich nur auf der Grundlage von Produktivitätssteigerungen und wirtschaftlichem Wachstum erreichen«², lautet recht apodiktisch das Fazit von *Busch* und *Schneider* zur Beschäftigungssituation Ost, die sie immerhin zu »den kompliziertesten und bisher am wenigsten gelösten Problemen der deutschen Einheit«³ zählen. Ganz ähnlich klingt ihr generelles Resümee: »Was Ostdeutschland braucht, ist ein Programm zur Wirtschaftsentwicklung, das eine Innovationsoffensive in Gang setzt«⁴.

Man liest die Worte und ist verstimmt. Denn *erstens* sind die Schlußfolgerungen der Autoren, mit Verlaub gesagt, etwas dürftig und liegen voll auf der Linie des konventionellen, klassischen Wirtschaftsliberalismus. Analyse ja, aber Alternativen – leider Fehl-anzeige. *Zweitens* und wahrscheinlich viel wichtiger: Die Schlußfolgerungen der Autoren sind problematisch, wenn nicht gar falsch.

Bleiben wir beim Bereich der Beschäftigung. Quantitativ gesehen hat die Massenarbeitslosigkeit ein solches Ausmaß erreicht, wie es seit der großen Weltwirtschaftskrise 1929/1932 nicht mehr erreicht wurde. Zum Beispiel waren in Thüringen im April 2001 über 197 000 Menschen offiziell als arbeitslos registriert.⁵ *Busch* und *Schneider* weisen zu Recht (wenn auch nur implizit) darauf hin, daß die Unterbeschäftigung viel größer ist als die registrierte Arbeitslosigkeit. Schätzungen für Thüringen liegen bei weit über 400 000 Betroffenen. Gleichzeitig werden etwa 957 000 Beschäftigte in Thüringen gezählt.⁶ Zieht man davon die 87 000 in der öffentlichen Verwaltung arbeitenden ab, bleiben 870 000 in der Wirtschaft. Die ist, wie in den anderen ostdeutschen Ländern auch, vor allem klein- und mittelbetrieblich strukturiert.

Mit welchem Wirtschaftswachstum sollen die Unterbeschäftigten integriert werden? Um alle Arbeitslosen aufzunehmen, müßte die Wirtschaft insgesamt um fast 50 Prozent wachsen! Aber auch wenn es nicht gleich Vollbeschäftigung sein soll, funktioniert es trotzdem nicht. Hier zeigt sich nicht zuletzt die völlige Untauglichkeit eines einseitigen Verständnisses von Arbeitsmarktpolitik als »Brücke in den ersten Arbeitsmarkt«, womit ausschließlich Wirtschaftsunternehmen gemeint sind. Selbst wenn eine sinkende Zahl von Erwerbspersonen, das mit dem Ankommen der geburtenschwachen Jahrgänge auf dem Berufsausbildungs- und Arbeitsmarkt tatsächlich zu erwarten ist, berücksichtigt, und selbst wenn der Ersatzbedarf der Firmen mit überalterten Belegschaften in Rechnung gestellt wird, bleibt ein solches Ziel völlig unrealistisch.

Eine historische Analyse zeigt zudem, daß es völlig unrealistisch ist, auf ein Zurückkehren hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten zu hoffen, die einen merklichen Beitrag zur Lösung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt leisten könnten. Der Soziologe *Burkart Lutz* verweist in einer bemerkenswerten Studie darauf, daß seit den achtziger Jahren »die Wachstumsimpulse verbraucht sind, aus denen offenkundig die historisch beispiellose Prosperität der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Schubkraft bezogen hatte«⁷. Auch die Volkswirte *Karl Georg Zinn* und *Norbert Reuter* thematisieren die Wachstumsgrenzen reifer Ökonomien.⁸ Außerdem wird in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktforschung nahezu einhellig auf die Entkopplung von Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, die sich im Phänomen des »*jobless growth*« manifestiert, verwiesen. Ein Grund ist, daß die Stundenproduktivität schneller wächst als die gesamtwirtschaftliche Produktion. Angesichts der gegenwärtigen und zu erwartenden hohen Unterbeschäftigungsquoten in Ostdeutschland »stellt sich die Frage, ob es überhaupt möglich ist, eine Arbeitsplatzlücke dieser Dimension abzubauen«⁹. Und nicht zu vergessen: Darüber hinaus bleibt zu fragen, ob hohe Wachstumsraten ab einer bestimmten Intensität aus ökologischen Gründen überhaupt wünschenswert sind.

Auch der Verweis der Autoren *Busch* und *Schneider* auf die Produktivität ist bei näherer Betrachtung nicht ohne Tücken. Gerade arbeitsorganisatorische Veränderungen und Rationalisierungen sind sehr häufig mit Entlassungen verbunden – die Produktivitätssteigerungen kosten also in der Regel Arbeitsplätze, wenn sie nicht auch zu Produktionssteigerungen führen. Eine äußerst fragwürdige Perspektive.

Ostdeutschland bleibt, da ist *Busch* und *Schneider* uneingeschränkt zuzustimmen, weiter auf Transferzahlungen angewiesen. Die werden jedoch tendenziell abnehmen – was es dringend nötig macht, viel stärker als bisher auf spezifische Akzentsetzungen bei ihrer Verwendung zu achten. Schon zu lange wurde auf das Kopieren der vermeintlich erfolgversprechenden Wachstumspfade westlicher Gesellschaften gesetzt. Nötig sind indes echte Alternativen. Man könnte die notwendige Strategie als »qualitatives Wachstum« (ein Konzept, das bereits in der Sozialindikatorenforschung genutzt wird) bezeichnen und hier ist auch der – zugegeben arg strapazierte – Begriff der *Nachhaltigkeit* mit einigem Gewinn anwendbar. Er

6 Vgl. Sozialökonomische Strukturanalysen Berlin GmbH (Hg.): Betriebspanel Thüringen 2000. Ergebnisse der fünften Welle, Berlin, S. 12 (mimeo).

7 Lutz, Burkart (1989): Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/New York, S. 237.

8 Vgl. Zinn, Karl Georg (1994): Die Wirtschaftskrise. Wachstum oder Stagnation. Zum ökonomischen Grundproblem reifer Volkswirtschaften, Leipzig/Wien/Zürich; Reuter, Norbert (2000): Ökonomik der »Langen Frist«. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg.

9 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1995): Memorandum '95. Stärkung des Sozialstaates – Wirtschaftspolitik für Arbeit und ökologischen Umbau, Köln, S. 224.

10 Vgl. beispielsweise Hans Böckle Stiftung (Hg.) (2000): Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Düsseldorf, S. 6 ff.

11 Vgl. IAB-Kurzbericht Nr. 3/2001, S. 6 (Tabelle 2). Zu den Beschäftigungspotentialen von Teilzeitarbeit vgl. DIW-Wochenbericht, Nr. 49/2000, S. 831.

12 Vgl. Nielandt, Jörg (1998): Der Nonprofit-Sektor. Neue Perspektiven für die Gemeinwirtschaft? (Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 6/1998), Hamburg, S. 1.

13 Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschafts-politik: Memorandum '95..., a. a. O., S. 226.

14 Vgl. Lakdawalla, Da-rius/Tomas Philipson (1998): Nonprofit production and competition (National Bureau of Economic Research, Working Paper 6377), Cambridge, p. 2.

meint, wenn er nicht zu einseitig ausgelegt wird, eine Abstimmung zwischen sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen.¹⁰

Denn Alternativen müssen anders aussehen, als auf Wirtschaftswachstum zu setzen und abzuwarten. Neue Förderinstrumente sind nötig, die stärker auf klein- und mittelständische Firmen ausgerichtet sind und beispielsweise dazu beitragen, aus verlängerten Werkbänken vollwertige Unternehmen zu machen, die auch Forschung und Entwicklung betreiben. Es gilt, die Kooperation der Kleinbetriebe zu unterstützen, die bis zur Clusterbildung ausgeweitet werden kann. Auch der Ansatz, Fördermittel verstärkt als Darlehen auszureichen, verdient Beachtung. Alternativen sind ebenso im Bereich der Arbeitsmarktpolitik möglich und nötig. Die Förderung von Teilzeitarbeit etwa erscheint erfolgversprechend sowie der Abbau von Überstunden – davon gab es im vergangenen Jahr allein 1,85 Milliarden bezahlte in ganz Deutschland – und ihre Umwandlung in neue Arbeitsplätze.¹¹ Eine immense Bedeutung wird die Arbeit im Bereich zwischen Markt und Staat gewinnen – egal übrigens, ob man den als Dritten Sektor, Nonprofit-Sektor, Sozialwirtschaft oder Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) bezeichnet. Es handelt sich dabei um einen Bereich heterogener Organisationen, die nicht direkt den Sphären Markt und Staat zurechenbar sind, weil sie mehr oder weniger eigenständig gegenüber unmittelbarer staatlicher Administration agieren und als Marktteilnehmer nicht profitorientiert sind. Gleichwohl beinhaltet dieser Dritte Sektor Elemente der beiden anderen Sektoren Markt und Staat.¹² Denn neben hoher Arbeitslosigkeit besteht ein wachsender gesellschaftlicher Bedarf an notwendiger, öffentlich zu gewährleistender Arbeit. Beispiele eines solchen, nicht marktvermittelbaren Bedarfs an Arbeit liegen in der Jugendarbeit, der Altenpflege, sozialen und kulturellen Dienstleistungen, der Bildung, Tätigkeiten im Rahmen des ökologischen Umbaus, der Denkmalpflege, der Wohnumfeld- und Dorferneuerung und des Breitensports. Es sind Arbeiten, die wegen fehlender einzelwirtschaftlicher Rentabilität nicht ins Marktgeschehen integrierbar sind, während der konventionelle öffentliche Dienst nicht in der Lage ist, sie sicherzustellen.¹³

Dieser Dritte Sektor hat heute schon ein nicht zu unterschätzendes Gewicht. So werden in den USA 20 Prozent von Forschung und Entwicklung von diesem Sektor erbracht.¹⁴ Die Sicherstellung dieser gesellschaftlich notwendigen und gewünschten Arbeit muß Aufgabe der öffentlichen Förderung sein – ohne daß die Arbeiten in den bisherigen traditionell-hoheitlichen Strukturen des öffentlichen Dienstes zu organisieren sind. Besser wäre eine klientelbezogene und selbstverwaltete Organisationsstruktur, wichtig auch, daß die Beschäftigung an arbeits- und sozial- sowie tarifrechtlichen Standards orientiert wird. Im politischen System der Bundesrepublik ist die Konzeption eines Sektors öffentlich geförderter Beschäftigung am systematischsten von der PDS ausgearbeitet worden und wird, im Frühjahr 1997 der Öffentlichkeit vorgestellt, seitdem vertreten. Der *Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor* versteht sich im PDS-Konzept explizit als Gesellschaftspolitik. Diesen Anspruch bekräftigte 1999 nochmals *Gregor Gysi*: »Es geht um mehr als den bekannten zweiten Arbeitsmarkt. Es geht nicht einmal um dessen Ausdehnung, noch um

ein reines Arbeitsbeschaffungsprogramm, sondern um eine andere Gesellschaftspolitik. ... Natürlich geht es um Arbeit, aber um andere Arbeit und um eine neue Lebensweise, die nicht nur vom Markt diktiert wird. ... Es ist ein Konzept des sozialen und ökologischen Umbaus, mit dem sich sowohl die Massenarbeitslosigkeit zurückdrängen, als auch eine Alternative zur weiteren Zerstörung der sozialen und ökologischen Lebensgrundlage entwickeln ließe.«¹⁵ Hier wird ein Gesellschaftsbild deutlich, das auf existenzsichernde Arbeit als Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe setzt, anstatt auf den unseligen »Niedriglohnsektor«, den viele Politiker und Arbeitsmarktakteure inzwischen als den angeblichen »one best way« der Arbeitsmarktpolitik anstreben.

In – von einer Koalitionsregierung aus SPD und PDS regierten – Mecklenburg-Vorpommern gibt es erste Versuche, Konzepte verstärkter öffentlich geförderter Beschäftigung umzusetzen. Fachlich verantwortlich ist das Ministerium für Arbeit und Bau. Selbst bei Annahme einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung hält man es zumindest mittelfristig für nicht möglich, die Arbeitslosigkeit allein durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bekämpfen und hat deshalb mit dem Landesprogramm *Arbeit und Qualifikation für Mecklenburg-Vorpommern (AQMV 2000)* auch über die herkömmliche Individualförderung hinausgehende neue Wege öffentlich geförderter Beschäftigung entwickelt.¹⁶ Da die entsprechenden Förderansätze im Bundesrecht aber keine Entsprechung haben, sollen auf Landesebene nur erste Schritte getan werden, die strukturell ansetzen, im Rahmen einer Projektförderung auf Nachhaltigkeit abzielen und Impulse für den allgemeinen Arbeitsmarkt geben, ohne diesen zu stören. Kernpunkt so verstandener Beschäftigung bilden in Mecklenburg-Vorpommern gegenwärtig die *Gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte* (GAP), die durch andere Förderansätze modellhaft weiter entwickeln beziehungsweise ergänzt werden sollen.

Auch die Europäische Union hat sich mit der Frage von Beschäftigung zwischen Staat und Markt befaßt und 1997 die Pilotaktion *Drittes System und Beschäftigung* initiiert. In der Projektbeschreibung werden, unter dem Begriff »Drittes System«, »die Genossenschaften, die Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, die Vereine, die Stiftungen sowie die Initiativen zusammengefaßt, deren Tätigkeit im Sinne einer lokalen Beschäftigungsentwicklung erfolgt, ... sämtliche Organisationen ..., die weder zum öffentlichen Bereich noch zum Bereich der Privatunternehmen mit Erwerbszweck gehören«¹⁷. Gleichzeitig wird diesem »Dritten System« große Bedeutung über die Arbeitsmarktpolitik hinaus beigemessen: Es könne zu einem innovativen Ansatz der Beschäftigungspolitik und zur Modernisierung der Systeme des sozialen Schutzes beitragen. »Im weiteren Sinne«, so heißt es, »steht diese Pilotaktion im Zusammenhang mit einer Vertiefung der Überlegungen zu einem Modell einer anhaltenden Entwicklung für die Union.«¹⁸

Dringend zu klären bleiben freilich die Finanzierungswege. Hier bietet sich, entgegen gängigen Vorurteilen, eine ganze Reihe von Möglichkeiten an, wenn der entsprechende politische Wille besteht. So ist es im Rahmen des *Europäischen Sozialfonds* (ESF) grundsätz-

15 Gysi, Gregor (1999): Vorwort, in: Werner, H. (Hg.): Zwischen Staat und Markt. Der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor, Hamburg, S. 7.

16 Ministerium für Arbeit und Bau Mecklenburg-Vorpommern (Hg.) (2000): AQMV 2000 – Arbeit und Qualifikation für Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin, S. 14.

17 Durchführung der Pilotaktion »Drittes System und Beschäftigung«, in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. C 126 vom 26. Juni 1997, S. 21.

18 Ebenda.

19 Vgl. Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 betreffend den Europäischen Sozialfonds.

20 Lohre, Werner/Udo Mayers/Eckart Stevens-Bartol (Hg.) (1995): *Arbeitsförderung / Sozialgesetzbuch III*, Köln, S. 30.

21 Vgl. Freistaat Thüringen: *Landeshaushaltsplan 2001/2, Einzelplan 07* (Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur), Erfurt, S. 147 f.

lich möglich, lokale Beschäftigungsinitiativen zu fördern.¹⁹ Dabei geht es auch, so wird es in Richtlinien der Europäischen Union explizit formuliert, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich des »Dritten Systems«. Durch das Bundesarbeitsministerium wurde im Jahr 2000 ein Sonderprogramm für innovative Ansätze in der Arbeitsmarktpolitik mit einem Finanzrahmen von 100 Millionen DM aufgelegt. Davon sind zwar bereits 90 Millionen DM für Modellprojekte im Niedriglohnsektor in vier Bundesländern gebunden, für die verbliebenen Mittel können durchaus Anträge gestellt werden. Der Paragraph 10 des *Sozialgesetzbuches III* (SGB III) »Freie Förderung« regelt, daß bis zu zehn Prozent der im sogenannten Eingliederungstitel der Arbeitsämter enthaltenen Mittel für Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsmarktförderung eingesetzt werden können. Damit soll den Arbeitsämtern die Möglichkeit gegeben werden, »neue Wege zu gehen« auf einem »Feld für kreative Aktionen«²⁰. Diese freien Leistungen müssen zwar dem Grundsatz der individuellen Förderung entsprechen, sind darüber hinaus aber nicht an die Vorgaben der gesetzlich geregelten Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gebunden.

Auch in den Landeshaushalten existieren bereits reale Anknüpfungspunkte. In Thüringen wird beispielsweise im Landeshaushaltsplan 2001/2002, Einzelplan des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur, zum *Landesarbeitsmarktprogramm* erläutert, daß aus diesem Programm »die Erprobung modellhafter Arbeitsmarktprojekte« finanziert werden kann. Die Mittelausstattung liegt bei 37 Millionen DM im Jahr 2001 und 29 Millionen DM im Jahr 2002.²¹ Und in den kommunalen Haushaltsplänen lassen sich ebenfalls Mittel für modellhafte Arbeitsmarktprojekte oder Sondermaßnahmen festschreiben.

Mit einer solchen Form der Förderung gemeinwohlorientierter und existenzsichernder Arbeit könnte nicht zuletzt in Ostdeutschland ein Modell erprobt werden, das perspektivisch für die gesamte Bundesrepublik und andere Staaten mit Erfolg adaptierbar wäre – eine ostdeutsche Innovation für die Zukunft.

ANJA LAABS

Neuigkeiten vom Huhn-Ei-Problem

Am 24. April des Jahres 2001 wurde der aktuellste Entwurf einer neuen Verordnung zur Legehennenhaltung von der Bundesregierung veröffentlicht. Dieser Entwurf knüpft an die von der Bundesrepublik 1999 mitarbeitete *EU-Richtlinie zum Schutz von Legehennen* an. Danach wurde der Neubau von herkömmlichen Käfiganlagen, in denen jedem Tier ein Platz von 450 cm² zustand, in Deutschland verboten, weil bis zum Januar 2001 die Neuregelung in allen EU-Staaten in nationales Recht umzusetzen war. Nach den neuen, EU-weit gültigen Richtlinien für die Errichtung von Käfiganlagen beziehungsweise für neue Betriebe gelten spezielle Normen sowohl für die Tierhaltung in Alternativsystemen wie der Boden- und Freilandhaltung als auch in »ausgestalteten« Käfigsystemen. Letztere zeichnen sich durch einen Standard aus, in dem die Hennen ein Nest, eine Sitzstange, Einstreu zum Picken und Scharren und Krallenabriebsflächen auf einer nutzbaren Fläche von 600 cm² – bei einer vorgeschriebenen Gesamtfläche von 750 cm² – vorfinden. Diese Neuerung bedeutet für die Legehennen also einen Platzgewinn von ca. 150 cm².

In diesem Zusammenhang beschloß die EU, ab Januar 2001 konventionelle Legebatterien völlig zu verbieten. Neugebaute Anlagen können lediglich bis Ende 2002 betrieben werden. Danach sind nur noch »ausgestaltete« Käfigsysteme zuzulassen.¹ Die bestehenden Anlagen dürfen jedoch eine Mindestfläche von 450 cm² pro Huhn nicht unterschreiten. Vor diesem EU-rechtlichen Hintergrund hat Deutschland nunmehr im Alleingang beschlossen, noch in diesem Jahr eine national verbindliche Legehennenhaltungsverordnung herauszubringen.

Der Mut zum Alleingang ...

Der neueste bundesdeutsche Entwurf verbietet den Betrieb des von der EU zugelassenen »ausgestalteten Käfigs«. Abgesehen von weiteren, den Emissionsschutz, den Lichtfaktor und die Käfigausgestaltung betreffenden Punkten sieht das *Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft* weitere tiefgreifende Veränderungen in der Legehennenhaltung vor, unter anderem auch die Senkung der Besatzdichte ab Januar 2003 in annähernd allen Käfiganlagen um 20 Prozent. Abgesehen davon sollen alle Legehennenbetriebe registriert und numeriert werden, um dadurch die Herkunft der Eier dokumentieren zu können.

Die insgesamt deutlich sichtbare Tendenz zur Schaffung tierfreundlicherer Haltungsmethoden, das praktische Verbot der Batterie-käfighaltung und eine stärkere Berücksichtigung der Grundbedürf-



Anja Laabs – Jg. 1977; Studium der Veterinärmedizin an der FU Berlin; 1999 - 2000 Austauschstudium in der Schweiz; seit Oktober 2000 Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung

1 Vgl. Normann Dunn: DLG-Mitteilungen, 6/2001, S. 61 - 63.

nisse der Tiere trotz industrieller Massenhaltung in beinahe revolutionärer Art und Weise, haben jedoch immense wirtschaftliche Probleme für den landwirtschaftlichen Sektor zur Folge. Die Kenntnis der Problemzusammenhänge ist für das Verständnis der zur Zeit stattfindenden Proteste von Bauernverbänden und diversen Vereinigungen im Zusammenhang mit der Neuregelung sehr wichtig. Sie ist aber auch wesentlich für die kritische Beurteilung dieser Neuregelungen.

Das gestiegene Interesse der Bevölkerung an alternativen Methoden der Pflanzen- und Tierproduktion ist das Ergebnis vorangegangener Fehlentwicklungen in der Agrarwirtschaft und dem daraus erwachsenen Mißtrauen gegenüber den herkömmlichen Produktionsmethoden. Die in den sechziger Jahren entwickelte industrielle Legehennenhaltung in Käfigbatterien verbreitete sich aufgrund ihrer unbestreitbaren ökonomischen Vorteile in allen Ländern der Welt. Es kann heute davon ausgegangen werden, daß weltweit 90 Prozent aller Legehennen in derartigen Käfiganlagen gehalten werden. In den Ländern der Europäischen Gemeinschaft leben je nach Land 60 bis 90 Prozent der Hennen in Käfigbatterien. Spanien, Portugal, Italien, Griechenland und Belgien liegen dabei mit über 90 Prozent an der Spitze; in Deutschland sind es ca. 88 Prozent der mehr als 50 Millionen Legehennen. Von den sogenannten Drittländern stehen die USA, Rußland, Mexiko, Brasilien und Argentinien mit nahezu 100 Prozent Käfigbatteriehaltung an vorderster Stelle, während die Schweiz als einziges Land bisher diese Form der Legehennenhaltung verboten hat.

Die Vorteile der Käfigbatteriehaltung liegen in ökonomischer Hinsicht bei der Minimierung der Fixkosten je gehaltenes Huhn und je produziertes Ei sowie bei einem besseren Gesundheitsmanagement. Die Haltung der Tiere in großen Ställen mit speziellen Belüftungsanlagen und automatisierten Fütterungs- und Tränkesystemen und ihre praktische Isolierung von der Außenwelt reduzieren das Infektionsrisiko der Bestände auf ein Minimum. Wildtiere, Wind und Menschen scheiden als Infektionsquelle bei dieser Haltungsform fast völlig aus. Auch die strengen hygienischen Vorschriften der Produktion von Hühnereiern können in Käfigbatterieanlagen am kostengünstigsten umgesetzt werden. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Unterbrechung des Übertragungsweges sogenannter *Zoonoseerreger*, die vom Tier auf den Menschen und umgekehrt übertragen werden können. Durch die Haltung in Käfigbatterien wird zudem der Kontakt des Eies mit den Ausscheidungen der Tiere und mit eventuell kontaminierten Flächen wie Legenester, Sitzflächen usw. vorteilhaft verringert. Auch sind die Hennen hinsichtlich der medizinischen Prophylaxe und während der routinemäßigen Gesundheitskontrollen besser zu erreichen und zu beurteilen als in alternativen Haltungssystemen. Schließlich sind die geringen Produktionskosten auch eine Folge der in bezug auf die Größe des Tierbestandes und die Legeleistung hohen Produktivität der Arbeitskräfte.

... der Weltmarkt ...

Eier gehören neben Milch und Fleisch zu den wichtigsten, tierisches Eiweiß liefernden Lebensmitteln. Die Welteierproduktion steigt seit

Jahren kontinuierlich an. Stimuliert wird dieses Wachstum durch die Zunahme der Eierproduktion in China, die mittlerweile bei einem weltweiten Erzeugungsanteil von 43 Prozent² liegt, wohingegen die USA und die EU einen Anteil von rund zehn Prozent an der Weltproduktion haben.³ In der Bundesrepublik Deutschland wurden im letzten Jahr mehr als 9,7 Milliarden Eier von Privathaushalten gekauft. Das entspricht einem Prokopfverbrauch von 225 Stück im Jahr.⁴

Bei einem Selbstversorgungsgrad von über 70 Prozent nahm Deutschland innerhalb der EU einen der hinteren Plätze ein. Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, Spanien und Finnland lagen vor einem Jahr mit ihrer Eierproduktion bei über 100, Holland sogar bei weit über 200 Prozent des Eigenbedarfs. Die Ursachen für diese Unterschiede sind hauptsächlich in den Produktionskosten zu suchen. Diese liegen in Deutschland – verglichen mit dem EU- und Drittländemarkt – sehr hoch, bei ca. 12,40 DM pro 100 Stück. Lediglich Dänemark und Spanien produzieren zu noch höheren Kosten. Zum Vergleich: In den USA kostet die Produktion von 100 Eiern ca. 6,66 DM, in Großbritannien sogar nur 6,13 DM. Dennoch sind die Preise in Deutschland sehr niedrig, auch wenn die Verbraucher im letzten Jahr einen durchschnittlich höheren Preis für Eier bezahlt haben (+ 0,7 Pfennig pro Stück). Selbst die USA verkaufen ihre Eier nur etwa elf Prozent billiger, Großbritannien sogar 207 Prozent teurer als Deutschland. Interessant ist auch die Tatsache, daß sich die Eierpreise in den letzten Jahrzehnten faktisch nicht verändert haben. Preisschwankungen auf dem Markt wurden stets durch die Produzenten aufgefangen.

Der dennoch EU-weit zu beobachtende Druck auf die Eierpreise ist nicht zuletzt auch die Folge des Dioxin-Futter-Skandals in Belgien. In seiner Folge weiteten andere Mitgliedsstaaten ihren Export innerhalb der EU aus und bewirkten damit zugleich ein allgemeines Absinken der Verkaufspreise für Eier. Die Ende 1999 in Italien ausgebrochene *Klassische Geflügelpest* bewirkte eine empfindliche Produktionseinbuße und steigerte den Importbedarf außerordentlich. Deshalb kam es zur Anhebung der Eierpreise sowohl in den nicht betroffenen EU-Staaten als auch in den exportorientierten Drittländern, die ihre Eier in den EU-Raum einführen können. Diese lukrative Entwicklung voraussehend, wurde in den USA die Produktion in den letzten Jahren um ca. 20 Prozent gesteigert.⁵

... und die Konsequenzen

Die vor zwei Jahren erlassenen neuen Richtlinien zum Schutz der Legehennen sind nunmehr bekanntlich in allen EU-Mitgliedsstaaten verbindlich. In ihrer Konsequenz wird der Betrieb von Käfigbatterien nach dem alten Baumuster ab Januar 2003 verboten sein. Die damit implizierte Umrüstung der Eierproduktion auf die oben beschriebenen ›ausgestalteten Käfige‹ beziehungsweise das Umsteigen auf alternative Haltungsformen ist unzweifelhaft mit einem Anstieg der Eierproduktionskosten verbunden. Die dem nationalen Recht Deutschlands entsprechende Umsetzung der neuen EU-Richtlinien führt jedoch zu unhaltbaren Widersprüchen bei den Produktionskosten. Die oben bereits erläuterten, in Deutschland gültigen Parameter

2 Vgl. ZMP: Eier und Geflügel, Marktbilanz 2000, S. 106.

3 Vgl. ebenda, S. 105 D.

4 GfK Fresh Food Panel – Eier, Eiergeschäft 2000, S. 2.

5 Vgl. DGS Magazin, 26/2000, S. 21.

liegen weitaus höher als der in den EU-Richtlinien geforderte Standard. Das kurzfristige Verbot aller Käfiganlagen (herkömmliche Käfigbatterien und »ausgestaltete Käfige«) bedingt den Umbau einer großen Anzahl von Produktionsstätten. Abgesehen von den damit verbundenen hohen Investitionskosten in alternative Haltungssysteme steigen neben den Arbeitskosten durch einen höheren Personalbedarf, auch die Futterkosten durch einen veränderten Energieverbrauch der Tiere und nicht zuletzt die veterinärmedizinischen Kosten durch einen notwendigerweise höheren Einsatz an Medikamenten (insbesondere Antiparasitika) sowie einer intensiveren Gesundheitsbetreuung durch Tierärzte.

Bedenklich ist diese Kostenentwicklung auch deshalb, weil Eier aus den alternativen Haltungssystemen wie der Boden-, Volieren- und Freilandhaltung in direktem Wettbewerb mit Eiern aus der Käfighaltung stehen werden.⁶ In Prognosen wird von einem Anstieg der Gesamtproduktionskosten um ca. 25 Prozent ausgegangen. Das Ergebnis wäre der Verlust der Konkurrenzfähigkeit deutscher Eierzeuger auf dem EU-Markt und ein Rückgang der Selbstversorgung mit Eiern auf etwa 30 bis 40 Prozent – anders gesagt, Deutschland würde mindestens 60 Prozent des Eierbedarfs importieren müssen.

Preisentwicklungen sind in einer Marktwirtschaft immer von Angebot und Nachfrage abhängig. Je mehr Anbieter mit dem gleichen Produkt auf den Markt drängen, desto stärker sinkt sein Preis. Konsumenten werden aufgrund dieses – hier vereinfacht dargestellten – Marktmechanismus den Anbieter mit dem niedrigsten Verkaufspreis bevorzugen. Das trifft auch für den Eiermarkt zu. Um den Bedarf zu decken, werden deutsche Importeure besonders aus den billig produzierenden Ländern Eier einführen. Billigproduzenten sind aber zugleich auch in jenen Ländern ansässig, in denen der größte Teil der Legehennen in Käfigbatterien nach dem alten Modell beziehungsweise in »ausgestalteten Käfigen« gehalten wird. Es steht also außer Frage, daß sich die Bundesregierung mit dieser Neuregelung, die einzig durch Tierethik und Tierschutz motiviert sein soll, insgeheim unglaublich macht. Denn in gleichem Maße, wie die Produktion in Deutschland wahrscheinlich um mehr als 50 Prozent fallen wird, wird sie in anderen Ländern ansteigen, um den deutschen Importbedarf zu befriedigen. Die Konsequenz wäre der faktische Zusammenbruch der Eierproduktion in Deutschland, weil diese unter dem wachsenden Preisdruck nicht mehr bezahlbar wäre. Denn es ist nicht anzunehmen, daß die hiesigen Konsumenten – Privathaushalte oder industrielle Großabnehmer – diese Kostendifferenzen zu den Billiganbietern als Preisaufschlag akzeptieren werden. Vielmehr steht zu befürchten, daß deutsche Legehennengroßbetriebe nach neuen Produktionsstandorten suchen, die ihnen auch weiterhin den inländischen und mitteleuropäischen Absatzmarkt sichern. Letztendlich würden also weiterhin Eier aus Käfigbatterien, die von deutschen Unternehmen im Ausland erzeugt werden, den Konsumenten zu den gewohnt niedrigen Preisen verkauft. Die geplanten Neubauten von Käfiganlagen in einigen osteuropäischen Ländern (zum Teil mit abgestoßenen Anlagen aus Deutschland) verdeutlichen, wie real diese Gefahr ist. Zumindest wäre es in diesem Zusammenhang also sinnvoll, über eine Anhebung des Zolls an der EU-europäischen Grenze nachzudenken.

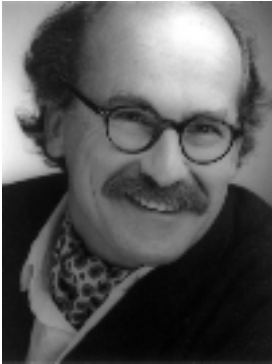
6 Vgl. ebenda, S. 20.

Insgesamt impliziert die einäugige Politik der Bundesrepublik Deutschland gravierende Auswirkungen auf den Tierschutz und die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft – und vor allem auf die Eier produzierende wie verarbeitende Industrie. Unter dem sich abzeichnenden Preisdruck würden wahrscheinlich die Eier produzierenden mittelgroßen und kleinen landwirtschaftlichen Betriebe eingehen. Davon abgesehen trafen diese Veränderungen aber auch Tierärzte und Fachkräfte aus allen Bereichen der Tier- und Lebensmittelhygiene, des Einzel- und Industriewarenhandels, der Futtermittelindustrie, der Schlachthöfe und der Getreide produzierenden Landwirtschaft. Weitere Konsequenzen sind die ansteigende Seuchengefahr durch *Zoonosen* bei einem zunehmenden internationalen Handel mit Eiern, längere Transportzeiten von Legehennen zu den Schlachthöfen innerhalb und eventuell auch außerhalb Deutschlands. Auch käme eine unüberschaubare Vielfalt an Herkunftsorten von Eiern und Eierwaren mitsamt den damit verbundenen Risiken auf die Verbraucher zu. Am Ende würde gerade der Verbraucherschutz, der als wichtigstes Argument für die Durchsetzung der neuen Legehennenhaltungsverordnung propagiert wurde, in Frage gestellt. Der Verbraucher verlöre weiter an Sicherheit beim Konsum von tierischen Lebensmitteln.

Die Konsequenzen dieser neuen Verordnung für Tierschutz, Tiergesundheit, Eiqualität, Lebensmittelhygiene, aber auch Einkommens- und Arbeitsmarktentwicklung in der Landwirtschaft und dem Selbstversorgungsgrad sind gravierend. Ein gemeinsamer Agrarmarkt, wie er denn in der Europäischen Union gepriesen wird, verträgt keine nationalen Alleingänge – auch keine deutschen.

JÜRGEN MEIER

Die Abkehr von der Manipulation ist ein Gerichtetsein auf die Wirklichkeit – Georg Lukács



Jürgen Meier – Jg. 1950, studierte »Intermedia« in Bielefeld (Kunst, Philosophie, Foto, Film), war viele Jahre PR-Berater, Werbekonzepter und -texter für Theater, Krankenhäuser, Industriebetriebe, betätigt sich seit drei Jahren als Dokumentarfilmer und freier Publizist, bislang acht Buchveröffentlichungen, unter anderem »Werbung oder Kunst« (Edition Collage), »Das moderne Krankenhaus« (Luchterhand), Ende dieses Jahres wird sein Buch »Fortunas Kinder – Sehnsucht nach Glück« bei Rütten & Loening erscheinen.

Georg Lukács (13. April 1885 – 4. Juni 1971) war ein Philosoph im klassischen Sinne. Sein Denken wollte die Wirklichkeit des Menschen erfassen, der als gesellschaftliches Wesen durch das gesellschaftliche

»Kategorien wie Freiheit und Gleichheit, wie Fortschritt und Vernunft, müssen einen neuen Glanz, eine neue Bedeutungsschwere erhalten, und sie können diese erhalten, wenn der soziale Gehalt der Demokratie, den heutigen veränderten Umständen entsprechend, wieder die Leuchtkraft von 1793 oder 1917 erhält.«

Georg Lukács

Als der Schriftsteller *Tibor Dery* vor dreißig Jahren am Grab seines Freundes *Georg Lukács* stand, wandte er sich mit der folgenden Frage an die große Schar der Trauergäste:

»Was war es, was uns für seine Arbeit und seine Persönlichkeit gleichermaßen einnahm? In einem Wort zusammengefaßt möchte ich sagen: seine Liebe zum Menschen.« Bedenkt man, daß *Lukács*, wie *Dery* in seiner Trauerrede sagte, zwar »bescheiden im Umgang mit Menschen« war, aber »unbarmherzig im Verkehr mit Ideen«, so zeigt sich diese Liebe zum Menschen bei *Lukács* in einer Art Differenzierung zwischen dem einzelnen Alltagsmenschen und dessen Bewußtsein und dem gesellschaftlichen Sein.

Richtiges oder falsches Bewußtsein? Das war die Frage, die *Lukács*' Leben und Werk durchzieht. Während er den Menschen achtungsvoll gegenüber trat, bekämpfte er deren Bewußtsein, wenn ihm dieses ein falsches zu sein schien. Für die Aufkündigung der Freundschaft zu seinem ehemaligen Heidelberger Studienfreund *Ernst Bloch* soll allein dessen Wertschätzung für den Dramatiker *Beckett* verantwortlich gewesen sein. *Bloch* habe hier sein falsches, sein »romantisches« Bewußtsein offenbart. *Lukács* führte zeitlebens einen »unbarmherzigen« Streit um die richtige Sicht der Wirklichkeit. Kitsch, schrieb *Lukács* in seiner *Ästhetik*, richte sich nicht darauf, »durch wahrheitsgetreue Wiedergabe der Welt zum Wesen der Menschen zurückzufinden, sondern im Gegenteil darauf, diese so zurückzurücken, ...daß sie den sachlich unberechtigten Wünschen und Illusionen entspricht, sie illustriert« (*Lukács*, *Ästhetik*, Bd. I: 831). Und kitschig oder schwärmerisch war *Lukács* auf keinen Fall.

»Geschichte und Klassenbewußtsein«

Sein Buch *Geschichte und Klassenbewußtsein*, das bereits 1923 im *Malik Verlag* erschien, beeinflusste später maßgeblich die »68er Bewegung« in Westeuropa. »Die Achtundsechziger«, schreibt die *Lukács*-Schülerin *Agnes Heller*, »suchten krampfhaft nach einer

messianischen Erkenntnistheorie und Anthropologie. *Lukács* hatte in der Studie unter Verwendung von Kantischen und Hegelschen Figuren eine Analyse der bürgerlichen Entfremdung vorgelegt« (Heller, *Der Affe auf dem Fahrrad*).

Über 40 Jahre nach seinem Erscheinen ergriff dieses Buch mit seiner These, daß das über ein entsprechendes Bewußtsein verfügende Proletariat in dem Augenblick die Macht erringe, da es erkenne, daß es zur Erlösung der Welt berufen ist, die westeuropäische Studentenbewegung. Dieses »messianische Sektierertum«, so *Lukács* kurz vor seinem Tod, sei für den Erfolg von *Geschichte und Klassenbewußtsein* in Westeuropa verantwortlich gewesen (vgl. *Lukács*, *Geliebtes Denken*, Frankfurt 1981: 126).

Lukács hatte sich zu dieser Zeit längst von seinem Frühwerk distanziert und beobachtete den Einfluß seines Buches mit großer Skepsis. In diesem Buch, so *Lukács* selbst, fehle die Universalität des Marxismus, die aus der anorganischen Natur die organische ableite und aus der organischen Natur, vermittelt durch den Prozeß der Arbeit, die Gesellschaft. Auf die bürgerlichen Intellektuellen hätten gerade diese Mängel des Buches – das Fehlen des ontologischen Marxismus – überzeugend gewirkt. In einem Brief an *Lukács* bestätigt *Frank Benseler* diese Einschätzung. »Im Grunde ist das die Situation der gesamten fortschrittlichen bürgerlichen Intelligenz. Sie alle wünschen Gerechtigkeit; glauben dies aber denkend erreichen zu können durch geistige Formen usw.; sie scheuen vor den Konsequenzen des wahren Engagements zurück« (*Benseler an Lukács* am 6. Dezember 1961, aus: *Objektive Möglichkeiten*, Opladen 1995).

Entideologisierte Intelligenz

Lukács hatte diese Affinität der bürgerlichen Intelligenz zum Ideologisieren bereits dreißig Jahre vor diesem Brief beschrieben. In seinem Essay *Grand Hotel »Abgrund«* (1933) schreibt er, die Intellektuellen seien »gebannt im Zauberkreis der Ideologie« und reagieren auf die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen »mit einem falschen Bewußtsein«, das nicht einfach vom Himmel falle oder auf einen bössartigen Charakter zurück zu führen sei. »Die gesellschaftliche Arbeitsteilung bringt es notwendig mit sich, daß die Ideologen stets an die unmittelbar vorangegangenen und zeitgenössischen Ideologen anknüpfen, daß sie ihre Kritik der Gegenwart stets in der Form einer Kritik der gegenwärtigen und vergangenen Ideologien vollziehen.« Sie bezögen sich nicht auf die Wirklichkeit, sondern auf Theorien über diese Wirklichkeit, zitierten *Nietzsche*, *Heidegger*, *Sartre* oder wen auch immer, und blieben in ideologischen Problemen stecken. Für *Lukács* ist die Ideologie aber nicht mit der Wirklichkeit identisch, sondern ihre Aufgabe sah er darin, »die von der Ökonomie im gesellschaftlichen Leben ausgelösten Konflikte bewußt zu machen und auszufeuchten« (*Lukács*, *Ontologie*, Bd. I: 201).

Da die Intelligenz aber die Ideologie selbst schon als Wirklichkeit einstuft, und sich als geistige Elite für völlig unideologisch ansehe, könne sie nicht den »Kernpunkt des Klassenkampfes, die Scheidung der Klassen, von Revolutionen und Konterrevolutionen: die Frage der Ausbeutung klar« erblicken. Dreißig Jahre später (1963) be-

Sein und Bewußtsein geprägt wird. Ihm war jegliche »Systemtheorie«, bei der die verschiedenen »Systeme« wie Zahnräder ineinander greifen, suspekt. Den Menschen begriff *Lukács*, ganz im Sinne von *Marx*, als totalen Menschen, der sich als Subjekt nicht in die kausal funktionierenden Systeme Körper, Geist und Seele auflösen lasse, sondern der als Subjekt nur als Einheit von Objektivität und Teleologie zu begreifen sei.

Kontakt und Informationen:
Internationale Georg Lukács
Gesellschaft e.V.
D - 33098 Paderborn
Pohlweg 55

zeichnet *Lukács* diese Eigenschaft der Intelligenz als fehlendes »ontologisches Bewußtsein«, womit er ein anderes meinte als das Klassenbewußtsein, das er 1923 in *Geschichte und Klassenbewußtsein* beschrieben hatte. Die bürgerliche Intelligenz beziehe sich – bedingt durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung, in der sie Produktion und Propaganda der Ideologie als Lebensbeschäftigung, als geistige und materielle Basis der eigenen Existenz betreibe – auf die eigenen Ideen und glaube so tatsächlich an die eigene gesellschaftliche Führerrolle, deren Bewußtsein das gesellschaftliche Sein präge. »Der faschistische Mythos als Gedankenform einer Ideologie wird verächtlich abgelehnt« (*Lukács, Ontologie, Bd. II: 696*). Daraus würde die Negation jeglicher Ideologie abgeleitet und der »Entideologisierung« das Wort gepredigt, die den Einzelmenschen auffordere, rein rational zu handeln. Um echten Konflikten den Nährboden zu entziehen, komme es nur darauf an, sich rein »sachlich« durch rationale Vereinbarungen und Kompromisse zu einigen. In sogenannten Weiterbildungsseminaren wird diese Form der »Entideologisierung« in allen modernen Betrieben und Institutionen heute trainiert. Die Entideologisierung bedeute »die unbeschränkte Manipulierbarkeit und Manipulation des gesamten Menschenlebens« (*Lukács, Ontologie, Bd. II: 696*). Diese »entideologisierte« Einstellung zur Wirklichkeit, so *Lukács*, nehme nur den einzelnen Menschen zur Kenntnis, nicht aber das gesellschaftliche Sein, das unabhängig vom Einzelmenschen existiere, das dieser bei Geburt vorfindet und in das er sich so oder so fügen muß.

Der Fetisch der Freiheit, der auf dieser Basis der »Entideologisierung« gedeihe und den *Lukács* in den USA als vorherrschend kritisierte, sei ein »höchst ideologischer« Begriff, der die Menschen mit falschem Bewußtsein fülle, indem er sie von ihrer Gattungsmäßigkeit isoliere. Die Fetischisierung der Freiheit frage nicht nach dem sozialen Gehalt der menschlichen Beziehungen, sondern »partikularisiere« den Menschen zu einem simplen Bedürfnisatom.

»Einzelmenschlich und allgemeinmenschlich«

Die Beziehung des Einzelmenschen zur Gattung sei »in einen Zustand der unaufhebbaren Widersprüchlichkeit geraten«. Durch die so entstandene gesellschaftliche Lage werde der Einzelmensch gezwungen, wenn er zu den Aneignern der Mehrarbeit gehöre, diese »objektiv höchst widerspruchsvolle Gattungsmäßigkeit als eine selbstverständliche zu bejahen, oder, wenn er zu den Enteigneten gehört, sie auf Grund dieser Widersprüchlichkeit als Gattungsmäßigkeit zu verwerfen«.

Lukács unterstrich in den sechziger Jahren, im Gegensatz zu den meisten Theoretikern der staatssozialistischen Länder, daß diese Entfremdung des einzelnen von der Gattungsmäßigkeit nicht einfach »von oben« durch einen sozialistischen Staat beendet werden könne, sondern daß die Entfremdung zwar letzten Endes »nur auf gesellschaftlichen Wegen überwunden werden« könne, aber sich die »endgültige gesellschaftliche Überwindung der Entfremdung ... nur in den Lebensakten der Einzelmenschen in ihrem Alltagsleben« (*Lukács, Ontologie, Bd. I: 195*) vollenden lasse.

Von der Ästhetik zur Ontologie

»Für den Materialismus ist die Priorität des Seins vor allem die Feststellung einer Tatsache: Es gibt ein Sein ohne Bewußtsein, es gibt aber kein Bewußtsein ohne Sein. Daraus folgt jedoch keinerlei hierarchische Unterordnung des Bewußtseins unter das Sein« (Lukács, *Ästhetik*, Bd. I: 21). Der Mensch erobert mit seinem Bewußtsein die an sich seiende Welt. Aus diesem ›Ansieh‹ wird ein ›Füruns‹. Die Wirklichkeit des Seins verwandelt sich durch das menschliche Bewußtsein in das gesellschaftliche Tätigkeitsfeld des Menschen, dessen Wunsch nach einer eigenen Selbstbestimmung in dieser Beziehung zur Außenwelt wächst. »Heimat« nennt *Lukács* diesen Wunsch, der sich durch Selbstbewußtsein der Menschheit erfüllt. Die Kunst sei »die angemessenste und höchste Äußerungsweise des Selbstbewußtseins der Menschheit« (Lukács, *Ästhetik*, Bd. I: 616). Mit diesem Blick auf die Totalität der menschlichen Wirklichkeit entsprach *Lukács* nicht der offiziellen Parteilinie. Er wurde nach 1956 für lange Zeit in vielen Ostblockländern zum ›Revisionisten‹ gestempelt, der den proletarischen Standpunkt des ›sozialistischen Realismus‹ leugne.

Nachdem *Lukács* in seiner *Ästhetik* die Bedeutung der verschiedenen Medien und Signalsysteme für das menschliche Bewußtsein und Selbstbewußtsein analysiert hatte, untersuchte er in seiner *Ontologie* das Sein, besonders das gesellschaftliche Sein, das, im Gegensatz zum Natursein, der Mensch mit seiner Arbeit selbst geschaffen habe. »Das Wesen der menschlichen Arbeit beruht aber darauf, daß sie erstens inmitten des Kampfes ums Dasein entsteht, zweitens, daß alle ihre Etappen Produkte seiner Selbständigkeit sind« (Lukács, *Ontologie*, Bd. II: 9).

So ist die Form der kapitalistischen Arbeits- und Produktionsweise auch nur eine Etappe dieser Selbständigkeit, bei der die Aneigner des produzierten Reichtums, durch ständigen Fortschritt der Vergesellschaftung der Arbeit (Technik, Kommunikationssysteme etc.), den Widerspruch zum einzelnen Menschen auf die Spitze treiben, allerdings geschieht auch dies im Prinzip ohne böse Absicht der einzelnen Akteure.

Sozialismus ist totale Demokratie

Der Ruf nach »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« der bürgerlich-demokratischen Revolutionen schuf die politische Gleichheit der Menschen und beseitigte aristokratische Privilegien. »Daß damit die ökonomischen und sozialen Privilegien unangetastet blieben«, so *Lukács* 1942, »daß die faktische ökonomische und soziale Ungleichberechtigung der Menschen erst in der vollendeten Demokratie der bürgerlichen Gesellschaft ihre Widersprüche in reiner Form, auf höchster Stufe entfaltet hat, bildet das große Problem des Weitergehens der Menschheit über die politische Demokratie« (Lukács, *Zur Kritik der faschistischen Ideologie*: 365). Die »bürgerliche Art der Demokratisierung«, schrieb er 1968 in Anlehnung an *Marx*, führe dazu, daß für den Menschen die anderen »Menschen nicht die Verwirklichung, sondern vielmehr die Schranke seiner Freiheit« bilden.

Lukács, der den Untergang der Sowjetunion nicht mehr erlebte, stützte seine Theorie von der »sozialistischen Demokratie« auf die

Alltagserfahrung der Menschen. Im Alltag sind die Menschen arbeitende, sich reproduzierende und genießende. Anders als die »politische Demokratie« der bürgerlichen Art, sei die »sozialistische Demokratie« unmittelbar und total. Sie grenze die Felder der Arbeit nicht aus, wie die »politische« oder die »repräsentative Demokratie«, die sich in die Ökonomie und die Verwertung der Arbeit nicht einmisch.

»Die sozialistische Demokratie – basiert auf dem tätigen realen Menschen, wie er wirklich ist, wie er in seiner eigenen Alltagspraxis zu wirken gezwungen ist – verwandelt in ihrer äußeren und zugleich inneren Entfaltung vom Menschen unbewußt (oder mit falschem Bewußtsein) hervorgebrachte Produkte in zielbewußt für den Menschen selbst geschaffene Gegenständlichkeiten, deren Hervorbringen mithin der subjektiven Tätigkeit einen Sinn, eine Erfüllung verleiht, die damit den daran mitwirkenden Mitmenschen aus einer Schranke des eigenen Seins, der eigenen Praxis in deren unentbehrlichen und als solchen bejahten Mitarbeiter und Helfer verwandeln« (Lukács, Sozialismus und Demokratisierung: 74).

Die Rätebewegung, entstanden 1871 in Paris, neuerweckt 1905 und 1917 in der russischen Revolution, war für *Lukács* ein Beispiel für diese »neue« Form der Demokratie, die nicht die Erfindung einzelner Revolutionäre sei, sondern die das Volk selbst auf die Tagesordnung der Geschichte setze. Da dieser demokratische Prozeß erlernt werden müsse, forderte *Lukács* dazu auf, sich aktiv in die Formen der bürgerlichen Demokratie einzumischen und deren Möglichkeiten demokratisch auszudehnen. »Denn so sehr es richtig ist«, sagte er 1970 anläßlich der Entgegennahme des Goethepreises der Stadt Frankfurt, dessen gesamte Geldsumme er für die »Aktion zur Rettung von *Angela Davis*« spendete, »daß die Entfremdung des Menschen nur im Sozialismus aufgehoben werden kann, so müssen doch die ersten Schritte im Kampf gegen eine manipulierte Demokratie und für eine wirkliche Demokratie, die noch nicht sozialistisch ist, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft unternommen werden.«

Sozialismus ist eben nicht einfach die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sondern Sozialismus ist die totale Demokratie, mit deren Mitteln der Widerspruch von individuellem Menschen und dessen Gattungsmäßigkeit in ein bewußtes Verhältnis gerückt wird, das sich nicht mehr unbewußt hinter dem Rücken der Menschen, auf einem abstrakten Markt, nur zu einem falschen, weil partikularen Bewußtsein, entwickeln läßt. Der Weg zu diesem Ziel ist nicht durch den Willen einzelner Menschen, Gruppen oder Parteien – sei ihre Erkenntnisfähigkeit auch noch so groß – gewaltsam zu erreichen, sondern ist ein qualitativer Sprung, der am Ende einer kontinuierlichen Steigerung des demokratischen Bewußtseins der Gesellschaft steht.

Utopie oder ein »Prinzip Hoffnung« findet sich im späten Werk von *Lukács* nicht. Sein Blick auf die konkrete Wirklichkeit der Menschen, ihrer Planungs-, Produktions-, Aneignungsweise ihrer Arbeit und ihres Bewußt- und Selbstbewußtseins, war »unbarmherzig« gegenüber jeder Form von Romantik oder Wunschvorstellung. Die »Renaissance des Marxismus« wollte *Lukács* mit seiner Art des Blickes auf die konkrete Wirklichkeit zur Entfaltung bringen.

Lukács braucht aktive Verleger

Lukács' Texte sind in der DDR bis 1957 im *Aufbau Verlag* erschienen. Der Lektor des Verlages, *Wolfgang Harich*, und der Geschäftsführer, *Walter Janka*, wurden auf Anweisung *Walter Ulbrichts* in jenem Jahr verhaftet und in einem Schauprozeß wegen »Bildung einer staatsfeindlichen Gruppe« zu langen Zuchthausstrafen verurteilt. Der Verlag gab die Rechte an *Lukács* zurück, der seinerseits dem Verlag zusagte, er könne diese Rechte jederzeit zurückbekommen. 1960 vergab *Lukács* die deutschen Verlagsrechte an *Luchterhand*. Kurz vor der ›Wende‹ (1989/90), als die Werke von *Lukács* längst in den Regalen des *Luchterhand Verlages* zu verstauben begannen, gab der damalige Lektor des *Aufbau Verlages*, *Jürgen Jahn*, das zuletzt erschienene Buch von *Lukács* heraus: *Kritik der faschistischen Ideologie*. Wenige Monate später wurde es eingestampft.

Der *Aufbau Verlag* war mit dem Werk von *Lukács* politisch stets eng verbunden. Er ist geradezu prädestiniert, sein umfangreiches Werk den Lesern wieder zugänglich zu machen.

WLADISLAW HEDELER

Auf der Suche nach Antworten



Wladislaw Hedeler – Jg. 1953, Dr. phil., Philosophiehistoriker, Berlin

Die Suche nach Antworten auf Fragen betreffs der Perspektiven linker Parteien und Bewegungen, das Erfordernis, sich über die Leistungen und Grenzen der Linken Ende des vergangenen Jahrhunderts zu verständigen, zu fragen, welche linken Alternativen heute formuliert und abrufbar sind, führte 40 Wissenschaftler aus vier Kontinenten Ende März 2001 in Elgersburg (Thüringen) zusammen. Es war die mittlerweile 7. Konferenz, die von einem Vorbereitungskomitee um Prof. *Theodor Bergmann* aus Stuttgart einberufen, vorbereitet und durchgeführt worden ist. Waren es von 1988 bis 1997 an Theorien der »Ketzer im Kommunismus« (Nikolai Bucharin, Leo Trotzki), an Namen von Theoretikern, deren Erbe verfälscht worden war (Rosa Luxemburg), an das Wirken der zu »Klassikern« stilisierten Theoretiker (Friedrich Engels, Wladimir Lenin) oder an Ereignisse wie die Revolution 1917 in Rußland gebundene »nach hinten offene« Themen, so stand in diesem Jahr eine auf die Zukunft der Linken fixierte Fragestellung im Vordergrund. Zum zweiten Mal unternahm das Vorbereitungskomitee den Versuch, von der Untersuchung der durch den Stalinismus herbeigeführten Selbstzerstörung des Sozialismus zur Diskussion neuer Entwicklungslinien der international agierenden Linken in den Mittelpunkt einer Tagung zu stellen.

Daß dieser Versuch ein Versuch zur rechten Zeit war, zeigte sich bereits während der im Vorfeld der Elgersburger Konferenz vom Verein zur Förderung von Politik, Wissenschaft und Kultur »Helle Panke e.V.« organisierten Veranstaltung. Auch dieses Mal fand eine Tagung mit den in Berlin eingetroffenen Gästen – Teilnehmern aus China, Indien und Rußland – statt. Die in der Diskussion zu Wort gekommenen Kollegen *Alexander Busgalin* und *Michail Wojekow* (Moskau), *Sobhanlal Datta Gupta* (Calcutta) und *Xiao Feng* (Beijing) stellten ein ebenso breites wie spannendes Themenspektrum vor. Es reichte von der Begründung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei (Chinas) im Rahmen der Vorstellungen des »Sozialismus chinesischer Prägung« über die Vorstellung der in Indien gegründeten Partei des demokratischen Sozialismus bis zum Entwurf einer basisdemokratisch orientierten freiwilligen Assoziation russischer Linker.

Heute ist es möglich, die in den letzten drei, vier Jahren – die während der Konferenz angesprochene Programmdebatte in der PDS ist sehr wohl ein typisches Beispiel – gesammelten Erfahrungen zu verallgemeinern. Das von *Monty Johnstone* (Großbritannien) gewählte Thema »Der Sozialismus ist nicht tot«, eine Polemik gegen

Anthony Giddens, beweist, daß die Zeit der Rat- und Sprachlosigkeit der Linken vorbei ist. Ein Vergleich mit der letzten, ebenfalls vom Vorbereitungskomitee organisierten Konferenz im Jahre 1999 über den Marxismus an der Jahrhundertwende spricht für diese These. Inzwischen geht die Linke auf neue Weise mit ihrem breiter gewordenen Erfahrungshorizont um. Die Konferenz spiegelt wider, wie Vertreter der in nationalen Grenzen operierenden Linken in Japan, Korea, den USA, Europa und Australien die internationale Dimensionen zu denken und auf die globale Herausforderung des Kapitals zu reagieren vermögen. Das Thema des neuen Internationalismus, stand als Frage nach der »kritischen Solidarität« oder im Zusammenhang mit der Bestimmung als nationale Partei im Raum.

Bei aller »Perspektivlastigkeit« der nach vorne offenen Debatte zeichneten sich die Wortmeldungen vieler Konferenzteilnehmer sowohl durch die Rückbesinnung auf vergessene, verfälschte oder verdrängte Theorieansätze – hier seien nur die von *Antonio Gramsci*, *Rosa Luxemburg* und *Leo Tolstoi* entwickelten Auffassungen genannt – als auch durch die Abgrenzung und das Hinterfragen von bisherigen Denkmustern aus. *Narihiko Ito* aus Japan formulierte fünf diesbezügliche Fragen an das 20. Jahrhundert. Mit Blick auf die nach den Weltkriegen stattgefundenen Revolutionen in Rußland und China und ihre spezifische praktische Reaktion und theoretische Verarbeitung von Macht und Gewalt, Demokratie und Diktatur regte *Ito* an, Themen wie das Absterben des Staates, das Verhältnis von Demokratie und parlamentarischer Demokratie, das Verhältnis von Macht und Herrschaft unter den neuen Bedingungen zu denken.

Alexander Busgalin unterstrich das Erfordernis der Linken, gemeinsam am »Kapital des 21. Jahrhunderts« zu arbeiten. Neben die Rezeption originärer Theorien muß die Arbeit an einer neuen Konzeption treten. *Hans-Georg Conert* (Bremen) fragte nach vorhandenen und aufgreifbaren Konzepten alternativer Ökonomien, die nicht in klassischen sozialistischen Theorien wurzeln, sondern im Umfeld der Ökologiebewegungen entstanden sind. Die Linken – ausgestattet mit Kenntnissen über die Entwicklung der Produktionsweise – sollten die vorhandenen Analysen aufgreifen und weiterdenken.

Ein Diskussionspunkt am ersten Konferenztag war, wie die angestrebte Überwindung des vorhandenen global agierenden Systems zu verstehen ist. Ein breites Spektrum alternativer Gesellschaftsentwürfe stand zur Debatte. Zur Sprache kam die Existenzberechtigung eines im Parteimaßstab und international akzeptierten pluralen Marxismus, die Frage nach den Konsequenzen der Auflösung von nationalstaatlichen Bindungen, die Herrschaft als Parteienherrschaft sowie die Tatsache, daß über Parteien vermittelte demokratische Willensbildung heute bereits an ihre Grenzen stößt.

Braucht die Linke überhaupt ein parlamentarisches System und wie soll der Typ des Politikers aussehen, welche Triebkräfte sind dem Sozialismus adäquat? Was ist, wie funktioniert repräsentative Demokratie?

John P. Neelsen (Tübingen) und *John D. Holst* (USA) führten in diesem Zusammenhang aus, daß die These von der Beschleunigung der Durchsetzung des Klassenantagonismus nicht aufrechtzuerhalten ist. Eine Evolution der bürgerlichen Gesellschaft in eine duale Gesellschaft steht nicht bevor. Zweifellos sind die Zerstörungspo-

tenzen des Kapitals ins Unermeßliche gewachsen. Im Unterschied zum Kapital bleibt die Arbeiterklasse prinzipiell national konstituiert und der Staat ihr Handlungsrahmen. Die programmatische Ausrichtung der Linken auf die Rückeroberung des Staates sollte nicht mit einer Fixierung auf den gewordenen Staat verwechselt werden. Betonung der Modernität und Kapitalismuskritik schließen einander nicht aus. Die Diskussion der Frage, ob es sich bei der angestrebten Gesellschaft um Anti- oder Postkapitalismus handelt, mündete in die (vor allem von den anwesenden Gewerkschaftsfunktionären aus Deutschland und Österreich vertretene) These, daß es hierbei nicht um Entgegensetzung, sondern um die Weiterführung von Systemen geht.

Am Beispiel der PDS erläuterte *Helmut Scholz* (Berlin) ein Spektrum von Vorstellungen und eine mögliche Praxis einer internationalistischen europäischen Partei im Rahmen des Netzwerkes der New European Left. Er griff Gedanken auf, die *Sylvia Yvonne-Kaufmann* (MdEP) bereits in ihrer Rede während der Tagung in Berlin vorgebracht hatte. In Anbetracht der rasanten Entwicklungen in anderen sozialen Bewegungen seien die linken Parteien berufen, vorhandene Ideen aufzugreifen und konstruktiv weiterzudenken. Die von *Harald Neubert* (Berlin) vorgestellten »Überlegungen zum sozialistisch-kommunistischen Parteiverständnis heute« knüpften hier an.

Ihre Identität leitet – *Neubert* bezog sich auf die PDS – die moderne linke Partei nicht aus der Vergangenheit und nicht aus dem Wertesystem, sondern aus der Stellung in der heutigen Gesellschaft und den aktuellen Gefahren ab. Selbstverständlich sind Visionen und Lebensentwürfe der Akteure, unterstrich *Jürgen Hofmann* (Berlin) in der Diskussion, in der Geschichte verankert. Bezugnehmend auf das Minderheitenvotum gab *Hofmann* zu bedenken, daß der selbstkritische Blick nicht durch eine Verteidigungshaltung verstellt werden sollte. Die PDS-Debatte ist ein Beispiel dafür, wie unterschiedliche Prägungen ihren Ausdruck in unterschiedlichen Visionen finden.

In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, wie über den Kapitalismus hinausgegangen, wie dieser überwunden werden soll. In der gegenwärtigen Programmdebatte in der PDS gehören diese Themen bekanntlich zu den umstrittenen. Weiterer Untersuchung und Debatte bedürfen die sozialen Triebkräfte und die Bestimmung der Identität linker Parteien. Übereinstimmung bestand in der Auffassung, daß es zur Zeit kein einheitliches revolutionäres Subjekt gibt.

Am zweiten Tag wandten sich die Konferenzteilnehmer einigen zentralen regionalspezifischen Fragen zu. Schwerpunkte der Diskussion waren das Verhältnis von linken Parteien und Gewerkschaften, die Verankerung von linken und sozialdemokratischen Bewegungen in der Gesellschaft, in den Parlamenten, die Akzeptanz der linken Parteien in den Mittelschichten, die Erarbeitung von Wahlkampfstrategien, Neugründungen linker Parteien. In der Diskussion sprachen *Bernie Tafft* (Australien), *Yoon Do-Hyun* (Süd-Korea), *Sobhanlal Datta Gupta* und *Dipak Malik* (Indien), *Michail Wojekow* und *Sorija Serebrjakowa* (Rußland). Der Neubeginn in Theorie und Praxis, der bereits erzielte Erkenntniszuwachs und die weiterhin offenen Fragen traten in diesem Diskussionsblock besonders deutlich hervor.

Die Nachfragen zu den sehr informativen Referaten betrafen die Vorbereitung und den Charakter der in Korea angestrebten linken

Partei, ihre Haltung zu der wahrscheinlichen Vereinigung von Süd- und Nordkorea. Viele koreanische Linke lehnen den »deutschen Weg« der Vereinigung als einen in Korea nicht gangbaren Weg ab. Eine Leitidee, die als Klammer aller Linken wirken kann, gibt es gegenwärtig nicht. Lebhaft diskutiert wurden Überlegungen hinsichtlich der Kooperation mit neuen sozialen Bewegungen, ihr Selbstverständnis als sozialdemokratische oder sozialistische Partei, der sehr unterschiedliche Entwicklungsstand der Arbeiterklasse in den genannten Regionen, das Verhältnis der Linken zu quasi- und pseudolinken nationalistischen Bewegungen. Soll die Linke auf ihren sozialistischen Prinzipien beharren oder darf sie Kompromisse eingehen, um effektiver gegen die Global-Player vorgehen zu können? Ein ebenfalls angesprochenes Thema war das von der Linken initiierte und realisierte System der Weiterbildung der jungen Generation. Hier ist das Netzwerk über einen Entwurf in einzelnen Ländern nicht hinausgekommen.

Ein in diesem Zusammenhang von vielen Diskussionsrednern aufgegriffenes Problem war das der Erscheinungsformen von Nationalismus und Fundamentalismus und der Reaktion der Linken auf diese Formen der Intoleranz. Diese wurden sowohl unter dem Aspekt der hiervon ausgehenden Gefahr als auch unter dem Blickwinkel der Reaktion der 3. Welt auf die Expansion der 1. Welt diskutiert. *Joachim Heidrich* (Berlin) wandte sich in seinem Diskussionsbeitrag dem Stellenwert der Völker der 3. Welt als Akteuren bei der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft im Diskurs unter den Linken zu. In den Diskussionen zu weltpolitischen Fragen genießen nur jene Drittwelt-Länder mehr Aufmerksamkeit, die auf Grund ihrer Größe, ihres ökonomischen, politischen und militärischen Potentials bereits als gewichtige regionale und globale Faktoren gelten (China als potente, Indien als künftige Großmacht und beide zugleich als Entwicklungs- und Schwellenländer, sowie einige andere Schwellen- oder neue Industrieländer). Für den Stand der Analyse und das Fehlen von Zukunftsvisionen, die von der Realität ausgehen, gibt es mehrere Gründe.

Im Mittelpunkt der Debatte am dritten Konferenztag stand die Entwicklung in China. *Nie Yunlin* (Wuhan) sprach über die Entwicklung der Marktwirtschaft und das Verhältnis von politischer und Wirtschaftsreform, *Zhang Wencheng* über die im Zuge der Modernisierung aufgetretenen Probleme und ihre Lösung. *Xiao Feng* (Beijing) führte aus, daß der Sozialismus in China nicht zusammengebrochen ist und sich gegenwärtig auf der Suche nach einer sozialistischen Perspektive befindet. Der dabei gestaltete »Sozialismus chinesischer Prägung« unterscheidet sich grundlegend vom gescheiterten sowjetischen Modell. Die Kommunistische Partei Chinas beschreitet einen anderen Weg. *Xiao Feng* benannte zehn Besonderheiten der chinesischen Entwicklung. China geht einen eigenen Weg, wobei sich die KP vom Marxismus leiten läßt. Der Entwicklung der Produktivkräfte und den Reformen der Gesellschaft, der Planwirtschaft und den politischen Strukturen kommt zentraler Stellenwert zu. Unter Führung der KP, die nicht auf ihre führende Rolle verzichtet, nimmt das Land einen 3. Stufenplan in Angriff.

Die Fragen an die chinesischen Wissenschaftler zielten auf die Rolle der Gewerkschaften in China, das System der sozialen Absicherung der Werktätigen, die Trennung von Partei und Staat sowie die Durchsetzung der sozialistischen Demokratie in ganz China.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau



Foto: Henrik Pohl

Wolfgang Sabath – Jg.
1937, Journalist und Autor,
Berlin.

Nun also haben wir die Aufführungen des diesjährigen Sommertheaters mehr oder weniger unbeschadet überstanden. Ja, wir können – um in eine uns allen noch nicht unvertraut gewordene Diktion zu verfallen – mit Stolz einschätzen, daß der Sommerplan der Abteilungen für Volksbelustigung & -aufklärung in den Städten und Gemeinden sowie in den Redaktionen von Presse, Rundfunk und Fernsehen voll erfüllt und übererfüllt worden ist. Und das auch und vor allem dank der Gegenpläne, die aufzustellen verantwortungsbewußte Genossen und Genossinnen sowie zigtausende parteilose Bürgerinnen und Bürger sich befeißigten.

Daß unsere Hauptstadt Berlin das Sommertheater besonders gut hinbekam, darf uns nicht wundern – bei der Personalausstattung! Wir erinnern uns: Es hatte mit Landowsky begonnen und hörte mit Gysi noch lange nicht auf. Als der Große Klaus voll im Verschiß war – pardon! –, brachte der »Tagesspiegel« immerhin ein großes Interview mit ihm. Und das war wirklich lesenswert. Weil es offenbarte, daß die Spielklasse, der K. L. angehört, ihre eigenen Gesetze hat. Obwohl man sich allenthalben darüber mokierte, daß der CDU- und Bankfunktionär mit jährlichen 300 000 Mark in den Ruhestand geschickt werden sollte (das wurde inzwischen korrigiert), sah dieser Mensch in dem Interview keinen Grund, sich zu genieren. Er pochte darauf, daß ihm dieses Ruhestandsgeld entsprechend den bankinternen Regelungen zustehe. Punktum. Recht hat er – denn solche Bestimmungen sind es doch, die fragwürdig sind. Doch auf dieses Problem wurde nicht eingegangen. Das ist insofern verständlich, als Abfindungsregelungen für leitende Persönlichkeiten im Medienbereich sich auch nicht gerade an der Riester-Rente orientieren.

Allerdings befürchte ich, daß wir alle, Leserinnen und Leser, umlernen müssen, wenn wir wollen, daß man auch künftig noch ein Stück Brot von uns nimmt. Wie ich auf diese Vorhersage komme? Durch eine kleine Zeitungsmeldung, derzufolge Gregor Gysi, Spitzenkandidat der Berliner PDS, allen Ernstes schwadroniert haben soll, die Börse sei die beste Erfindung des Kapitalismus. Jetzt warte ich auf die Heiligsprechung der Banken durch Gregor Gysi.

Im Berichtszeitraum fanden auch landesweit Polit-Festivals zum Gedenken an den Mauerbau vor vierzig Jahren statt. Selbstverständlich wurde in den meisten Veranstaltungen davon ausgegangen, daß es sich ausschließlich um DDR-Geschichte handelt, die hier zu bedenken und zu bereden war. Das war auch besonders schön deutlich bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu bestaunen, die der Fernsehsender »Phönix« live übertrug. Auch Günter Schabowski – Motto: Lieber schlecht als gar nicht vorkommen – hatte im Rahmen des Mauer-Gedenkens seine Auftritte und wieder einmal eine große Presse. Die Urteile reichten von Bewunderung und Anerkennung (CDU, CSU) bis hin zu Kommentaren, denen – wenn auch gebremst – das Stigma »Verräter!« anhaftete. Schon seltener waren Stimmen, die sowohl von politischer Instrumentalisierung (wie von »Schabos« neuen Freunden betrieben) als auch vom »Verräter!«-Syndrom völlig frei waren. Zu Texten dieser Art gehörte ein »taz«-Artikel Kerstin Deckers: »Fanatiker des Funktionierens«. Kerstin Decker hatte Schabowski 1998 einen Besuch im hessischen Rotenburg abgestattet, wo er die »Heimatchrichten« layoutete.

»Wenn Schabowski ›Strolche‹ sagt, meint er meist gar keine Journalisten, auch nicht den Staatsanwalt vom ›Politbüro-Prozeß‹, sondern fast immer die PDS. Schabowski mag die PDS nicht. Sie hat ihn im Januar 1990 ausgeschlossen.

In Rotenburg bei den ›Heimatchrichten‹ hat mir Schabowski erklärt, wie ein Kommunist funktioniert: ›Wissen Sie, der Feind lauert überall, im Scheißhaus und in jeder Rockfalte.‹ ...«

Zum Thema Krenz – Schabowski befindet Kerstin Decker unter anderem: »Bockige Kinder dagegen mag diese Gesellschaft überhaupt nicht. Krenz wurde ein bockiges Kind. Sein Stolz war getroffen. Solche Rücksichten brauchte Schabowski überhaupt nicht zu nehmen. Seine Reue war echt. Nur war sie nicht moralisch. Denn das Ex-Politbüromitglied, der einstige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin und Chefredakteur des Neuen Deutschland, Günter Schabowski, ist kein moralischer Mensch. Schabowski war neben Mielke der Einzige, vor dem wir richtig Angst hatten in der DDR. So stand er noch Anfang 1989 vor den Sozialwissenschaftlern der Humboldt-Universität und schrie, was sie denn glauben würden, wo sie hier seien? Etwa in der Sowjetunion? Aber noch sei es nicht so weit, noch denke hier niemand auf eigene Faust! (...) Irgendwann im Winter 1990 begriff Schabowski, daß der Sozialismus nicht funktionieren konnte. Selbst mit ihm als Ingenieur der letzten Stunde nicht. Da begann er ihn zu hassen. Dann lieber Layouter bei den Rotenburger Heimatchrichten. (...)« Der volle Wortlaut: »taz« vom 15. August 2001; er ist mit Sicherheit auch im September, wenn dieses Heft vorliegt, noch nicht veraltet. Apropos, Leser in Berlin: Gehen Sie wählen? War nur mal 'ne Frage ...

**Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik:
Memorandum 2001,
PapyRossa Verlag Köln 2001,
290 S. (29,90 DM)**

Das Memorandum der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* ist die wichtigste Antwort auf den jährlich erscheinenden Bericht des *Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland*. Insofern stellt es immer eine Mischung aus harscher Kritik und konstruktiven Vorschlägen im Sinne eines Alternativkonzepts dar. Der Untertitel der diesjährigen Publikation lautet: »Modernisierung durch Innovations- und Beschäftigungsoffensive«. Damit sind die Schwerpunkte der Auseinandersetzung markiert. Im Kern geht es diesmal um die kritische Wertung der seit dem Regierungswechsel 1998 in der Bundesrepublik in Angriff genommenen »Jahrhundertreformen«: der Rentenreform, der Gesundheitsreform, der Reform des Finanzausgleichs und der Steuerreform. Darüber hinaus finden sich in dem vorliegenden Band Stellungnahmen zur EU-Osterweiterung und zur aktuellen Investitions- und Beschäftigungssituation.

Wie nicht anders zu erwarten, sind die vorgelegten Analysen präzise, die Argumente stichhaltig und die Vorschläge konkret. Die unmittelbar nach dem Regierungswechsel 1998/99 beobachtete Verunsicherung des Gremiums in bezug auf die Beurteilung des Regierungskurses scheint nun endgültig überwunden. In dem Maße, wie die Regierung ihren Kurs gefunden hat, fällt es auch der Memo-Gruppe wieder leichter, sich damit kritisch auseinander zu setzen.

Als Auftakt wird im ersten Kapitel eine Einschätzung der Konjunktorentwicklung nach dem Ende des von der New Economy in den USA getragenen »Booms« gegeben. Darauf folgt eine kritische Revue der Rentenpolitik der Bundesregierung. Die Quintessenz dieser Darstellung ist die klare Ablehnung des geplanten Reformvorhabens (vgl. S. 81). Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik sieht in der Rentenreform »die bislang massivste Beschädigung des bisher weitgehend paritätisch

finanzierten Systems der sozialen Sicherung in Deutschland« (S. 13). Die schrittweise erfolgende Umstellung des Rentensystems von der umlagefinanzierten zur (teil)kapitalgedeckten Rente bedeute vor allem einen verdeckten Sozialabbau und sei daher ungeeignet, den durch die demographische Entwicklung verursachten Problemen langfristig zu begegnen. Die Autoren stützen sich dabei auf eine Reihe von Studien, aus denen hervorgeht, daß auch das Kapitaldeckungsverfahren große Risiken in sich birgt und nicht weniger als das Umlageverfahren anfällig ist für Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung. Hinzu kommt, daß die Versorgung der nicht mehr im Arbeitsprozeß stehenden Menschen immer, egal wie dieser Prozeß letztlich finanziert wird, »in einem realwirtschaftlichen Umlageverfahren« erfolgt (vgl. S. 75), eine Tatsache, die in der Theorie als sogenannte »Mackenroth-These« bekannt ist. Insofern nährt die Diskussion über die »Versorgungslücke«, welche über private Ersparnisse und Versicherungsleistungen zu schließen sei, die gefährliche Illusion, man spare für sich selbst und könne davon im Alter sein Leben bestreiten.

Von besonderem Interesse, da in diesem Rahmen nur selten thematisiert, ist der Abschnitt zur Reform des Finanzausgleichs. Hier sehen die Autoren derzeit Kräfte am Werk, die das ganze, über Jahrzehnte hinweg sorgfältig austarierte, System des föderalen Ausgleichs in »eine falsche und sozial schädliche Richtung« (S. 27) drücken wollen.

An Stelle der passiven Umverteilung von Steuereinnahmen wird seitens der »Reformer« mehr Standortwettbewerb der Regionen und mehr Marktlogik bei der Verteilung der Mittel gefordert. Dem gegenwärtigen föderalen Ausgleichssystem mangle es »an ökonomischer Logik und an Wettbewerb«. Der derzeit praktizierte Finanzausgleich mache die armen Länder nicht reich, so die Argumentation, sondern ermuntere sie eher zu Tatenlosigkeit und Schuldenmachen. Nicht durch »finanzielle Verschiebemanöver« würde das »Wohlstandsgefälle zwischen ärmeren und wohlhabenden Regionen, zwischen Ost und West ... eingegeben, sondern im Wettbewerb«, schreibt zum Beispiel *Peter Gillies*. Obwohl einige, in diesem Zusammenhang vorgebrachte Kritikpunkte durchaus nachvollziehbar sind, darf

nicht übersehen werden, daß dieser Vorstoß in letzter Konsequenz nicht auf eine Verbesserung des gegenwärtigen Ausgleichssystems zielt, sondern auf einen verfassungspolitischen Paradigmenwechsel, auf den Umbau des Finanzausgleichs im Geiste eines weniger solidarischen, dafür aber ökonomisch effizienteren Systems des »wettbewerblichen Föderalismus«. Statt des »solidarischen Ausgleichs« zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern soll die Konkurrenz unter den Ländern verstärkt und auf diesem Wege schließlich, bei allmählichem Rückzug des Staates, zu guter Letzt ein anderes System durchgesetzt werden. »Wettbewerbsföderalismus« versus »kooperativem Föderalismus« (S. 27), zwischen diesen beiden Optionen bewegt sich der Streit um die Neugestaltung des Finanzausgleichs. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik plädiert in dieser Kontroverse selbstverständlich für eine Beibehaltung des solidarischen Systems des kooperativen Föderalismus.

Von besonderem Gewicht ist diese Angelegenheit für Ostdeutschland, denn die neuen Länder sind in hohem Maße auf Zahlungen aus dem »gemeinsamen Topf« des Finanzausgleichs angewiesen. Andernfalls wären sie außerstande, die ihnen zukommenden Aufgaben zu erfüllen oder aber ihre Kreditbelastung stiege dramatisch an. Im Unterschied zu den meisten Wirtschaftsforschern, Regierungsvertretern und Wirtschaftsweisen halten die Autoren des Memorandums an dem im Grundgesetz verankerten Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West fest, woraus sie ihre befürwortende Position zum solidarischen Finanzausgleich ableiten (S. 130 f.). Um in der Diskussion einen Schritt weiter zu kommen, fordern sie die Bundesregierung auf, ihr »Entwicklungsziel Ost« sowohl zu definieren als auch sachlichzeitlich zu präzisieren (vgl. S. 141).

Wahr ist, daß es eine derartige Aussage bisher nicht gegeben hat, jedenfalls nicht mehr, seitdem sich die Visionen *Helmut Kohls* diesbezüglich als falsche Versprechungen erwiesen haben. Es ist jedoch zu befürchten, daß es sie auch in Zukunft nicht geben wird. Dem Euphemismus der Bundesregierung in dieser Frage setzen die Memo-Ökonomen eine Analyse der regionalen Disparitäten in Deutsch-

land und Europa entgegen (vgl. S. 142 ff.). Die in diesem Zusammenhang präsentierten Daten verraten mehr über die deutsch-deutsche Wirklichkeit als alle Erklärungen der Regierung oder Gutachten des Sachverständigenrates.

Aus den Zahlen geht klar hervor: *Erstens*, es gibt eine deutliche Ost-West-Diskrepanz; *zweitens* wird diese seit fünf bis sechs Jahren immer größer und *drittens* hat man sich mit dieser Tatsache abgefunden und tut kaum noch etwas dagegen.

ULRICH BUSCH

Richard Rorty:
Wahrheit und Fortschritt,
Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main
2000, 515 S. (64,00 DM)

Mike Sandbothe (Hg.):
Die Renaissance des Pragmatismus.
Aktuelle Verflechtungen
zwischen analytischer und
kontinentaler Philosophie,
Velbrück Wissenschaft
Weilerswist 2000, 335 S. (39,00 DM)

Richard Rorty ist so etwas wie der *Marilyn Manson* der zeitgenössischen Philosophie. An seinem durchweg eigenwilligen Umgang mit der Tradition, seinem immer wieder artikulierten Postulat, die Philosophie sei nichts weiter als eine Form der Literatur für weltabgewandte Professoren, sollte darüber hinaus aber keinerlei Ansprüche erheben, scheiden sich die Geister. Dies gilt insbesondere für seine Überzeugung, »Wahrheit« sei nichts weiter als die Substantivierung eines billigen Adjektivs, mithin also die Verabschiedung der Vorstellung, Wahrheit sei etwas, was unabhängig von unseren Sprachspielen draußen in der Welt existiert und durch geeignete Verfahren entdeckt werden könne. Mit solchen Thesen sorgt *Rorty* für Unruhe in der Gemeinschaft der Philosophieprofessoren, und es ist gerade diese Lust an der Provokation, die auch in seiner jüngst auf deutsch erschienenen Aufsatzsammlung *Wahrheit und Fortschritt* immer wieder zum Vorschein kommt und dieses Buch so ungemein spannend macht.

Bei den siebzehn Essays handelt es sich um Veröffentlichungen aus dem vergangenen Jahrzehnt, in denen er in Auseinandersetzung mit zeitgenössischen Theoretikern wie *Hilary Putnam*, *Jacques Derrida*, *Charles Taylor* und *Jürgen Habermas*, aber auch mit feministischen Autorinnen den Nutzen einer Verabschiedung traditioneller philosophischer Fragestellungen zugunsten der Beschäftigung mit den konkreten Bedingungen menschlichen Fortschritts zu demonstrieren versucht. Dabei ist die Lektüre der einzelnen Aufsätze mitunter etwas mühselig, zumindest dann, wenn einem das Werk des Autors, an dem sich *Rorty* gerade abarbeitet, nicht oder nur unzureichend vertraut ist. Doch sollte sich der Leser hiervon nicht entmutigen lassen, denn *Rorty* versteht es, die grundlegenden Dissenspunkte deutlich herauszuarbeiten. So entsteht dann zumindest ein guter Einblick in die wesentlichen Streitfragen der gegenwärtigen Diskussion und in die Motive, die *Rortys* Denken kennzeichnen.

Im Mittelpunkt seiner antiphilosophischen Philosophie steht die Behauptung, daß es keine kontextüberschreitende Wahrheit gibt, also nichts, was jenseits und unabhängig von unseren jeweiligen Überzeugungen und Praktiken deren Gültigkeit garantieren könnte. Es gäbe schlichtweg keinen göttlichen Standpunkt, von dem aus sich die unterschiedlichen Kulturen betrachten und bewerten ließen, und alle Versuche, trotzdem einen derartigen universellen Blickwinkel, sei es mit Bezug auf die Vernunft oder auf die menschliche Natur, zu konstruieren, seien im besten Falle nutzlose Bemühungen, im schlechtesten Fall jedoch Türöffner totalitärer Regime. Das Festhalten am Gebrauch von Ausdrücken wie ›richtig darstellen‹, ›ist wirklich‹ und ›macht wahr‹ liefert daher, wie *Rorty* in seiner Kritik an *Robert Brandom* schreibt, »Werkzeuge, die in autoritäre Hände fallen und dann zu autoritären Zwecken benutzt werden« (S. 198).

Es ist unschwer zu erraten, welche Regimes *Rorty* hier vor Augen hat. Diesen totalitären Systemen und den sie tragenden Philosophien stellt er die liberale Kultur westlicher Demokratien gegenüber, in denen er »eine beispiellose Beschleunigung des moralischen Fortschritts« (S. 252) am Werke sieht. Wir sollten uns dementsprechend glücklich schätzen, an diesem moralischen Fortschritt, der durch die

Französische Revolution und den Wohlfahrtsstaat ermöglicht worden ist, teilhaben zu können. Dagegen sollten wir nicht der Versuchung erliegen, unsere Überzeugungen und Institutionen gegenüber konkurrierenden Auffassungen als universell gültig auszuzeichnen. Unsere Aufgabe bestünde lediglich darin, »der eigenen Kultur – also der Menschenrechtskultur – zu mehr Selbstbewußtsein und Einfluß zu verhelfen, anstatt ihre Überlegenheit durch Berufung auf etwas Kulturübergreifendes zu beweisen« (S. 246 f.). Doch wie soll dies geschehen? *Rorty* gibt auf diese Frage eine nahezu materialistisch anmutende Antwort. Denn als ursächlich für Fundamentalismus, Sexismus und Rassismus hält er nicht die mangelnde Vernunftfähigkeit der jeweiligen Protagonisten, sondern deren sozioökonomische Benachteiligung. »Das Problem der bösen Leute ist, daß sie nicht soviel Glück gehabt haben wie wir selbst hinsichtlich der Umstände, unter denen sie aufgewachsen sind. Anstatt alle die Leute dort draußen, die sich Mühe geben, Salman Rushdie ausfindig zu machen und umzubringen, wie Vernunftlose zu behandeln, sollten wir mit ihnen umgehen wie mit Benachteiligten« (S. 259 f.). Daraus folgt dann für *Rorty* eine Art sozialdemokratische Reformpolitik, die den Kapitalismus zwar zu reformieren, jedoch nicht grundsätzlich zu überwinden trachtet. Ob dies angesichts der globalen Beschleunigung des Kapitals und der tatsächlichen Politik sozialdemokratisch geführter Regierungen eine überzeugende Antwort darstellt, muß indes gegen *Rorty* bezweifelt werden. Bei all seiner analytischen Brillanz, die immer wieder bei der Lektüre zum Vorschein kommt, macht er es sich hier zu einfach. Es mag ja durchaus der Fall sein, daß es keinen philosophischen Weg gibt, eine ›richtige‹ Form der Politik zu begründen. Daraus aber die Konsequenz zu ziehen, die liberal-demokratischen Regimes des Westens seien der Weisheit letzter Schluß, scheint mir dagegen etwas übereilt zu sein.

Rorty beruft sich in seinem Werk immer wieder auf zwei Denker: *John Dewey* und *William James*. Mit *Charles S. Peirce* und *George H. Mead* gehören sie zu den klassischen Vertretern des Pragmatismus, einer Denkrichtung, die in den ersten 30 Jahren des 20. Jahrhunderts in den USA dominierte, dann aber mehr und mehr von der analytischen Philosophie

verdrängt worden ist. In den vergangenen Jahren ist diese Tradition wiederentdeckt worden, nicht zuletzt durch *Rortys* Anstrengungen. Inzwischen steht der Pragmatismus im Zentrum der US-amerikanischen Diskussion und beginnt auch bei uns an Einfluß zu gewinnen. Neben zahlreichen Zeitschriftenartikeln macht sich dies in einer Reihe von Publikationen in den letzten Jahren bemerkbar. Einen guten Einstieg in die Geisteswelt des Pragmatismus und deren zeitgenössische Interpretation liefert der von *Mike Sandbothe* herausgegebene Sammelband *Die Renaissance des Pragmatismus*. In ihm kommen führende Vertreter des Neopragmatismus zu Wort, neben *Richard Rorty* unter anderen *Hilary Putnam*, *Robert Brandom* und *Arthur Fine*.

Anliegen des Bandes ist es, die Trennung zwischen kontinentaleuropäischer und analytischer Philosophie zu überwinden, mithin zu einem fruchtbaren Dialog dieser ehemals streng geschiedenen Denkweisen beizutragen. Dies gelingt auch über weite Strecken; so vermittelt der Band einen guten Überblick über die Wahlverwandtschaften von klassischem amerikanischen Pragmatismus und der europäischen Philosophie in der Nachfolge *Kants*. Hervorzuheben ist hier der Beitrag von *Antje Gimmler* über *Pragmatische Aspekte im Denken Hegels*. Es werden aber auch wesentliche Motive neopragmatischen Denkens diskutiert. Hier geht es zum einen um das Verhältnis zum klassischen Pragmatismus: was sind die Gemeinsamkeiten, wo gibt es Differenzen, und wie werden diese begründet? Zum anderen steht aber auch der Neopragmatismus selbst zur Diskussion. Wo sind seine spezifischen Vorteile zu konkurrierenden Philosophien, etwa gegenüber dekonstruktivistischen oder kantianischen Ansätzen?

Zu bemängeln ist allerdings, daß die verschiedenen Aufsätze sich nahezu ausschließlich mit Fragen der theoretischen Philosophie beschäftigen und damit einem wesentlichen Impuls des klassischen Pragmatismus, nämlich den der Hinwendung zu den alltäglichen Problemen und Sorgen der Menschen, zu wenig Beachtung schenken. Insbesondere bleibt der in der Einleitung von *Sandbothe* erwähnte Beitrag pragmatistischen Denkens zu demokratietheoretischen Fragestellungen ausgespart.

DIRK JÖRKE

Ilse Lenz, Hildegard Maria Nickel,
Birgit Riegraf:
Geschlecht – Arbeit – Zukunft
(Forum Frauenforschung.
Schriftenreihe der Sektion
Frauenforschung in der Deutschen
Gesellschaft für Soziologie, Bd. 12),
Westfälisches Dampfboot
Münster 2000, 270 S. (38,00 DM)

Zwar kann man inzwischen nicht mehr glaubhaft darüber jammern, daß der Themenkomplex Arbeit bisher noch nicht aus feministischer Sicht bearbeitet worden sei. Tatsache ist jedoch, daß Analysen, die die Entwicklungen nicht als geschlechtsneutrale betrachten, bislang in der Regel weiblichen Forscherinnen überlassen bleiben; so der Sektion Frauenforschung in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, die einen neuen Band der Reihe *Forum Frauenforschung* vorgelegt hat.

Alles in allem so heterogen wie Sammelbände sein müssen, sind die Beiträge drei Themenschwerpunkten zugeordnet: Globalisierungsprozesse, Arbeitsorganisation und -kultur sowie Transformationsprozesse. Ausgesprochen hilfreiche Grundlagen für den weiteren Verlauf der Globalisierungsdebatte liefert *Ilse Lenz* in ihrem Beitrag »Globalisierung, Geschlecht, Gestaltung?«. Bemerkenswert ist vor allem ihre Analyse des Entstehens der Debatte, die dazu beitragen kann, den Streit darüber, ob der Globalisierungsbegriff einen völlig neuartigen Prozeß beschreibt, ob es sich um neue Quantitäten oder Qualitäten handelt oder um reine Propaganda der neoliberalen Ideologen, produktiv zu schlichten. *Lenz* spricht von einem »Globalisierungsschock« für die reichen Länder des Nordens in den neunziger Jahren insofern, als sie sich relativ unvermittelt und in stärkerem Maße als je zuvor auch mit den negativen Folgen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen beziehungsweise der internationalen Arbeitsteilung konfrontiert sahen. Alles in allem zeige sich damit das Paradox der parallel vonstatten gegangenen »Vernationalstaatlichung« und wirtschaftlichen Internationalisierung des Globusses. Dennoch kommt sie zu dem Ergebnis, daß die realen Prozesse

für sich aber die Debatte in ihren Ausmaßen noch nicht erklären. Entscheidend seien nicht zuletzt auch die »spezifischen neoliberalen und nationalen ideologischen Deutungsmuster« der Entwicklungen.

Eher hilflos wirkt dagegen der Schlußteil von *Lenz*, in dem sie auf mögliche Strategien für eine soziale Ausgestaltung des Globalisierungsprozesses eingeht. Zwar kann sie kaum konkrete positive Konsequenzen von UN-Frauenkonferenzen, Gender Mainstreaming und Global Governance benennen, scheint aber trotzdem keine Zweifel an diesen angeführten internationalen und Staatsmaßnahmen zu hegen. Sehr vage umreißt sie »Optionshorizonte«, die sich öffnen, wenn man – und hier bezieht sie sich gleichermaßen auf die Herrschenden der Welt, auf NGO-AktivistInnen, Intellektuelle... – nur wolle. Sie übersieht, daß in der Regel die, die wollen, nicht können und die, die können, nicht wollen.

Petra Danneckers Artikel »Globalisierung und ›Migration‹ von Produktions- und Geschlechterstrukturen: Fabrikarbeiterinnen in Bangladesch« ist das Ergebnis einer umfassenden empirischen Untersuchung. Was für die Arbeiterinnen in den Weltmarktfabriken Widerstand heißt, warum sie sich kaum in Gewerkschaften organisieren, wie sie informelle Netzwerke bilden und welche Auswirkungen diese haben, welche Hindernisse kollektiven Aktionen im Weg stehen, welche Traditionen sich verändert haben, welche trotz des Arbeitsalltags der Frauen unverändert sind und wie die Geschlechterverhältnisse neu ausgehandelt werden, wird anschaulich und detailliert geschildert. Spannend sind vor allem die beschriebenen Wechselwirkungen zwischen islamischem Glauben und Lebensstil der Frauen. Die Normen für einen »weiblichen« Lebensstil beziehungsweise dafür, was von den Gläubigen als »unislamisch« verurteilt wird, haben sich geändert; Mechanismen der Neudefinition und Neuaushandlung sind im Gange.

Ursula Hornung schafft in »Let's do ›Gender‹. And don't forget ›Sex‹! Reflexionen über berufliche Gleichstellung, A-Sexualisierung und Frauenförderung am Beispiel mittlerer Dienstleister« den schwierigen Spagat zwischen den Forderungen der »klassischen« Gleichstellungspolitik und denen der dekonstruktivistischen Theoretikerinnen, die es anstreben,

die (heterosexuell gedachte) Zweigeschlechtlichkeit aufzulösen. Die empirische Untersuchung stellt zunächst fest, daß gegenüber der bestehenden Geschlechterhierarchie weitgehend Ignoranz herrscht. Die meisten Befragten sagen aus, in ihren Betrieben Frauenförderung »nicht nötig« zu haben, weil man ja die Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht beurteile. Andererseits betonen sie aber die günstige Beeinflussung des Betriebsklimas durch die Anwesenheit von Frauen. Daß hier ein Widerspruch lauert, liegt klar auf der Hand.

Hornung erklärt, daß Gleichstellungspolitik, wie sie bislang umgesetzt wurde, bedeutet, Frauen entsprechend den von Männern gesetzten Maßstäben zu beurteilen und »gleich« zu behandeln, dabei aber ihre realen Lebensumstände nicht zu berücksichtigen. Frauen sollen trotz meist parallel geleisteter Lohn- und Familienarbeit so flexibel und verfügbar sein wie Männer. Diese »a-sexualisierte« Betrachtungsweise hat zur Folge, daß Gleichstellungspolitik im wahrsten Sinne des Wortes eher zur Benachteiligung von Frauen führt anstatt zu ihrer Förderung. Ihre Lösung: Ein »dekonstruktivistischer Frauenförderplan, der die real existierenden Unterschiede in der Lebensweise von Frauen und Männern berücksichtigt – zum Beispiel durch die Möglichkeit von unterschiedlichen Arbeitszeitmodellen –, gleichzeitig die A-Sexualisierung im Arbeitsalltag hinterfragt und sich bestenfalls auch noch anderer Formen von Benachteiligung (sie nennt rassistische und (homo)sexuelle Diskriminierungen) annimmt.

Auch *Ursula Müller* (»Asymmetrische Geschlechterkultur in Organisationen und Frauenförderung als Prozeß – mit Beispielen aus Betrieben und der Universität«) spricht sich für Frauenförderung aus, solange die Geschlechterkultur männlich geprägt und dominiert und damit »asymmetrisch« ist. Zwar sieht sie Fortschritte in der Gleichberechtigung der Geschlechter, gleichzeitig aber auch die Gefahr einer »diskursiven Aneignung« (im Sinne einer feindlichen Übernahme) von Themen, die von Feministinnen benannt und analysiert wurden, durch den wenig feministischen *Malestream*. Anhand von – nicht zum ersten Mal verwendeten – Fallbeispielen aus dem Hochschulalltag belegt sie ihre Thesen. Letztlich ist Frauenförderung auch für sie eine

Maßnahme, die darauf abzielt, sich irgendwann selbst überflüssig zu machen.

Wenig Hoffnung auf das Erreichen einer »Geschlechtersymmetrie« in Organisationen läßt *Birgit Riegraf* (»Organisationswandel, Organisationslernen und das Geschlechterverhältnis«). Asymmetrische Verhältnisse erweisen sich als äußerst hartnäckig, da sie sich immer wieder reproduzieren. Nur sehr schwerfällig lasse sich das »Gedächtnis« einer Organisation in eine innovative Richtung bewegen. Für einen grundlegenden strukturellen Wandel müßten sich auch die Normen und Deutungssysteme komplett verändern. Allgemein gültige Rezepte gibt es dafür nicht, allenfalls begünstigende Randbedingungen: »ein Wechsel von Führungspersonen, die Anerkennung von ›Organisationsdissidenten‹ und hohe Experimentierfreudigkeit«.

Wenig aussagekräftig im Hinblick auf eindeutige Entwicklungen, dafür umso mehr auf eine sich abzeichnende Pluralisierung der Gesellschaft sind die Beiträge von *Sabine Schenk* und *Irene Dölling*. Erstere (»Familienstrukturen, Geschlechterverhältnisse und die Flexibilisierung der Beschäftigung in Ostdeutschland«) kommt zu dem Ergebnis, daß »Geschlecht weiblich« und »alleinerziehend« als »kumulative Risiken« für die Abhängigkeit von sozialen Sicherheitssystemen gelten müssen, aber etwa die Qualifizierung der betreffenden Frauen ihre Lebenssituation entscheidend begünstigen kann. Vorherrschend als angestrebtes Lebensmodell ist in Ostdeutschland weiterhin der Doppelerwerbshaushalt. Fällt jedoch ein Einkommen zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit weg, ist die soziale Lage aufgrund der geringeren Einkommen in den neuen Bundesländern prekärer. Mit einer tendenziellen Ausdifferenzierung der Lebensmuster geht auch die der sozialen Ungleichheitslagen der Familien einher.

Dölling (»Ganz neue Inhalte werden im Vordergrund stehen: die Arbeit zuerst«. Erfahrungen junger ostdeutscher Frauen mit dem Vereinbarkeitsmodell«) stellt fest, daß Frauen, die zum Zeitpunkt der »Wende« 20 bis 30 Jahre alt waren, zum großen Teil ihr Geld selbst verdienen wollen und dabei gleichzeitig dem Vereinbarkeitsmodell kritisch gegenüber stehen. Trotz unterschiedlicher individueller Lösungen zeichnet sich kein Aufweichen der

üblichen Geschlechterrollen und der geschlechtlichen Segmentierung des Arbeitsmarktes ab.

Hildegard Maria Nickel (»Ist Zukunft feministisch gestaltbar? Geschlechterdifferenz(en) in der Transformation und der geschlechtsblinde Diskurs um Arbeit«) findet in den Berichten der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Sachsen und Bayern und der Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung keine Hinweise darauf, daß die Kategorie Geschlecht mitgedacht wurde. Obwohl bei ihrer anschließenden Untersuchung von Dienstleistungsunternehmen – hier: der Finanzsektor und die Bahn – herauskommt, daß Frauen vom aktuellen Strukturwandel durchaus punktuell profitieren können, lautet ihr Fazit, »daß es enormen (feministischen) Handlungsbedarf gibt, wenn der zur Zeit stattfindende radikale Gesellschaftsumbau nicht automatisch einseitig zu Lasten von Frauen gehen soll«.

REGINA STÖTZEL

Thomas von Schell, Rüdiger Seltz:
Inszenierungen zur Gentechnik,
 Westdeutscher Verlag
 Leverkusen 2000,
 293 S. (58 DM)

Stanislaw Lem karikiert in seinem Roman »Der futurologische Kongreß« eine Expertenwelt, die sich – ganz gleich, ob sie sich die Bekämpfung des Welthungers oder die Befreiung der Liebe zur Aufgabe gemacht hat – in identischen Formen auf Kongressen und Konferenzen konstituiert, auf denen der Gegenstand des jeweiligen Kongresses nur eine eher zweitrangige Rolle spielt. An diese in sich geschlossene Expertenöffentlichkeit fühlt man sich bei der Lektüre des Bandes unwillkürlich erinnert.

Die Diskrepanz zwischen den Debatten der Experten und der öffentlichen Meinungsbildung diagnostiziert auch der Marketing-Forscher *Joachim Scholderer*, der in einer umfangreichen Studie Strategien zur Konsumentenbeeinflussung im Sinne der Gentechnikindustrie untersucht hat und der Industrie »ineffektive Kampagnenplanung« (S. 221) bescheinigt. Er stellte fest, daß die Nahrungsmittelindustrie

dem Irrtum aufgefressen sei, die Ablehnung der Käufer gegenüber gentechnisch veränderten Lebensmitteln resultiere aus fehlenden Informationsmöglichkeiten, und bessere Informationen würden zu mehr Vertrauen und einem veränderten Nachfrageverhalten der Käufer führen. Dies sei aber ein »Fehlschluß, der die Urteilsmodelle der Expertenöffentlichkeit unhinterfragt auf die Konsumentenöffentlichkeit projiziert.« Der Autor weiter: »Kampagnen auf dessen Basis erweisen der Industrie einen Bärendienst. (...) Wenn man Produkte auf Konsumentenmärkten absetzen will, kommt es nämlich nicht auf die Reaktionen von Interessengruppen an, sondern auf die Konsumenten selbst.« (S. 222)

Wie im Titel angedeutet, stehen im Mittelpunkt dieses Bandes die Inszenierungen, das heißt verschiedene Ausdrucksformen und Erscheinungen der Expertenöffentlichkeit, wie sie von Museumsleitern, Philosophen, Kommunikationswissenschaftlern, Politikern, Journalisten, Marketingstrategen und Medienwissenschaftlern hervorgebracht werden. Der Problematik der Gentechnik kommt dabei nur eine eher beispielhafte und illustrierende Rolle zu. Möglicherweise ließ es die Auffassung der Veranstalter der Tagung und der Ausstellung in Mannheim, die Anlaß zur Publikation dieses Bandes gewesen ist, die Gentechnik-Debatte wie eine »festgefahrene Gesprächskonstellation« (S. 8) auf, für die auch die Metapher der »Wagenburgen« bemüht wird, nicht notwendig oder wenig hilfreich erscheinen, auf die Argumente für und wider die Gentechnik selbst einzugehen oder zumindest detaillierter Aufschlüsse über die Ansichten der »Laienöffentlichkeit« (S. 55) zum Thema zu geben.

Den Beiträgen dieses Buches liegen größtenteils Vorträge zugrunde, die auf einer vom Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim und der Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden Württemberg veranstalteten Tagung mit dem Titel »Konfliktpartnerschaft. Gentechnologie als Herausforderung zu einer neuen Diskussionskultur?« im November 1998 gehalten wurden. Diese Tagung stand im Zusammenhang mit einem von fünf Museen von Frühjahr 1998 bis Anfang 1999 veranstalteten Projekt mit dem Titel »Gen-Welten«. In Bonn, Mannheim, München, Dresden und Vevey in der Schweiz bemühte man sich, mit den Mit-

teilmachern des Museums zur Aufklärung und Information der Öffentlichkeit zum Thema Gentechnik beizutragen. Der Projektleiter der Ausstellung in Mannheim, Rüdiger Seltz, formulierte Anspruch und Zielsetzungen dieser Ausstellungen so: »Zum einen das Museum wieder zu einem öffentlichen Forum für zentrale Fragen der Gesellschaft machen; zum anderen mittels seines Mediums Ausstellung einen anschaulichen und unterhaltsamen, wissensvermittelnden, informativen und somit versachlichenden und aufklärerischen Beitrag zur Problematik der Gentechnik zu leisten.« (S. 105)

Der informative und recht selbstkritische Beitrag von *Rüdiger Seltz* schildert die Schwierigkeit, diesen Ansprüchen gerecht zu werden, wenn das Projekt fast vollständig durch die großen Gentechnikfirmen (Monsanto, Novartis, der Chemieverband Rheinland-Pfalz, BASF, Pharmafirmen und die BioRegion Rhein-Neckar) finanziert wird. *Seltz* nennt die Ausstellung denn auch im nachhinein das Mannheimer Experiment und fragt, ob dieses gelungen sei. Seiner Schilderung der Vorgänge bei der Konzeption der Ausstellung, der Form der Einflusnahme der Sponsoren, der sehr unterschiedlichen Ansichten von Industrie und Umweltverbänden, wie der Begriff der »ehrlichen Diskussion« inhaltlich zu füllen sei, läßt sich entnehmen, daß die Tendenz der Ausstellung dahin ging, mehr Akzeptanz von Gentechnik in der Öffentlichkeit zu bewirken, also im Sinne der Sponsoren zu wirken. Kritiker erhielten zwar Artikulationsmöglichkeiten, waren aber im Verhältnis zu Gentechnikbefürwortern völlig unterrepräsentiert. Es scheint, daß ein herrschaftsfreier Diskurs, wie ihn die Philosophen und Kommunikationswissenschaftler in diesem Band mit Bezug auf die Diskursethik für wünschenswert erklären, wobei sie neben den zeitgenössischen Philosophen noch *Goethe*, *Platon*, *Aristoteles*, *Thomas von Aquin*, *Heidegger*, *Luther* und die Bibel bemühen – darunter geht es nicht – (z. B. *Heinz Ulrich Nennen*: Desiderat Diskurs), sehr schnell zur Farce wird, wenn er von der Genindustrie bezahlt wird.

Die Grundthese des Buches, daß die Diskussionen zur Gentechnik, ebenso wie zu anderen umstrittenen Themen der Gesellschaft, den Charakter von Inszenierungen haben, wird in unterschiedlichen Bereichen demon-

striert: Medien (z. B. *Siegfried* und *Margret Jäger*: Der biopolitische Diskurs in deutschen Printmedien), Politik (z. B. *Sigrid Baringhorst*: Zur Mediatisierung des politischen Protests), Industrie und an Hand der Ausstellungen selbst. Die Problematik der Gentechnik ist dabei vielleicht etwas aus dem Blick geraten. Die recht geringe Unterfütterung der Thesen mit konkreten Beispielen aus der Gentechnikdebatte bestärkt den Leser in der Kritik, daß man dem Problem der Gentechnik kaum gerecht wird, wenn man es vorrangig unter dem Aspekt der Inszenierung betrachtet. Pro und Contra von Gentechnik ist eine Frage, die von zu großer Bedeutung für die Gesellschaft ist, als daß man sie nur als Problem mehr oder weniger gelungener Kommunikation und Inszenierung verstehen könnte.

Sehr empfehlen kann ich die Beiträge von *Thomas Wimmer* (Unternehmenskommunikation im Konflikt: Das Beispiel Gentechnikindustrie) und *Joachim Scholderer* (Kampagnen zur Gentechnik und ihre Wirkung auf Verbraucher; eingangs erwähnt). Beide Autoren forschen im Auftrag der Gentechnik-Industrie nach Methoden, die Akzeptanz gentechnisch veränderter Nahrungsmittel bei der Bevölkerung zu erhöhen und geben konkrete Ratschläge, welche Strategien für die Interessen der Industrie geeignet sind. Für Kritiker der Gentechnik ist die Darstellung der Kommunikationsstrategien der Industrie sicher von Interesse. Um den Beitrag von *Scholderer* noch einmal zu zitieren: »Unsere Daten sprechen nicht dafür, dass die gegenwärtig (von der Industrie) favorisierten Kommunikationsformen einen Erfolg haben werden. Der Weg zur Verhaltensänderung ist ungleich einfacher und doch sehr kompliziert.« (S. 214) Das spricht eine wünschenswert deutliche Sprache: Es geht der Industrie nicht um Inszenierungen, geneithisches Theater (so ein Beitrag von *Klaus Dietrich Wachlin*), Metaphern und Diskurse; gefragt sind vielmehr Methoden zur Änderung des Konsumentenverhaltens. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen ökonomischen Hintergründen der von den AutorInnen als Inszenierung verstandenen Gentechnikkampagnen wäre wünschenswert gewesen.

KILIAN HEERKLOSS

Joseph Huber:
Allgemeine Umweltsoziologie,
Westdeutscher Verlag
Wiesbaden 2001, 478 S. (82,00 DM)

Uwe H. Bittlingmayer:
Askese in der Erlebnisgesellschaft?
Eine kultursoziologische
Untersuchung zum Konzept der
»nachhaltigen Entwicklung«
am Beispiel des Car-Sharing,
Westdeutscher Verlag
Wiesbaden 2000, 171 S. (49,80 DM)

»Ob und inwiefern bedeutende Durchbrüche der Umweltpolitik möglich sein werden, hängt in erster Linie von den technologisch fortgeschrittenen Nationen ab. Der Kohleausstieg ist nicht nur für Chinesen und Inder eine notwendige Zumutung, sondern auch zuvor für Amerikaner, Deutsche u.a.« (S. 443) – so eine zentrale Botschaft des jüngsten Buches von *Joseph Huber*. Obgleich das Scheitern des Klimagipfels 2000 in Den Haag in die Phase der Endredaktion des Textes fiel, zeichnet der Autor hier eine durchaus optimistische Vision der modernen Zivilisation, und zwar in dem Maße, wie Umweltpolitik zu einer Weltpolitik wird (vgl. S. 413 f). Voraussetzung sei allerdings der »innovative Einstieg in eine Epoche der naturkreislauf-konsistenten Industriellen Ökologie« (S. 436), zunächst insbesondere in und durch die Hochtechnologieländer und durch den Transfer von »Technologie und sonstigem Wissen in übernahmefähige Weltregionen« (S. 443).

Bis zu dieser Kernaussage führt der Autor, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Umweltsoziologie an der Martin-Luther-Universität Halle, den Leser durch die verschiedenen Abteilungen seines Lehrgebäudes, welches er in Buch I *Systematische Handlungs- und Entwicklungstheorie als Grundlage der Umweltsoziologie* sowie in Buch II *Forschungs- und Interventionsfelder der Umweltsoziologie* entwickelt. Umweltsoziologie – mit dieser Schreibweise bringt *Huber* seinen Anspruch zum Ausdruck, zu einer allgemei-

nen Soziologie beizutragen und so zugleich eine theoretische Verortung und Grundlegung von Umweltsoziologie im Ensemble der Wissenschaften vorzunehmen.

Im Kapitel I/7 »Sozialer Wandel und Modernisierung« offenbart *Huber* den Kern seines theoretischen Ansatzes, das Vier-Phasen-Lebenszyklus-Modell der Innovationsforschung, wie es seit *Joseph Schumpeter* in die Literatur eingegangen ist und seither vielfach empirisch belegt und theoretisch weiterentwickelt wurde. Der *Invention* (dem Hervorbringen der eigentlichen Neuerung) folgen demnach die zwei Hauptphasen *Diffusion* (schnelles Wachstum und Reife) und *Saturation* sowie schließlich die Phase des *Absterbens*. Soweit nichts neues, *Huber* verbindet diesen Ansatz jedoch im folgenden mit der Betrachtung des »transsäkularen Lebenszyklus der Modernisierung«, wie sie sich in Europa seit dem 13. Jahrhundert vollzogen hat und gliedert sie ihrerseits wieder in einzelne historische Entwicklungsstufen (vgl. S. 125). Den bestimmenden transsäkularen Modernisierungstrend sieht *Huber*, in Anlehnung an *Max Weber*, in der allgemeinen Rationalisierung, einer fortschreitenden Verwissenschaftlichung der Gesellschaft oder mit *Daniel Bell* in »einer alles durchdringenden Technologisierung der Gesellschaft« (S. 128). »In diesem Sinn ist es zutreffend«, so *Huber*, »das Modell einer sehr langen Verlaufswelle zu entwerfen, die ihr axiales Prinzip im Laufe der Jahrhunderte verlagert hat von Religion, Wissenschaft und Kunst, über Politik, Regierungskunst, Staatsbildung und Rechtsentwicklung, zur Wirtschaft und Ökonomisierung und nun mehr noch zur natur- und ingenieurwissenschaftlich betriebenen Technologisierung« (S. 128). Da *Huber* hiermit einen durchgehenden Modernisierungstrend identifiziert, ist es für ihn nur konsequent, die Modernisierung selbst in das bekannte innovationstheoretische Lebenszyklusmodell einzuordnen. Danach entspricht die bisherige Aufklärungs- und Industrialisierungsgeschichte der *Invention*/Einführung (Phase 1) und aufsteigenden Entfaltung (Phase 2 – *Take-Off*). Am Beginn des 21. Jahrhunderts hat die Modernisierung ihren transitionalen Wendepunkt erreicht und tritt nun in die Reifephase (vgl. S. 147). Diese Annahme führt am Ende des I. Buches zu der These: »Eine ökologische Readaption aller National-

staaten im Weltsystem ist unausweichlich. Sie markiert die Wende vom aufsteigenden zum übergelenden Ast im transsäkularen Lebenszyklus der Modernisierung« (S. 153).

Im Buch II, Teil A »Umwelt und Umweltprobleme« macht *Huber* den »*Take-Off*« des »industriellen Metabolismus« (S. 158) für die zukunftsgefährdenden globalen Umweltprobleme verantwortlich. »Die heutigen Umweltprobleme der industriellen Ökologie – Atmosphären- und Klimaveränderung, Verbreitung persistenter toxischer Substanzen, Bodendegradation, gefährdete Biodiversität u. a. – sind Ausdruck dessen, dass der Mensch seinen Lebensraum fehlnutzt und übernutzt. Dadurch hat sich der anthropogene Stoffumsatz aus den geo- und biogenen Stoffumsätzen auf eine nicht länger tragfähige Weise desintegriert« (S. 159f.). Bezüglich dieser kaum mehr strittigen Bestandsaufnahme verdient *Hubers* Begrifflichkeit besondere Aufmerksamkeit, wird doch auf diese Weise sein innovationstheoretisches Modell auf die grundlagentheoretische Analyse anthropogener Umweltprobleme angewandt und mit weiteren Annahmen unter setzt. Der »*Take-Off*« der industriellen Produktionsweise (Phase 2 des Lebenszyklus) hat eine »technisch schubhaft erweiterte(n) Eingriffstiefe des Menschen in seine Umwelt« zur Folge. Diese geht einher mit einem »*Take-Off* der Stoffumsätze und der damit verbundenen Umweltwirkungen« (S. 159). *Hubers* Schlüsselbegriffe sind einmal die »Eingriffstiefe in die Umwelt« und zum anderen die durch den bisherigen Typ der wissenschaftlichen und industriellen Aneignung der Natur verbundene »Desintegration« des anthropogenen Stoffwechsels.

In Buch II/2 »Industrielle Entwicklungsstufen und ihre Umweltprobleme« schlägt *Huber* die Brücke zu den konkreten Umweltproblemlagen, wie sie in durchaus differenzierter Weise vor allen Staaten der Welt stehen. Dazu unter setzt er die vierstufige UNO-Entwicklungs klassifikation von Ländern weiter in sechs Gruppen: A-Länder – entwickelte Industrieländer, B-Länder – die sogenannten Schwellenländer (unterteilt in »Transformationsstaaten« und »neue Industrieländer«); C/B-Länder mit großer Modernitätsvarianz; die C-Länder oder Entwicklungsländer im herkömmlichen Sinne und schließlich die am wenigsten entwickelten

D-Länder. Interessant ist nun *Hubers* Zuordnung jeweils typischer Umweltprobleme zu diesen Gruppen. Danach geht es in den D- und C-Ländern zunächst einmal um die Ressourcenverfügbarkeit (Phase 1), wobei die Natur bei geringster Industrialisierung die wachsende Bevölkerung kaum noch zu tragen vermag. Phase 2 mit den klassischen Problemen der industriellen Umweltverschmutzung ist vor allem charakteristisch für die Schwellenländer beziehungsweise neu industrialisierte Weltregionen. In Phase 3 wird die direkte Umweltverschmutzung zurückgefahren, allerdings bei durch Massenproduktion und Massenkonsum weiter steigendem Energiebedarf und Emission von CO₂ – mit dieser Problemlage haben heute die Hochtechnologie-(A)-Länder ebenso zu tun, wie die Transformationsstaaten und neuindustrialisierten Länder und Regionen. Hoffnung verspricht nach *Huber* der Übergang zur Phase 4, denn ehe sich der transsäkulare Modernisierungszyklus seinem Erhaltungszustand (vgl. Lebenszyklusmodell) nähern kann, wird es noch »eine Phase der ökologischen Wiedereinbettung des Industriesystems (geben), der Herstellung einer industriellen Ökologie, die sich wieder besser in die Naturkreisläufe integriert« (S. 179).

Der Teil B von Buch II widmet sich den »Formative(n) Prozesse(n)«; gemeint sind die Entwicklung des Umweltbewußtseins, der Umweltbewegung sowie des wissenschaftlichen und umweltpolitischen Diskurses seit Beginn der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Der Autor – selbst seit langem Teilnehmer dieses Diskurses – bietet einen kompetenten Überblick, wobei ihn sein innovations-theoretischer Ansatz als Bewertungs- und Darstellungsprinzip deutungssicher begleitet. Gelegentlich wird das Vier-Phasen-Modell – wie bei der Charakterisierung der Entwicklung der Umweltbewegung – aber auch heftig überstrapaziert (vgl. Buch II/5.6).

Zu seinem Hauptanliegen kommt *Huber* wieder in Kapitel II/6 »Ökologischer Diskurs – vom Nullwachstum zur Industriellen Ökologie« zurück. Von den *Grenzen des Wachstums* (Meadows et al. 1972), über den Technik- und Risikodiskurs der achtziger und beginnenden neunziger Jahre, dem Konzept der Ökologischen Modernisierung, der Diskussion des Suffizienzansatzes (Verzicht- und Genügsam-

keitsdiskurs) und der verschiedenen Effizienzüberlegungen gelangt er zum Ansatz der Grenzerweiterung durch Ökologische Konsistenz (Buch II/6.6.1) mit dem Ziel des schrittweisen Übergangs zu einer Naturkreislauf-integrierten industriellen Ökologie »durch konsistente Stoffströme, design for Environment, Bionik« (Buch II/6.6.2.).

»Der strukturkonservative Diskurs der ›Effizienzrevolution‹ dürfte inzwischen seinen Höhepunkt bereits überschritten haben. Mithin ist dies der Zeitpunkt für den Aufstieg eines neuen umweltstrategischen Teilparadigmas, eben in Form des Konsistenz- oder Öko-Effektivitäts-Ansatzes« (S. 326). Hier schließt sich der Kreis zu dem von *Huber* in Buch II/2 eingeforderten Übergang zur Phase IV – der Reintegration bzw. ökologischen Wiedereinbettung des Industriesystems in die Naturkreisläufe. In der Terminologie des Autors liest sich die Aufgabenstellung dann so: »Der Zielhorizont ökologischer Konsistenz geht dahin, den industriegesellschaftlichen Metabolismus wieder besser einzubetten in den Gesamtmetabolismus der Geo- und Biosphäre, und zwar weniger durch bloße Mengenänderungen, als vielmehr durch Änderung der Stoffstrom-Qualitäten« (S. 321).

Antwort auf die alles entscheidende Frage nach dem Wie und dem Weg zu einer solchen ökologischen Reintegration sucht der Leser im anschließenden Teil II/C »Effektive Prozesse«. *Huber* behandelt hier die Akteurs- und funktionale Dimension von Umwelthandeln – erstens auf der Ebene der Regierungen im nationalen und internationalen Rahmen, zweitens auf der Ebene von Industrieunternehmen und schließlich bezogen auf das Verhalten privater Haushalte, wobei insbesondere der Abschnitt II/11 »Regulierungsmuster der Ko-Ordination und Kontextsteuerung« einen konzentrierten Überblick über heute bereits verfügbare Instrumente staatlicher Umweltpolitik gibt. Optimismus schöpft *Huber* aus der »grünen Wende der Industrie« und zwar in drei Punkten. Erstens zeichne sich seit Anfang/Mitte der neunziger Jahre ein grundlegender Einstellungswandel ab – »nicht nur besteht seither eine prinzipiell kooperative Konstellation zwischen Regierung, Industrie und Umweltverbänden, sonder die Industrie wird auch zum entscheidenden zentralen Ak-

teur« (S. 381). Zweitens könne nur die Industrie die benötigten großen Kapitalsummen in historisch kurzer Frist für die erforderlichen Umweltinnovationen aufbringen und schließlich drittens würde sie schlichtweg auch deshalb zum zentralen Akteur, weil sie Hauptträger der ökologischen Modernisierung in Form von Produkt- und Verfahrensinnovationen werden müsse (vgl. S. 380).

»Den industriellen Metabolismus vom Verbraucherverhalten her ändern zu wollen«, bedeutet dagegen nach *Huber*, »das Pferd vom Schwanz aufzuzäumen« (S. 399). Denn weniger der Konsum als »die industrielle Erzeugung (zum Beispiel) der Lebensmittel in Landwirtschaft und Fabrik verursacht immense ökologische Wirkungen« (S. 409). Dennoch sind Konsumverhalten und Umweltbewußtsein in grundlegender Weise erforderlich, denn zum einen sollte man den »formativen Einfluß der Konsumbedürfnisse« (S. 407) nicht unterschätzen, zum anderen prägt Umweltbewußtsein als »sinngenerative Kompetenz« sowohl das gesellschaftliche Klima im allgemeinen wie das Akteursverhalten im besonderen. Oder auf einen einfachen Nenner gebracht: »Personen können als Verbraucher agieren oder als Bewegungsaktivist, als Politiker, als Lehrer, Erzieher usw.« (S. 411). Egal, in welcher Rolle sie fungieren, politische Unschuld, zumal auf ökologischem Gebiet, kann keiner für sich reklamieren (vgl. S. 407).

Auf internationaler Ebene heißt das mit *Huber*: »Ein Grundsatz der Weltumweltpolitik müsste lauten: Keine Stufe der Entwicklung ist ohne Verpflichtung zu Umweltschutz« (S. 425). Es gibt – so der Autor – kein Recht auf nachholende Umweltzerstörung durch die B-, C- und D-Länder. Die Hochtechnologieländer ihrerseits hätten eine Vorreiterrolle bei der Herstellung einer naturkreislauf-integrierten industriellen Ökologie wahrzunehmen und tragen Verantwortung für einen breiten Kapital-, Wissens- und Technologietransfer im globalen (auch eigenen) Interesse an einer abgekürzten Entwicklung der B-, C- und D-Länder.

Angesichts dieser Aufgabe kommt der Autor nicht um eine kritische Note zur US-Regierungspolitik umhin. »Inkonsequenz« und »Unwilligkeit« charakterisieren noch sehr moderat die aktuelle Rolle der USA – zuletzt auf dem Klimagipfel in Bonn, Juli 2001. Wenn

Huber im gleichen Atemzug das Zurückweichen europäischer Regierungen vor den Sonderinteressen der spanischen Fischer, französischen Bauern und deutscher Kohlekumpel ins Feld führt, bleibt offen, an wessen Verantwortung eigentlich appelliert wird.

Jenseits der Bewertung der politischen Realisierungschancen nachhaltiger Entwicklung im Weltmaßstab ist es jedoch ein Verdienst des Autors, sich der Frage nach den naturwissenschaftlich-technischen Voraussetzungen und damit der prinzipiellen Möglichkeit für eine Reintegration des menschlichen Stoffwechsels in die Natur zu stellen. Gibt es Technologien, die nicht nur die Belastungen senken, sondern den Übergang zu einem neuen naturverträglichen industriellen Metabolismus eröffnen? An erster Stelle steht dabei die Aufgabe der Dekarbonisierung, das heißt der Umstellung der gesamten energetischen Basis auf regenerative Energiequellen mit einer möglichen Schlüsselrolle der Solar-Wasserstoff-Technologie (vgl. S. 316). Bezüglich des industriellen Stoffwechsels sieht *Huber* Chancen für neue Technologien im Übergang zur »mikrostrukturellen Eingriffstiefe«, wie exemplarisch bei der Gentechnologie. »Aber anders als bei der Atomtechnik steht bei der vielschichtigen Problematik der Gentechnologie nicht fest, inwiefern sie als Beelzebub-Alternative entwickelt wird und inwiefern sie nützliche Beiträge zu einer nachhaltigen Industrieentwicklung leistet« (S. 317). Beim Fortschreiten der Eingriffstiefe in die Natur ist mit einer Ausweitung des Risikopotentials bis hin zu eben dieser Eingriffstiefe zu rechnen. Nicht die wissenschaftlich-technische Lösung eines Problems, nicht die Hervorbringung neuer Artefakte, sondern die gezielte Einpassung und wissenschaftliche Absicherung der komplexen Folgen der Reintegration in den Naturkreislauf zeichnet eine »Naturkreislauf-integrierte industrielle Ökologie« aus. Insofern geht es um den Übergang von der Beherrschung der Lösungs- zur Anwendungskomplexität neuer Technologien; eine Vorbildfunktion hat hier für *Huber* die Bionik. »Sie möchte bauen und konstruieren, Stoffe extrahieren und Energie gewinnen nach dem Vorbild der Natur... Die Fäden, mit denen Spinnen ihre Netze weben, oder die Kleber, mit denen Seepocken sich am Fels festhalten, sind vollkommen um-

weltverträgliche Werkstoffe mit superlativen Eigenschaften« (S. 322).

Von einem ganz anderen Ansatz her nähert sich nun *Uwe Bittlingmayer* dem Nachhaltigkeitsproblem. Bei ihm geht es nicht um technisch vermittelte Lösungen, sondern um die möglichen Umwelteffekte menschlicher Kooperation. Um dies jedoch gleich vorweg klarzustellen, dem speziell am Modell und den Erfahrungen des Car-Sharing interessierten Leser ist von der Lektüre eher abzuraten, fällt die Ausbeute des nur auf wenigen Seiten explizit behandelten Beispiels doch mager aus. Was die im Titel angesprochene Frage nach der möglichen Rolle des Konsumverzichts für die Zukunftsfähigkeit der Menschheit betrifft, kommt der Autor indes zu einer eindeutigen Aussage. »Ein Nachhaltigkeitskonzept in Form einer kulturellen Askese wird in der Erlebnisgesellschaft von den kulturellen Distinktionskämpfen überrollt. Der Suffizienzstrategie liegt ein Begriff von Kultur zugrunde, der zu naiv ist, um eine tragfähige Operationalisierung von »nachhaltiger Entwicklung« zu konzeptualisieren« (S. 150). Zuvor – so er will – kann der Leser am Diskurs handlungstheoretischer Konzepte und schließlich an einem »Dialog« zwischen dem Verfasser des 1992 erschienenen Buches *Die Erlebnisgesellschaft*, *Gerhard Schulze*, und *Pierre Bourdieu* (kultursoziologische Perspektiven) teilhaben. Fazit: »erst eine genügende Ausstattung an Ressourcen – in Bourdieus Terminologie an Kapitalvolumen – (entbindet) soziale Akteure aus der Pflicht zum Genuß..., obwohl Suffizienz gerade auf Akteure zugeschnitten scheint, die über wenig Ressourcen verfügen« (S. 145). Oder auf das Car-Sharing bezogen – ein solches vernünftiges, jedoch nonkonformes Verhalten wird bevorzugt von Vertretern des neuen Kleinbürgertums praktiziert, die auch auf solche Weise ihr hohes kulturelles Kapital ausspielen, während »sich besonders die Unterklasse an den konsumorientierten Lebensstilen der über ihnen liegenden Klassenfraktionen orientiert« (S. 149).

Jenseits der Fragestellung des Buches und »Jenseits utopischer Forderungen nach einem schnellen Ende »des Kapitalismus« – mitsamt seinem quantitativen Wirtschaftswachstum« sieht *Bittlingmayer*, »durchaus Spielräume für ökologisch vertretbare Lebensweisen. ... Vor

allem einer umfassenden Bildungsexpansion sowie der Einführung eines angemessenen Bürgergeldes bzw. einer sozialen Grundsicherung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu« (S. 152). Doch an dieser Stelle endet das Buch. Es bleibt abzuwarten, inwieweit *Bittlingmayer*, zum Zeitpunkt der Veröffentlichung Lehrbeauftragter und Promotionsstipendiat am Fachbereich Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften der Universität Münster, sich fürderhin der theoretischen und empirischen Auslotung der von ihm skizzierten Spielräume ökologisch vertretbarer Lebensweisen widmen wird.

KLAUS MEIER

Entschuldigung

Im letzten Heft ist uns ein peinlicher Fehler unterlaufen. Bei der Abschrift des Artikels »Über möglichen Sozialismus und aktuelle Herausforderungen« von Karl Morgenstern ist versehentlich ein Stück des Textes verlorengegangen. Wir bitten den Autor dafür um Entschuldigung.

DIE REDAKTION

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

40

**Zukunfts-
Perspektiven**

Wirtschaftskontrolle; Internationale Finanzmärkte,
Europäischer Wohlfahrtskapitalismus; Ressourcenökonomie, Care Economy, Solidarisches Arbeiten;
Ethik der Nachhaltigkeit, Ökonomie, Neue Energiepolitik; Sozialisierung des Marktes, Sozialökonomie;
schafferei; Gewerkschaften, Neuer Internationalismus.

A. Kundt, E. Alvarez, M.R. Köster, A. Gorr, V. Meddini,
C. Nölde, N. Nassarati, M. Müller, W. Rüggen,
B. Fleger, N. Creydt, H. Bach, A. Rieger, D. Gallo

Diskussion

A. Demirovic: Kritische Gesellschaftstheorie
M. Jäger: Kapitalismus als Religion
M. Zülke: Psychoanalyse und Disziplin

200 Seiten, Pp./DM 25,- (Abw. Pp./DM 40,-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8002 Zürich
Tel./Fax 0041 (0)1 - 273 03 09
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

JENS-F. DWARS: The diaries of Georgi Dimitroff

Jens-F. Dwars discusses the highly commended and sensational edition of the diaries of Georgi Dimitroff – the »hero of Leipzig« and eventual secretary-general of the Communist International. The edition is comprised of a 712-page volume containing the diaries from 1933 to 1943 and 773-page volume with explanations and annotations. Dwars' text is rich in ideological criticism. In his analyses, he criticises the one-sidedness and bias of the explanations and annotations. Their authors rather try to prescribe their reading of the diaries instead of helping the reader to find his own interpretation. There is, e. g., only rare mentioning made of the West in their analyses of the international relations. No one can overlook their desire to denounce Dimitroff as a mere careerist willing to do (almost) everything deemed suited to promote his career.

ARNDT HOPFMANN: The Left – between Government and Revolution

The collapse of state-socialism in Central and Eastern Europe was certainly a turning point in two aspects: the development of socialist theory and the political role of communist or socialist parties. In the theoretical field many »old dogmas« are now re-opened to discussion. This applies most of all to the theoretical essentials concerning the transformation from a capitalist to a socialist society. This is a question of »revolution« or »reform«, which in turn has much to do with the concept of actors, i. e. the question of the »leading revolutionary force« or the future role of the »working class«. While many theoretical questions are more open to debate than ever before, it is both interesting and astonishing that in the aftermath of the »magic year« 1990, some socialist parties got the chance to join regional – and even national – governments. This took place not only in countries where the left has traditionally been strong such as in Italy or in South Africa (following the defeat of the Apartheid-system) but also even in Germany where the Party of Democratic Socialism is now preparing for a leap into the regional government of Berlin. In this article, the author deliberates on the possible role a left and anti-capitalist party – that does not follow a definitive theoretical concept – might have inside a bourgeois government in the »age of globalisation«.

JÜRGEN STAHL: The Collectivised Individual: Individual Personality, Freedom and Social Scenarios as seen by the PDS-related Left

Before the background of the ongoing debate around different PDS draft programs, the author takes Marx as a reference in his attempt to define the essentials of contemporary socialist political objectives. He sets out to discover which social conditions would guarantee the development of the members of a society both as individual personalities and as a social collective. Jürgen Stahl examines the political and theoretical concepts that had prevailed in the GDR, concerning the relationship between the individual and the collective and exposes the Marx' 6th Feuerbach thesis – a widespread political misinterpretation at the time. He points to the fact that the right of self-determination and the right to an individual personality are essential

concepts of left policy. In his view, maintaining and extending the possibilities for the development of subjectivity improves also the potential for alternative individual and social initiative. This argument is seen as a fundamental aspect of freedom, which in turn requires social justice as one of its essential prerequisites, and confronts a so-called logic of factual constraints which, in essence, is just another phrase for interests of capital exploitation.

KARL-HEINZ GRÄFE:

The Spectres of the Past are Returning – also in Poland

In his article the author, a well known specialist in Eastern European history, gives a comprehensive overview of the nationalist and right-wing political movements in Poland since the end of the 19th century. One of the most outstanding Polish nationalist leaders was certainly Roman Dmowski, who, in January 1999, was extolled in a Sejm-resolution as the »Father of Polish national conscience«. But in reality Dmowski's nationalist ideas paved not only the way for the modern Polish nation-state after 1918, but also provoked chauvinism – particularly anti-Semitism. After 1926, Dmowski organised a mass-movement similar to that of Italian Fascists under the leadership of Mussolini. During the period of state-socialism the nationalists were forced to remain silent. But this completely changed with the transition to »market economy and political democracy« at the end of the 1980s. Today neo-nationalist, right-wing forces struggle most of all in favour of a re-integration of Poland into West European structures, particularly the EU and NATO, and are responsible for xenophobic attacks against members of national minorities.

Antidotes – Deliberations on a Sustainable Future (Interview with JOACHIM H. SPANGENBERG)

Working as leading project officer at the Wuppertal Institute for Climate, Environment, and Energy J. H. Spangenberg was one of the collaborators who prepared the study »Labour and Ecology – Paths to a Sustainable Future«. In this interview he explains how he feels sustainability could be achieved. He proposes a mixed strategy focused on the corner-stones: technological innovation, reduction in life-time working hours, basic social security, and new patterns of consumption. This strategy – he strongly believes – is, in the long run, capable of winning electoral majorities, provided a coalition of progressive forces is able to conceptualise and propagate such a concept.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren, wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte sollten auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir, Tabulatoren zu verwenden. Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für

Impressum

Herausgegeben im Auftrag der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
durch den Förderverein Konkrete Utopien e.V.
Gründungsvorsitzende:
GUNTHER KOHLMHEY † und HELMUT STEINER
Redaktion:
WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH
Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29 78 11 - 57, Fax - 81)
Internet: utopie-kreativ.de
E-Mail: utopiekreativ@rosaluxemburgstiftung.de
Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin
Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL
Satz: ELKE SADZINSKI
Druck: BärenDruck GmbH,
Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin
Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)
Einzelverkaufspreis: DM 10
Jahresabonnement (incl. Versand):
DM 108 (Inland), DM 144 (Ausland)
Förderabonnement (incl. Versand): DM 144

Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht überschreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert – aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette – beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden. Wir bitten die Autoren um eine Zusammenfassung ihrer Artikel in Deutsch und wenn möglich in Englisch (ca. 10 Zeilen). Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten. Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 73/74:	je	2 DM
Heft 75 bis 109/110	je	5 DM

